

Der Krieg gegen die Ukraine und die Kirchen

Chronologie 23. Februar 2023 bis 22. Februar 2024



Im zweiten Jahr des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine rechtfertigt die Russische Orthodoxe Kirche diesen weiterhin, Geistliche mit einer abweichenden Meinung werden zunehmend schneller und härter sanktioniert. In der Ukraine wächst mit Verhaftungen von Geistlichen und Enteignungen der staatliche Druck auf die Ukrainische Orthodoxe Kirche, während die Spannungen zwischen den beiden orthodoxen Kirchen des Landes weiter anhalten.

Inhalt

Ukraine: Geistliche beider orthodoxen Kirchen rufen ihre Bischöfe zum Dialog auf

Frankreich: Metropolit Jean kritisiert Patriarch Kirill

Ukraine: OKU unterstützt Verbot von Religionsgemeinschaften mit Zentrum in Russland

Russland: Neue außenpolitische Konzeption sieht Zusammenarbeit mit der Kirche vor

Russland: Patriarch Kirill ruft zu gerechtem Frieden auf

Ukraine: ÖRK bietet Vermittlung zwischen orthodoxen Kirchen an

Ukraine: Zelenskyj lehnt päpstliche Friedensmission ab

Russland: Patriarch Kirill glaubt an göttliche Hilfe zum Sieg im Krieg

Ukraine: UOK sieht keine Möglichkeit zum Dialog mit OKU

Ukraine: Russische Orthodoxe Kirche eignet sich Eparchie an

Russland: ÖRK-Generalsekretär wirbt in Moskau für Rundtisch-Gespräche

Ungarn: Ukrainische Kriegsgefangene von Russland an Ungarn übergeben

Papst-Gesandter besucht Ukraine

Russland: Kirchengenicht bezeichnet Pazifismus als Häresie

Schweiz: ÖRK hält an Rundem Tisch zur Ukraine fest

Estland: KEK-Vollversammlung ruft zur Unterstützung des ukrainischen Widerstands auf

Russland: Patriarch ruft angesichts der Revolte zu Einheit und Gebet auf

Russland: Kirchengenicht bestraft Ioann Burdin

Ukraine: UOK-Bischöfe suchen Dialog mit staatlichen Vertretern

Russland: Päpstlicher Friedensgesandter betont humanitären Aspekt seiner Mission

Ukraine: Geistliche der UOK fordern definitiven Bruch mit dem Moskauer Patriarchat

Ukraine: Verklärungskathedrale in Odessa schwer beschädigt

Russland: Bischofsversammlung unterstützt Kurs von Patriarch Kirill

Ukraine: UOK-Bischof zu Haftstrafe verurteilt

Ukraine: Geistliche weisen Kritik an ihrer Bitte um Konzil zurück

Russland: Verfahren gegen ehemaligen Baptistenleiter eröffnet

Russland: Ehemaliger Geistlicher zu Haftstrafe verurteilt

Russland: Papstworte lösen in Ukraine Irritationen aus

China: Kardinal Zuppi setzt Friedensmission fort

Russland: Patriarch Kirill ruft zur Mobilisierung aller Russen gegen das Böse auf

Ukraine: Patriarch von Jerusalem will im Ukraine-Konflikt vermitteln

Ukraine: Über 360 orthodoxe Gemeinden haben 2023 die Jurisdiktion gewechselt

Schweiz: Ökumenischer Rat der Kirchen verschiebt Runden Tisch zur Ukraine

Russland: Patriarch ruft Mönche zu mehr Engagement für die Heimat auf

Ukraine: Verbot von aus Russland geleiteten Kirchen in erster Lesung angenommen

Russland: Putin lobt Religionsgemeinschaften für ihr Engagement

Ukrainischer Geheimdienst wirft Patriarch Kirill Straftaten vor

Schweiz: ÖRK-Generalsekretär macht ukrainische Kirchen für Scheitern des Runden Tisches verantwortlich

Russland: Patriarch betont enge Verbindung von Glauben und Nationalität

UN-Sicherheitsrat diskutiert erneut über Religionsfreiheit in der Ukraine

Ukraine: Kleriker und Laien der OKU kritisieren gewaltsamen Transfer von Kirchgemeinden

Russland/Ukraine: Moskauer Patriarchat sanktioniert Cyril Hovorun

Russland: Patriarch und Präsident loben sich gegenseitig

Ukraine: Russischer Patriarch zur Fahndung ausgeschrieben

Russland: EU sanktioniert orthodoxe Fernsehsender

Ukraine: Moskauer Patriarchat schafft erneut eine neue Eparchie in der Ukraine

Russland: Kriegsgegner Uminskij vom Dienst suspendiert

Russland: Erzpriester Uminskij wird Priesterwürde aberkannt

Ukraine: Kriegsdienstverweigerung aus religiösen Gründen möglich

Ukraine: OKU entfernt Alexander Nevskij aus dem Heiligenkalender

Russland: Orthodoxe Kirche will Zahl der Militärggeistlichen erhöhen

Russland: Geistlicher wendet sich von orthodoxer Kirche ab

Russland: Patriarch bestätigt Aberkennung von Uminskijs Priesterwürde

Russland: Geistlicher wegen Gottesdienst für Navalnyj verhaftet

Ukraine: Geistliche beider orthodoxen Kirchen rufen ihre Bischöfe zum Dialog auf

23. Februar 2023

Am 16. Februar haben sich Geistliche und Laien der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) und der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) in der Sophienkathedrale in Kyjiw getroffen, um sich über den Dialog zwischen ihren Kirchen und einen möglichen Weg zur Einheit auszutauschen. [Organisiert](#) wurde das Treffen von einer Initiativgruppe aus den beiden Kirchen, dem ukrainischen Staatsdienst für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit sowie mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zuvor hatten bereits [ein Treffen am 5. Juli 2022](#) ebenfalls in der Sophienkathedrale und [ein Online-Meeting am 20. Januar](#) stattgefunden.

In ihrem [Appell an die Bischöfe, Geistlichen und Gläubigen der UOK und OKU](#) verurteilen die Teilnehmer des Treffens den russischen Großangriff und das Verhalten der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK). Angesichts der schwierigen Situation sei es „extrem wichtig, die spirituelle Einheit des ukrainischen Volks zu bewahren“. Deshalb streben die Initianten nach der „Vereinigung aller orthodoxen Ukrainer in einer konziliaren und lokalen (autokephalen) Ukrainischen Orthodoxen Kirche, die von der ganzen orthodoxen christlichen Gemeinschaft anerkannt wird“. Der Weg dahin sei schwierig, aber die Initianten empfänden es als ihre Pflicht, „diese Bewegung zu starten“.

Die Verfasser verweisen auf die „tiefe Entfremdung, das Misstrauen und die Schaffung eines ‚Feindbildes‘“ bei den Anhängern beider Kirchen, die zu gegenseitiger Entmenschlichung führten. Ein Neustart der Beziehungen sei dringend, dazu sei es wichtig, die Informationspolitik und Rhetorik in beiden Kirchen zu ändern, um die Vorbedingungen für einen Dialog zu schaffen. Der ukrainische Episkopat müsse „Eigeninteressen“ überwinden und einen „Dialog um der Einheit willen beginnen“. Zudem thematisierten die Verfasser das Misstrauen unter den Gläubigen und in der Gesellschaft gegenüber beiden Kirchen sowie die Sorge des Staats wegen des Einflusses der ROK. Daher betrachten die Initianten die ukrainische Zivilgesellschaft und den Staat als „wichtige Teilnehmer“ am Dialog zu Einheit.

Während die Verfasser die verschiedenen Ansichten in ihren Gemeinschaften anerkennen und verstehen, dass es „keine einfache und schnelle Lösung für die bestehenden Konflikte gibt“, schlagen sie trotzdem „erste Schritte für unsere Annäherung“ vor. Dazu rufen sie die Bischöfe, Geistlichen und Gläubigen auf, auf Gemeindeebene in kulturellen und Bildungsprojekten sowie im sozialen Dienst zusammenzuarbeiten, insbesondere bei der Versorgung der Kriegsbedingten und der Kämpfer. Sie fordern außerdem, gemeinsame Gottesdienste bei kulturellen und religiösen Ereignissen von lokaler und nationaler Wichtigkeit zu fördern. Zudem rufen sie zum gemeinsamen Gebet auf, wo immer das möglich sei, zur gegenseitigen Anerkennung der Sakramente und dazu, sich um die Überwindung der Hindernisse auf dem Weg zur Einheit zu bemühen.

Abschließend rufen sie zu einem direkten Dialog ohne Vorbedingungen auf. Zudem schlagen sie eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Bischöfen und professionellen Theologen vor, die einen Schritt-für-Schritt-Vereinigungsplan entwickeln soll. Die Initianten hoffen, dass der Vereinigungsprozess schon in diesem Jahr beginnt und Form annimmt. Von der Leitung der OKU und UOK erwarten sie, dass sie eine klarere Position zum innerorthodoxen Dialog vertreten. Zudem wünschen sie, dass das Ökumenische Patriarchat eine internationale Plattform für den Dialog schafft, wo Vertreter der Weltorthodoxie eine aktive Vermittlungsrolle einnehmen können. (NÖK)

Frankreich: Metropolit Jean kritisiert Patriarch Kirill

09. März 2023

Metropolit Jean (Renneteau) von Dubna, der Vorsteher des Erzbistums der orthodoxen Gemeinden russischer Tradition in Westeuropa, hat sich deutlich von der Position des russischen Patriarchen Kirill distanziert und dessen Unterstützung für Russlands Krieg gegen die Ukraine verurteilt. Im [Interview mit Radio Liberty](#) bezeichnete Metropolit Jean Russland als Aggressor, das gegen „sehr viele internationale Gesetze“ verstoßen habe.

Die Haltung von Patriarch Kirill wies Metropolit Jean entschieden zurück, mit einer Lesart des Evangeliums, mit der ein Krieg gerechtfertigt werde, sei er „unter keinen Umständen einverstanden“. Seiner „tiefsten Überzeugung“ nach sei die Mission der Kirche friedensstiftend. Er kritisierte, dass auch in der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), nicht nur im Staat eine Stimmung der „widerspruchslosen Loyalität“ herrsche. Mit Bitterkeit stellte der Metropolit fest, dass sich „ein bedeutender Teil der Geistlichen dieser verhängnisvollen Strömung ergeben hat“, und die Kriegsgegner „schnell entfernt wurden“. Metropolit Jean glaubt zwar, dass viele Geistliche anderer Meinung als der Patriarch seien, diesen aber aus Angst unterstützten oder schwiegen.

Metropolit Jean wies zudem die immer wieder von Patriarch Kirill deklarierte moralische Überlegenheit Russlands zurück. Er bezweifle, dass es für Russland angebracht sei, „anderen Lektionen in Moral zu erteilen“. Die [Argumentation, den Soldaten würden ihre Sünden vergeben](#), wenn sie im Kampf fielen, erinnere an Selbstmordattentäter aus „radikalen islamistischen Bewegungen“. Aus dem Mund eines Patriarchen aber sei sie „inakzeptabel“ und „beispiellos“.

In Bezug auf die Beziehungen der ROK zu anderen Kirchen hält Jean das Vorgehen von Patriarch Kirill für einen „großen, strategischen, politischen und kirchlichen Fehler“, er sei damit ins Abseits geraten. Für das Erzbistum sei es daher nicht einfach, die Verbindung zum Moskauer Patriarchat, [dem es sich erst 2019 unterstellt hatte](#), aufrechtzuerhalten. Es müsse sich streng an die Kanones halten, aber trotzdem „beständig Distanz halten“ und währenddessen den vom Krieg Betroffenen beistehen. Auch die Beziehungen zwischen anderen orthodoxen Kirchen und in der Ökumene insgesamt hätten gelitten. Zwar „verkündet Moskau die Einheit, aber faktisch zerstört es sie“, lautet der Vorwurf Jeans. So habe sich inzwischen die Ukrainische Orthodoxe Kirche von Moskau gelöst, was sehr traurig sei.

Zu den eigenen Beziehungen zur ROK und ihren künftigen Stand äußerte sich Metropolit Jean eher vage. Die Beziehungen des Erzbistums zur ROK seien „kanonisch“ und diese Verbindung bestehe zum Hl. Synod der ROK, nicht zu einer konkreten Person. Es bestehe die Hoffnung, dass nicht alle Mitglieder des Hl. Synods die Meinung des Patriarchen teilten, auch wenn sie das nicht offen aussprächen. Deshalb bleibe das Erzbistum mit dem Hl. Synod zusammen und befasse sich nicht mit Politik.

Die Leitung des Erzbistums hat schon [mehrfach den Krieg verurteilt](#) und Patriarch Kirill aufgerufen, sich für Frieden einzusetzen. (NÖK)

Ukraine: OKU unterstützt Verbot von Religionsgemeinschaften mit Zentrum in Russland

20. April 2023

Die Leitung der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) wirft der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) vor, sich nur theoretisch vom Moskauer Patriarchat getrennt zu haben. Dies geht aus einem [Statement mit dem Titel „Aktuelle Herausforderungen im Bereich der Religion, vor denen die Ukraine steht“](#) hervor, in dem gefordert wird, dass Religionsgemeinschaften ihre Verbindungen zu einer übergeordneten Instanz in Russland kappen sollen. Die OKU unterstütze diesbezüglich die „Entscheidungen der ukrainischen Regierung, die auf den Schutz der religiösen Gemeinschaft des Landes zielen.“

Der russischen Regierung wirft die OKU vor, „durch das Moskauer Patriarchat aktiv die neoimperialistische und chauvinistische Ideologie der ‚Russischen Welt‘ verbreitet zu haben und weiter zu verbreiten“. Diese Ideologie diene als Basis für die Rechtfertigung des russischen Angriffs auf die Ukraine. Daher sei die „reale, nicht deklarative, vollständige und juristisch untermauerte Trennung“ ukrainischer Religionsgemeinschaften von „religiösen Zentren, die von der Kremldiktatur kontrolliert werden“, ein zentrales Element der erfolgreichen Abwehr der „russischen hybriden Aggression“. Als ein solches religiöses Zentrum benennt die OKU das Moskauer Patriarchat. Der russische Staat betrachte die UOK – die im Statement als „Struktur des Moskauer Patriarchats in der Ukraine“ bezeichnet wird – als Instrument des hybriden Angriffs. Daher fordert die OKU ein gesetzliches Verbot jeglicher juristischer und administrativer Verbindungen von Glaubensgemeinschaften zu religiösen Zentren in Russland, namentlich zum Moskauer Patriarchat. Dabei gehe es nicht um ein Verbot der religiösen Tätigkeit, sondern um ein Verbot der Unterordnung, wird im Statement weiter betont.

Die OKU verweist im Statement zudem darauf, dass ihre Haltung insgesamt von der „religiösen Gemeinschaft der Ukraine“ geteilt werde. Das habe ein Treffen des Allukrainischen Rats der Kirchen und Religionsgemeinschaften mit dem Parlamentsvorsitzenden Ruslan Stefantschuk am 11. April gezeigt. Dieser Darstellung [widersprach die UOK](#). Von den 16 Mitgliedskirchen hätten sich bei dem Treffen nur sechs geäußert und nur die OKU und nur die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK) unterstützten den Gesetzesentwurf zum Verbot des Moskauer Patriarchats in der Ukraine. Der Vertreter der UOK habe außerdem auch weitere gegen sie gerichtete Gesetzesentwürfe kritisiert. Auf der Website des Rats [erweckte eine Meldung vom 12. April den Eindruck](#), der Rat unterstütze einstimmig den Gesetzesentwurf. Das bezeichnet die UOK als „Manipulation“, der Rat habe zu dem Thema nicht getagt und ein Brief des Ratsvorsitzenden zu dem Treffen sei mit der UOK nicht abgestimmt worden. Da der Rat seine Entscheidungen einstimmig treffe, könne diese Position nicht als die des Rates dargestellt werden.

Das Oberhaupt der OKU, Metropolit Epifanij (Dumenko), legte am [13. April mit einer Stellungnahme](#) nach, in der er der UOK unterstellte, im Hintergrund von Oligarchen kontrolliert zu werden. Dieses „Modell“ habe massiv zur aktuellen „öffentlichen Katastrophe“ der UOK beigetragen. Umgekehrt versuchten die Gegner der OKU, sie als in die Parteipolitik verstrickt darzustellen und sie als „Kirche Petro Poroschenkos“ zu diskreditieren. Diese „falschen Gerüchte“ habe die OKU aber mit Worten und Taten widerlegt, keine politische Persönlichkeit – weder aus der Regierung noch aus der Opposition – spiele in ihr eine herausragende Rolle. Kein ukrainischer Politiker kontrolliere in irgendeiner Weise die OKU und ihre Entscheidungen, betonte Epifanij.

Am Gründonnerstag [weihte das Oberhaupt der UOK, Metropolit Onufrij \(Berezovskij\), erstmals Myron](#), das in der Karwoche im Frauenkloster des Hl. Panteleimon in Feofanija, einem Stadtteil von Kyjiw, hergestellt worden war. Die Myron-Weihe fand zum ersten Mal seit über 100 Jahren wieder in Kyjiw statt. Sie gilt als Privileg der autokephalen

orthodoxen Kirchen und kann daher als weiterer Schritt zur Loslösung der UOK vom Moskauer Patriarchat interpretiert werden. Die Wiederaufnahme der Myron-Weihe war vom [Landeskonzil der UOK am 27. Mai 2022](#), das die Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat verkündet hatte, beschlossen worden. Am 23. November hatte der HI. Synod der UOK [den Beschluss bekräftigt](#), was vom Moskauer Patriarchat als Distanzierungsschritt gewertet worden war. In seiner [Osterbotschaft](#) stellte Metropolit Onufrij die aktuellen Kriegsleiden als Chance für die Gläubigen dar, stärker zu werden und sich spirituell zu vervollkommen.

In Kyjiw war es trotz der geltenden Ausgangssperre erlaubt, [nächtliche Gottesdienste](#) zu besuchen. Während es wie üblich verboten war, sich zwischen Mitternacht und 5 Uhr morgens auf der Straße aufzuhalten, durften Geistliche und Gläubige die Nacht in Kirchen verbringen. Dennoch riefen die städtischen Behörden die Gläubigen auf, lieber online an Gottesdiensten teilzunehmen. Die Religionsgemeinschaften wurden gebeten, ihre Gottesdienste online zu übertragen und Massenveranstaltungen möglichst zu vermeiden. Metropolit [Epifanij feierte den Abendgottesdienst](#) am Ostersonntag in der Kathedrale des Michaelsklosters in Kyjiw. In der Maria-Entschlafens-Kathedrale in der oberen Lavra des Kyjiwer Höhlenklosters [feierte Archimandrit Avraamij](#) (Lotysch), der kürzlich von der Mönchsgemeinschaft der UOK im Höhlenkloster zur OKU übergetreten ist, den Ostergottesdienst. [Metropolit Onufrij feierte](#) den Ostergottesdienst in der unteren Lavra des Höhlenklosters. (NÖK)

Russland: Neue außenpolitische Konzeption sieht Zusammenarbeit mit der Kirche vor

20. April 2023

In Russland ist am 31. März 2023 eine neue [Konzeption der Außenpolitik](#) in Kraft getreten. Darin werden die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) und andere traditionelle Religionsgemeinschaften des Landes erwähnt, zudem wird der Schutz traditioneller moralischer Werte in der Welt als Aufgabe Russlands dargestellt. Außerdem sollen die russische Sprache und Kultur weltweit geschützt sowie gegen „Russophobie“ gekämpft werden.

In Artikel 43.4 des 76 Artikel umfassenden Dokuments heißt es, die Russische Föderation wolle der „Förderung der Entwicklung internationaler Beziehungen religiöser Organisationen, die zu den traditionellen Konfessionen Russlands gehören, und dem Schutz der ROK vor Diskriminierung im Ausland, darunter bei den Interessen beim Schutz der Einheit der Orthodoxie,“ besondere Aufmerksamkeit schenken. Dies soll unter anderem der Stärkung der Rolle Russlands „im weltweiten humanitären Bereich“ dienen, zu einem positiven Image im Ausland beitragen, die Position der russischen Sprache in der Welt stärken und Russophobie-Kampagnen feindlicher Staaten entgegenwirken. Bei der Vorbereitung und Umsetzung von außenpolitischen Entscheidungen soll die Regierung neben verschiedenen Behörden, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren auch mit der ROK und „anderen Religionsorganisationen traditioneller Konfessionen“ zusammenarbeiten, wird in Art. 75 festgehalten.

Damit sei die Orthodoxie zu einem Teil der russischen Außenpolitik geworden, sagte der Politologe und stellv. Direktor des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, [Roman Lunkin, gegenüber der *Nezavisimaja Gazeta*](#). Noch in der letzten Version des Dokuments von 2016 sei die ROK nicht erwähnt worden, Religion sei vor allem im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Extremismus vorgekommen. 2008 hingegen seien bereits eine Zusammenarbeit mit der ROK, die Rückkehr des „religiösen Faktors“ und der interreligiöse Dialog thematisiert worden. In der Version von 2000 sei keine Rede von der Kirche gewesen, sondern nur vom Kampf gegen religiöse Feindschaft.

Mehrfach finden im Dokument auch die „traditionellen spiritueller-moralischen Werte“ Erwähnung, deren Schutz Russland seit Jahren im In- und Ausland propagiert. So zählt die Konzeption zu den russischen Interessen in der Außenpolitik die „Stärkung traditioneller russischer spiritueller-moralischer Werte und die Bewahrung des kulturellen und historischen Erbes des multiethischen Volks“ Russlands (Art. 15.8). Diese Werte werden auch als Grundlage für die Kontakte mit verschiedenen Weltregionen sowie als Gemeinsamkeit mit diesen genannt. Das ist auch im Abschnitt zur „muslimischen Welt“ der Fall. In Fragen der Sicherheit, Stabilität und Lösung wirtschaftlicher Probleme werden die „Staaten der befreundeten muslimischen Zivilisation“ zu immer gefragteren und verlässlicheren Partnern Russlands, heißt es in Art. 56. Angesichts einer multipolaren Welt eröffneten sich dieser „breite Perspektiven“, um zu einem „eigenständigen Zentrum der globalen Entwicklung“ zu werden.

Im einführenden Art. 6 heißt es über die russische Außenpolitik allgemein, sie habe einen „friedlichen, offenen, vorhersagbaren, konsequenten und pragmatischen Charakter“, der auf der Achtung der allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des internationalen Rechts beruhe. Sie strebe eine „gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit zur Lösung gemeinsamer Aufgaben und Förderung gemeinsamer Interessen“ an. (NÖK)

Russland: Patriarch Kirill ruft zu gerechtem Frieden auf

20. April 2023

Der russische Patriarch Kirill hat in [seiner Osterbotschaft](#) zum Gebet für die Menschen aufgerufen, die sich „im Gebiet kriegerischer Handlungen befinden“. Als Christen „können wir gegenüber den Nöten und Entbehrungen unserer Brüder und Schwestern“ nicht gleichgültig sein, deren „Herzen vom Feuer des brudermörderischen Konflikts entzündet sind“. Daher müsse für das Geschenk eines „soliden und gerechten Friedens für die brüderlichen Völker, die aus dem gemeinsamen Taufbecken des Dnipro hervorgegangen sind“, gebetet werden.

In seiner [Fernsehansprache vor dem Gottesdienst in der Nacht auf Ostersonntag](#) sprach Patriarch Kirill erneut von der Einheit des russischen und ukrainischen Volks und dem gemeinsamen historischen Territorium und benutzte den despektierlichen Ausdruck „Kleinrussen“ für die Ukrainer. Er erklärte, er meine die Rus, wenn er vom „russischen Land“ spreche. Aus dieser seien „sowohl die Großrussen als auch die Ukrainer-Kleinrussen sowie andere Völkerschaften“ hervorgegangen und mit dieser „sind wir historisch, spiritueller und, wenn man so will, zivilisatorisch verbunden“. Er hoffe, dass Frieden, gegenseitiger Respekt, Einverständnis sowie die Fähigkeit, zusammen zu leben und zu arbeiten, wiederhergestellt würden. Er wandte sich zudem mit dem Aufruf an die Russen und Ukrainer, mit ihren „Gebeten, guten Taten und guten Zielsetzungen“ alles dafür zu tun, dass der Konflikt schnellstmöglich ende.

In seiner [Predigt am 9. April begründete Kirill den Krieg](#) einmal mehr mit der Ablehnung liberaler westlicher Werte, insbesondere der Gleichberechtigung von gleichgeschlechtlichen Beziehungen und von Transpersonen. Das Vorhaben, Russland mittels Täuschung in die westliche „Welt hineinzuziehen“, sei gescheitert, da das russische Volk und die Regierung erkannt hätten, dass diese Werte ihren eigenen – christlichen, im System der nationalen Werte festgelegten – widersprächen. Im aktuellen Krieg bemühe sich Russland lediglich darum, seine „Unverwechselbarkeit, seinen Glauben und sein Wertesystem“ zu bewahren: „Wir wollen nicht, dass es Elternteil Nr. 1 und Nr. 2 gibt. Wir wollen nicht, dass die Unterscheidung zwischen den Geschlechtern verloren geht. Wir wollen nicht, dass die Ausschweifung zur Norm des Lebens wird.“ Es gehe Russland um nichts Materielles, und dies beweise die Richtigkeit der russischen Position. (NÖK)

Ukraine: ÖRK bietet Vermittlung zwischen orthodoxen Kirchen an

17. Mai 2023

Eine Delegation des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) hat die Ukraine besucht und angeboten, zwischen den beiden konkurrierenden orthodoxen Kirchen – der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) und der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) – zu vermitteln. Die Delegation unter der Leitung von Generalsekretär Jerry Pillay [traf sich mit hochrangigen Vertretern beider Kirchen und erklärte im Anschluss](#), beide hätten „klare Zeichen ihres Willens zum Dialog“ gegeben. Diese Offenheit für den Dialog sei ein Zeichen der Hoffnung, dass eine der vielen Wunden und Spaltungen in der Ukraine geheilt werde.

Der ÖRK schreibt den Kirchen eine wichtige Rolle in der Heilung der Wunden, die der russische Krieg gegen die Ukraine verursacht hat, bei der Beendigung des Kriegs und der Förderung eines gerechten Friedens für die Ukraine und die Region zu. Dies betonte er auch gegenüber dem Allukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen sowie dem ukrainischen Kulturminister. Außerdem sei die „Harmonie“ zwischen den Religionsgemeinschaften in der Ukraine ein „essentielles Element für die nationale Einheit“, die diese Krise erfordere. Der ÖRK will mit den Kirchen und der Regierung der Ukraine zusammenarbeiten, um diese Einheit zu fördern und Spaltungen und Uneinigkeit zwischen den Gläubigen zu mindern. In diesem Sinn bedankte sich ÖRK-Generalsekretär Jerry Pillay für das grundsätzliche Einverständnis der Vertreter UOK und der OKU, an vom ÖRK organisierten Dialogtreffen teilzunehmen. Er will sich nun an die Arbeit für einen ersten Runden Tisch im Laufe dieses Jahres machen.

An einem solchen Runden Tisch soll laut dem bayrischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, der als Vorsitzender des Zentralausschusses des ÖRK ebenfalls Mitglied der Delegation war, [auch die Russische Orthodoxe Kirche \(ROK\) teilnehmen](#). Er schrieb über die Gespräche, die „insbesondere zur Vorbereitung“ des Runden Tisches gedient hätten, auf Facebook, dass sie „sehr ermutigend verlaufen“ seien. In einem [Interview zeigte er sich zuversichtlich](#) über den „Sinn des Unterfangens“ – „die erstmal an einen Tisch zu kriegen“ – und erklärte, möglicherweise könne ein solches Gespräch zwischen der OKU, UOK und ROK in der ersten Oktoberwoche stattfinden. ÖRK-Generalsekretär Jerry Pillay werde bereits am 17. Mai nach Moskau reisen, [um sich mit dem russischen Patriarchen Kirill zu treffen](#).

In den Statements der beiden orthodoxen Kirchen finden sich jedoch keine expliziten Bestätigungen für ihre Bereitschaft zum Dialog mit der jeweils anderen Kirche. [Laut der OKU ging es beim Treffen](#) neben der religiösen Situation in der Ukraine und die Herausforderungen durch den Krieg sowie weitere „aktuelle Fragen“ um den laufenden Prozess der Aufnahme der OKU in den ÖRK. Es sei beschlossen worden, den „Dialog und Konsultationen zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen“ weiterzuführen. Das Oberhaupt der OKU, Metropolit Epifanij (Dumenko) betonte, seine Kirche sei „offen für den Dialog“ und dankte allen, die die Ukraine im Krieg unterstützten.

Bei der [UOK hieß es, bei dem Treffen sei es um die aktuelle Situation](#) der interreligiösen und Kirche-Staat-Beziehungen in der Ukraine gegangen. Ihr Geschäftsführer, Metropolit Antonij (Pakanitsch), habe die ÖRK-Delegation über „systematische Verletzungen der Rechte“ von Gläubigen und religiösen Organisationen der UOK sowie über die gegen sie gerichteten Gesetzesinitiativen informiert. Zudem hätten sich die Gesprächspartner zur möglichen Rolle des ÖRK bei der Lösung des Kirchenkonflikts in der Ukraine ausgetauscht.

Die ÖRK-Delegation [traf sich auch mit Vertretern des Allukrainischen Rats der Kirchen und religiösen Organisationen](#), um über die Lage der Religionsgemeinschaften im Krieg zu sprechen. Der Vorsitzende des Rats erklärte, in der Ukraine werde die Religionsfreiheit respektiert und es gebe auch im Krieg keine Verfolgung aus religiösen Gründen. Ganz anders sehe die Situation in den von Russland besetzten Gebieten aus. Er hoffe, der ÖRK werde sich auf internationaler Ebene für die ukrainischen Gläubigen einsetzen. Zudem wiesen die Vertreter des Rats den ÖRK darauf hin, dass Russland im Krieg gegen die Ukraine die Religion als Mittel einsetze. Sie erklärten sich ebenfalls bereit, auf internationaler Ebene mit dem ÖRK zusammenzuarbeiten. (NÖK)

Ukraine: Zelenskyj lehnt päpstliche Friedensmission ab

17. Mai 2023

Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskyj hat bei seiner Italien-Visite auch Papst Franziskus im Vatikan besucht. Die beiden [sprachen am 13. Mai 40 Minuten](#) über die humanitäre und politische Situation in der Ukraine angesichts des andauernden russischen Angriffskriegs. Beide waren sich einig, dass die humanitären Anstrengungen zur Unterstützung der Bevölkerung sowie die Bemühungen um Gefangenenaustausch und die Rückführung entführter ukrainischer Kinder fortgesetzt werden sollten. Allerdings zeigten sich auch deutliche Differenzen, was eine mögliche Vermittlerrolle des Vatikans betrifft.

Zelenskyj machte in mehreren Äußerungen nach dem Treffen mit dem Papst deutlich, dass er die von Franziskus angebotene Vermittlerrolle nicht für sinnvoll hält. Bei allem Respekt für Franziskus „brauchen wir keine Vermittler, wir brauchen einen gerechten Frieden“, sagte [Zelenskyj im italienischen Fernsehen](#). Er lud den Papst, wie andere Staatsoberhäupter, ein, auf einen solchen gerechten Frieden hinzuarbeiten, und betonte, eine Mediation mit Putin sei nicht möglich, kein Land der Welt könne das. Dem Papst sei Zelenskyjs Position bekannt: „Der Krieg findet in der Ukraine statt, und der Friedensplan muss ukrainisch sein. Wir sind sehr interessiert daran, den Vatikan für unsere Friedensformel zu gewinnen.“

Auf [Twitter zeigte sich Zelenskyj dankbar](#) für die Aufmerksamkeit des Papstes „für die Tragödie von Millionen von Ukrainern“. Er habe mit dem Papst über die nach Russland deportierten ukrainischen Kinder gesprochen und die Bemühungen, sie zurückzuholen. Zudem habe er den Papst gebeten, die russischen Verbrechen in der Ukraine zu verurteilen, denn „es kann keine Gleichheit zwischen Opfer und Aggressor geben“. Laut der [offiziellen Website des ukrainischen Präsidenten](#) seien die „Verbrechen Russlands“ ein separates Thema des Gesprächs gewesen. Zudem hat Zelenskyj den Papst in die Ukraine eingeladen, „um mit dem Gebet alle Ukrainer zu unterstützen, die unter dem russischen Terror leiden und gegen das Böse kämpfen, das ins ukrainische Land gekommen ist“. Anschließend traf Zelenskyj mit dem „Außenminister“ des Vatikans, Paul Richard Gallagher, zusammen.

Der ukrainische Botschafter im Vatikan, [Andrij Jurasch, bestritt, dass es eine Krise in den Beziehungen](#) zwischen dem Vatikan und der Ukraine gebe. Zwischen den beiden habe ein „offenes und fruchtbares Gespräch“ stattgefunden. Der „falsche Eindruck“ einer Kontroverse komme daher, dass die beiden Parteien vor dem Treffen ihre Vorbedingungen nicht geklärt hätten. Tatsächlich sei das Treffen für beide gehaltvoll gewesen, sagte Jurasch gegenüber dem *Corriere della sera*. Sollten die vatikanischen Friedensbemühungen auch nur einige der Punkte des ukrainischen Friedensplans berücksichtigen, würden diese sicherlich sehr positiv aufgenommen. Zurzeit sei das Verhältnis zum Vatikan sehr intensiv, von einer Krise könne keine Rede sein.

Gerüchte über eine vatikanische Friedensmission in der Ukraine hatte der Papst selbst angeheizt. [Er hatte auf dem Rückweg von der Ungarn von einer solchen gesprochen](#), wollte aber noch keine Einzelheiten nennen. Im Anschluss erklärten offizielle Stellen sowohl in Russland als auch in der Ukraine, nichts von einer solchen Mission zu wissen. Daraufhin [bestätigte Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin die Mission](#) und zeigte sich überrascht über die Reaktion der beiden Regierungen. Am 10. Mai erklärte Parolin erneut, die vertrauliche [Friedensmission laufe](#) weiterhin. Er glaube „wirklich, dass sich die Sache vorwärtsbewegen wird“. Nachdem die ukrainischen und russischen Behörden erklärt hatten, keine Kenntnis einer vatikanischen Friedensmission zu haben, habe es „Kontakte gegeben“. Dabei sei mit beiden Seiten geklärt worden, dass es ein Missverständnis gegeben habe. Der [Leiter des Nationalen Sicherheitsrats der Ukraine warnte](#) unterdessen davor, irgendwelche Abkommen hinter dem Rücken der Ukraine abzuschließen. (NÖK)

Russland: Patriarch Kirill glaubt an göttliche Hilfe zum Sieg im Krieg

17. Mai 2023

Am Tag des Hl. Georg hat der russische Patriarch Kirill die Bedeutung des Glaubens und des Gebets für den Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg betont und dabei Parallelen zur aktuellen Situation gezogen. Der Große Vaterländische Krieg habe tatsächlich am 6. Mai, dem Tag des Hl. Georg, geendet, weil unzählige Menschen für den Sieg gebetet hätten. Es sei das „größte Wunder“ des Heiligen, denn der Feind sei damals um ein Vielfaches überlegen gewesen.

[In seiner Predigt sagte Patriarch Kirill](#), der Zweite Weltkrieg sei nicht „ein Krieg gegen Deutschland“ gewesen, sondern „ein Krieg gegen ganz Europa“, da dieses unter die Herrschaft des deutschen Faschismus gefallen war. Eigentlich hätte die Sowjetunion gegen den überlegenen Gegner keine Chance gehabt, führte Kirill aus, aber dennoch hätten ihre Bürger sich nicht ergeben. Doch erst die „Wiedergeburt des Glaubens“ mit den Gebeten unzähliger Menschen hätten in Kombination mit dem heldenhaften und selbstlosen Kampf die Güte Gottes auf das Land gelenkt. Er glaube, dass wenn das russische Volk auch weiterhin seinen Glauben festige und die russischen Streitkräfte beteten, dann „wird der Sieg mit uns sein“.

Die aktuelle Lage schätzt der Patriarch als sehr schwierig ein, denn „der Feind zieht wieder gegen die heilige Rus““. Dank Gottes Gnade sei die Rus' inzwischen ein „mächtiger, in kriegerischer Hinsicht wirklich unbesiegbarer Staat“ geworden, und doch gebe es im Ausland Träume, das Land mit Gewalt zu erobern. Deshalb sollte darum gebetet werden, dass Russland „einig, unteilbar, stark und, am wichtigsten, unabhängig und frei“ bleibe. Denn – [wie Kirill schon mehrfach erklärte](#) – sei Russland heute „eine Insel der Freiheit“. Dabei schlug Kirill auch wieder einen Bogen zum Thema LGBTQI-Rechte: auch auf Befehl der Mächtigen dieser Welt „verstoßen wir nicht gegen das göttliche Gesetz. Für uns ist die Ehe ein Bund zwischen Mann und Frau.“ Dank dieser Haltung betrachteten viele Russland als Beispiel, andere aber wollten „diese für viele attraktive Alternative der zivilisatorischen Entwicklung“ zerstören.

Am Vorabend des 9. Mais, der in Russland als Tag des Sieges im Zweiten Weltkrieg groß gefeiert wird, legte Patriarch [Kirill einen Kranz am Grab des unbekanntes Soldaten in Moskau nieder](#). Danach wandte er sich an die anwesenden Militärangehörigen, um ihnen zu danken und den Stellenwert der Armee für die Unabhängigkeit des Landes zu betonen. Wieder hob er die Unabhängigkeit als zentrale Eigenschaft Russlands hervor, so sagte er, das Land „zählt zu einer sehr kleinen Menge Länder, die unabhängig sind“. Um unabhängig und frei zu sein und das Leben nach dem Willen des Volks zu gestalten, müssten die Streitkräfte „unbesiegbare“ sein. An die anwesenden Geistlichen gewandt,

betonte der Patriarch die zentrale Rolle, die das Gebet und der Glaube für die Stärke des Landes sowie die „Mobilisierung der geistlichen Kräfte“ spielten. Um in Sicherheit zu sein, müsse Russland gefürchtet sein, und gefürchtet werde derjenige, der stark sei. Deshalb gelte es, für das Vaterland, den Präsidenten, die Machthabenden, die Armee und das Volk zu beten.

Patriarch Kirill war [unter den Ehrengästen](#) an der Militärparade auf dem Roten Platz in Moskau am 9. Mai. Begleitet wurde er von Mitgliedern des Hl. Synods, namentlich dem Metropoliten von St. Petersburg, Varsonofij (Sudakov), dem Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, Metropolit Antonij (Sevrjuk), und dem Geschäftsführer des Moskauer Patriarchats, Metropolit Dionisij (Porubaj). Anlässlich des Feiertags richtete Kirill Gratulationsschreiben an mehrere Staatsbeamte, darunter den russischen [Präsidenten Vladimir Putin](#) und [Verteidigungsminister Sergej Schojgu](#).

Zudem begann am 6. Mai mit dem Gottesdienst von Patriarch Kirill zum Tag des Hl. Georg die [Aktion „Allrussisches Bittgebet für den Sieg“](#). Die Aktion soll bis im Oktober 2023 dauern und ist eine Initiative des Allrussischen Volkskonzils mit dem Segen des Patriarchen. Dabei soll ein Teil der Reliquien des Hl. Georg durch ganz Russland gefahren werden und an verschiedenen Orten Bittgottesdienst stattfinden. Das Ziel dieser „staatlich-kirchlichen Aktion“, an der sich Gouverneure und Metropoliten beteiligen, sei die „Konsolidierung des Volks“, heißt es vonseiten des Allrussischen Volkskonzils. (NÖK)

Ukraine: UOK sieht keine Möglichkeit zum Dialog mit OKU

01. Juni 2023

Ein Jahr nach ihrem [Landeskonzil am 27. Mai 2022](#) zieht die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK) eine mehrheitlich positive Bilanz. Die Erklärung ihrer Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat sei ein „überzeugendes Argument“ zur Abwehr der „zahlreichen Verleumdungen und ausgedachten Anschuldigungen“ geworden, die sich gegen die UOK richteten und noch immer richten, heißt es in einem [Statement des Hl. Synods der UOK](#). Zudem seien im ersten Jahr nach dem Konzil mehr als 40 Gemeinden im Ausland gegründet worden, vereint im Westeuropäischen Vikariat, was ebenfalls dem Willen des Konzils entspreche. So sei die Mission unter den ukrainischen Kriegsflüchtlingen im Ausland zur „Bewahrung ihres Glaubens, ihrer Kultur, Sprache und orthodoxen Identität“ gewährleistet.

Ausführlich ging [Erzbischof Silvestr \(Stojtshev\), Rektor der Kyjiwer Geistlichen Akademie und des Seminars](#), auf die Entwicklungen des letzten Jahrs ein. Zum immer wieder als uneindeutig kritisierten Status der UOK – „unabhängig“ – erklärte er, eine Verkündung der Autokephalie hätte die „Probleme der UOK nicht gelöst“. Keine orthodoxe Lokalkirche hätte sie anerkannt, vielleicht hätten sie sogar die eucharistische Gemeinschaft mit der UOK aufgelöst. Daher „hat die UOK klar ihre Absicht, autokephal zu sein, deklariert“, sie aber nicht eigenmächtig verkündet. Ihr Status sei nicht „vollständig verstanden und ausgeformt“, aber in der aktuellen Situation könne man von der UOK kaum eine andere Entscheidung erwarten.

Die Auseinandersetzungen um die Orthodoxie in der Ukraine betrachtet Silvestr als gesamtorthodoxes Problem, das gemeinsam mit allen orthodoxen Lokalkirchen gelöst werden sollte. Zum „Mechanismus der Schaffung neuer autokephaler und autonomer Kirchen sowie der spirituellen Versorgung der orthodoxen Diaspora“ müsse ein Konsens gefunden werden. Der Erzbischof zeigte sich offen für den Dialog mit allen Lokalkirchen, auch dem Patriarchat von Konstantinopel und anderen griechischsprachigen Kirchen, mit

denen die eucharistische Gemeinschaft aufgrund von deren Anerkennung der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) ausgesetzt wurde.

Mit der OKU hat allerdings seit dem Landeskonzil laut Erzbischof Silvestr keine Annäherung stattgefunden, das Verhältnis habe sich sogar deutlich verschlechtert. Das Konzil habe klar festgehalten, dass für einen Dialog zwischen der UOK und der OKU zuerst die „gewaltsamen Übernahmen von Kirchen und erzwungenen Übertritte von Gemeinden aufhören müssen“. Die Gewalt gegen die UOK habe sich aber noch ausgeweitet. Die Position der OKU gegenüber der UOK bezeichne Silvestr als „offen aggressiv“. Die Führung der OKU unterstütze die politischen Versuche, die UOK zu verbieten, in inoffiziellen Aussagen sei Hassrede zur Norm geworden. Somit „fehlt heute die zentrale Voraussetzung für einen Dialog“, und die „aggressive Rhetorik und aggressive Handlungen“ von Anhängern der OKU gegenüber der UOK „zerstören überhaupt dessen Möglichkeit“. Allerdings würdigte Silvestr die [Kritik aus der OKU an gewaltsamen Zwischenfällen](#) als „sehr wichtig“.

Als eine der größten Herausforderungen des vergangenen Jahrs bezeichnete Erzbischof Silvestr mit Verweis auf die juristische Verfolgung von UOK-Hierarchen und den Konflikt um das Kyjiwer Höhlenkloster die massive Verschlechterung des Verhältnisses zum Staat. Er räumte Fälle von Kollaboration ein, betonte aber, dass die Mehrheit der UOK-Geistlichen sich klar auf die Seite der Ukraine gestellt habe. Sollte der Staat die UOK verbieten, wäre das ein „Schlag für die demokratischen Prinzipien unserer Gesellschaft“, das dürfe nicht zugelassen werden. Er bedauerte in diesem Zusammenhang, dass es keinen „offenen Dialog“ zwischen der Kirche und der Staatsmacht gebe.

Abschließend erklärte Erzbischof Silvestr, das Landeskonzil von 2022 sei ein „wichtiger Meilenstein in der Geschichte“ der UOK. Die Teilnehmer des Konzils hätten klar ihre Unterstützung für den ukrainischen Staat und das ukrainische Volk angesichts des Kriegs bezeugt, ihr Streben nach kirchlicher Unabhängigkeit verkündet und „wichtige Schritte zur Erreichung dieser Unabhängigkeit unternommen“. Das Konzil habe zwar nicht alle Probleme gelöst, aber die Richtung der Entwicklung festgelegt. Es sei bereits klar, dass die UOK nie mehr die gleiche wie vor dem 24. Februar 2022 sein werde. Sie wolle ihrem Glauben und Traditionen treu bleiben, aber die aktuellen Herausforderungen könnten sie nicht unverändert lassen. (NÖK)

Ukraine: Russische Orthodoxe Kirche eignet sich Eparchie an

01. Juni 2023

Der Hl. Synod der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) hat am 16. Mai entschieden, die Eparchie Berdjansk in der Ukraine [„kanonisch und administrativ unmittelbar“ dem russischen Patriarchen Kirill](#) und dem Hl. Synod zu unterstellen. Der Entscheid soll später von der Bischofsversammlung bestätigt werden. Damit löst die ROK die Eparchie aus der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) heraus, zu der sie bisher gehört hatte. Die Stadt Berdjansk am Azovschen Meer war gleich zu Beginn der russischen Invasion erobert worden und ist seither von Russland besetzt.

Grund dafür ist laut dem Protokoll der Sitzung des Hl. Synods, dass Metropolit Efrem (Jarinko) sein Amt „faktisch“ verlassen habe und es der UOK nicht möglich sei, „ungehindert die Situation der Eparchie Berdjansk zu regeln“. Am 1. Mai hätten die Geistlichen deshalb in einer Versammlung beschlossen, Patriarch Kirill zu bitten, sie aufzunehmen. Von 86 Geistlichen seien 76 dafür gewesen, wobei fünf dagegen und fünf abwesend gewesen seien. In einem Telefongespräch habe Metropolit Efrem gegenüber dem Geschäftsführer des Moskauer Patriarchats gesagt, er reise ins Ausland. Als neuen

Leiter der Eparchie bestimmte die ROK den bisherigen Vorsteher der Eparchie Iskitim in Sibirien, Bischof Luka (Voltschkov).

[Die UOK hingegen erklärte](#), Metropolit Efrem habe von Metropolit Onufrij (Berezovskij), dem Oberhaupt der UOK, den Segen erhalten, sich aufgrund seines Gesundheitszustands im Ausland einer medizinischen Behandlung zu unterziehen. Während seiner Abwesenheit wollte er die Verwaltung der Eparchie per Telefon wahrnehmen. Abschließend könne die Situation erst mit detaillierten Erklärungen des Metropoliten nach seiner Genesung beurteilt werden, heißt es auf der Website der UOK weiter. Die Geistlichen der Eparchie Berdjansk hätten „mehrfach und offen ihre volle Unterstützung und ihr Vertrauen“ gegenüber Efrem ausgedrückt. Deshalb weckten entgegengesetzte Aussagen einzelner Geistlicher Misstrauen, ob sie „aufrichtig und ohne Zwang“ geäußert worden seien.

Konkret geht es um vier Geistliche der Eparchie, die offenbar nach Russland gereist sind, um Patriarch Kirill um Aufnahme ihrer Eparchie in die ROK zu bitten. Dort [traten sie im Abendprogramm von Spas](#), dem Fernsehsender der ROK, auf, wobei deutlich wurde, dass sie die Eroberung durch Russland begrüßen und die russischen Truppen als ihre Armee ansehen. Am 19. Mai [verbot Metropolit Efrem den betreffenden Geistlichen](#), Gottesdienste zu leiten. Das Moskauer Patriarchat erklärte die Anordnungen des Metropoliten wenig später für ungültig. Wo Efrem sich aufhält, ist nicht bekannt. Es wird vermutet, er sei von den russischen Besatzern unter Druck gesetzt worden und deshalb geflüchtet. (NÖK)

Russland: ÖRK-Generalsekretär wirbt in Moskau für Rundtisch-Gespräche

01. Juni 2023

Nach dem [Besuch einer Delegation](#) des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) Anfang Mai in der Ukraine hat ÖRK-Generalsekretär Jerry Pillay den russischen Patriarchen Kirill am 17. Mai in Moskau getroffen. Das [Ziel der Besuche](#) sei es, „durch Begegnung und Dialog Brücken hin zu Frieden und Versöhnung zu bauen und für ein Ende von militärischen Auseinandersetzungen, Kriegen und Gewalt zu sorgen“, heißt es vonseiten des ÖRK. Konkret wirbt der ÖRK für die Durchführung eines Runden Tisches, an dem Vertreter der beiden ukrainischen orthodoxen Kirchen und der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) ins Gespräch kommen sollen.

Patriarch Kirill zeigte sich offen für den Vorschlag und stellte in Aussicht, die Idee des Runden Tisches kirchenintern zu diskutieren. Eine klare Zusage gab es jedoch nicht, da Kirill Zweifel an der Durchführbarkeit eines Rundtisch-Gesprächs aufgrund der seit vielen Jahren bestehenden Einflussnahme von außen äußerte, insbesondere seitens der USA. ÖRK-Generalsekretär Jerry Pillay war dennoch „dankbar“, [dass der Patriarch die Möglichkeit von Gesprächen überhaupt in Betracht zieht](#).

Patriarch Kirill reklamierte [im Gespräch mit Pillay](#), dass sich die ROK seit Beginn der Krise in der Ukraine 2014 an Versöhnungsbemühungen beteiligt habe. Scharf kritisierte er den politischen Druck auf die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK), zu dessen Instrumenten auch „schismatische Gruppen“ zählten, die vom Patriarchat von Konstantinopel unterstützt würden. Dessen Anteil an der „Entwicklung der zwischenkirchlichen Krise in der Ukraine“ mache es der ROK unmöglich, an „Kommissionen und Komitees teilzunehmen, die von einem Vertreter Konstantinopels geleitet werden“. Der internationalen Gemeinschaft warf der Patriarch Schweigen gegenüber dem ukrainischen Kirchenkonflikt vor. Er sei zutiefst davon überzeugt, „dass wir als religiöse Menschen dazu aufgerufen sind, zum Frieden beizutragen und nicht in politischen Auseinandersetzungen Partei zu ergreifen“. Zu Kirills eigener politischer Rolle scheint der ÖRK-Generalsekretär keine Rückfragen gestellt zu haben, das Moskauer Patriarchat

zitiert ihn mit den Worten: „Ich unterstütze Ihre Heiligkeit vollauf, als Sie die Frage nach dem Schweigen der internationalen Gemeinschaft gestellt haben. Deshalb will der ÖRK aktiv arbeiten. [...] Und daher möchten wir fragen: Was können wir tun, um für Frieden zu sorgen? Gibt es etwas, dass wir, die Kirchen, tun können, um diesen Krieg zu beenden?“

Aufgrund der Kritik, dass Pillay bei seinem Treffen mit Patriarch Kirill dessen Unterstützung für den russischen Angriffskrieg nicht klar angesprochen habe, gab der ÖRK-Generalsekretär dem [Pressedienst des ÖRK ein „exklusives Interview“](#). Die Kritiker bezeichnete er als „einige wenige“ Stimmen in den sozialen Medien. Pillay verteidigte seine Reise nach Moskau mit den Worten: „Ich will sehr klar und deutlich sagen, dass der ÖRK sich nicht den Luxus leisten kann, sich zurückzulehnen und nichts zu tun. [...] Da die ROK ein Mitglied des ÖRK ist, haben wir das Recht und die Pflicht, sie zu besuchen, ihr zuzuhören und sie natürlich in ihrer besonderen Position in Verbindung mit dem Krieg herauszufordern.“ Zudem konkretisierte der ÖRK-Generalsekretär die Idee des Rundtisch-Gesprächs, das im Oktober stattfinden soll: Am ersten Tag will der ÖRK mit den beiden ukrainischen orthodoxen Kirchen sprechen, am nächsten Tag mit der ROK, um am dritten Tag die drei Kirchen zusammenzubringen und „die Fragen des Krieges zu diskutieren und die Einheit der orthodoxen Familie wiederherzustellen“. Im Interview findet sich jedoch keine klare Benennung Russlands als Angreifer und keinerlei Kritik an der Unterstützung der ROK und Kirills für den Krieg.

Dieses Vorgehen erinnert an den [Besuch von Pillays Vorgänger, Ioan Sauca, im Oktober 2022](#) in Russland. Bereits damals war es die Absicht des ÖRK gewesen, Brücken zu bauen und zu einem Ende des Kriegs beizutragen. Sauca bat Kirill, seine Position zum Krieg darzulegen, sich konkret dagegen auszusprechen, dieser jedoch hielt an seiner Täter-Opfer-Umkehr fest. Auch damals hatte der ÖRK-Generalsekretär [als Reaktion auf Kritik dem eigenen Pressedienst ein „exklusives“ Interview gegeben](#), in dem er beteuerte, klar und deutlich die Position des ÖRK zum Krieg dargelegt und keine Themen gemieden zu haben, und die unvollständige Berichterstattung beklagte. (NÖK)

Ungarn: Ukrainische Kriegsgefangene von Russland an Ungarn übergeben

15. Juni 2023

Mit Hilfe der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) sind elf ukrainische Kriegsgefangene aus Russland nach Ungarn überstellt worden. Die ukrainischen Soldaten stammen aus dem westukrainischen Transkarpatien und sind Mitglieder der dortigen ungarischen Minderheit. Laut ROK fand die [Übergabe am 8. Juni „mit dem Segen“ von Patriarch Kirill](#) und „auf Bitten der ungarischen Seite“ im „Rahmen der zwischenkirchlichen Zusammenarbeit“ statt. An der Aktion waren der Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, Metropolit Antonij (Sevrjuk), und der Berater des Patriarchen, Erzpriester Nikolaj Balaschov beteiligt.

Der [ungarische Vizeministerpräsident Zsolt Semjén](#) bezeichnete die Übergabe als „Geste“ der ROK gegenüber Ungarn. Die Ukraine war nicht involviert, ihre Regierung wurde laut dem [ukrainischen Außenministerium nicht einmal informiert](#). Das ukrainische Außenministerium erfuhr erst aus den Medien von der Gefangenenübergabe. Daraufhin bestellte es den temporär Bevollmächtigten Ungarns ein und verlangte detaillierte Informationen, und dass unverzüglich dem ukrainischen Konsul Zugang zu den ukrainischen Bürgern gewährt wird.

In den Medien wird [spekuliert, dass der russische Geheimdienst bei der Übergabe involviert](#) war. Von der ungarischen Regierung scheint vor allem Semjén, der für religiöse

Angelegenheiten zuständig ist, beteiligt gewesen zu sein. Spekuliert wird zudem, dass die befreiten [Kriegsgefangenen die Ukraine und ihre Streitkräfte öffentlich diskreditieren](#) sollen.

Die ungarische Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán gilt als eher russlandfreundlich. Die EU-Sanktionen trägt Ungarn nur bedingt mit. Mit einem Veto hatte Orbán zudem [verhindert, dass Patriarch Kirill auf die Liste der von der EU sanktionierten Personen](#) gesetzt wird. Außerdem wurde [Metropolit Ilarion \(Alfejev\)](#), der frühere Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats und einer der prominentesten Vertreter der ROK, nach Budapest versetzt. (NÖK)

Papst-Gesandter besucht Ukraine

15. Juni 2023

Kardinal Matteo Zuppi hat vom 5. bis 6. Juni im Auftrag von Papst Franziskus die Ukraine besucht, wo er Vertreter der Regierung und der Religionsgemeinschaften zu Gesprächen traf. Über die Ergebnisse dieser Gespräche und die „unmittelbare Erfahrung des grausamen Leidens des ukrainischen Volkes aufgrund des andauernden Kriegs“ [will Zuppi den Papst laut Medienmitteilung informieren](#). Dies werde im Vatikan „zweifelloso bei der Bewertung weiterer Schritte“ im humanitären Bereich und im Streben nach Frieden berücksichtigt werden.

Bei Zuppis Reise handelte es sich laut dem [päpstlichen Nuntius in Kyjiw, Erzbischof Visvaldas Kulbokas](#), um eine „Sondierungsmission“, um zu eruieren, worauf der Akzent bei den eigentlichen Vermittlungsbemühungen gelegt werden sollte. Zuppi, der Vorsitzender der Italienischen Bischofskonferenz und Erzbischof von Bologna ist, soll in den Gesprächen [nach „möglichen Wegen zu einem gerechten Frieden“ suchen](#), hieß es in einer Vatikanmitteilung. Zudem soll er in der Ukraine „Gesten der Menschlichkeit unterstützen, die zum Abbau der Spannungen beitragen“.

Am ersten Tag seines Besuchs [traf Zuppi Vertreter des Allukrainischen Rats der Kirchen und religiösen Organisationen](#). Laut Website des Rats berichteten die ukrainischen Religionsvertreter dem Kardinal von den „zerstörerischen Folgen der russischen Aggression“, erklärten den Standpunkt der ukrainischen Glaubensgemeinschaften zur Erreichung eines gerechten Friedens und sprachen eine Reihe humanitärer Fragen an. Zuppi habe ihre Meinungen aufmerksam angehört und ihnen versichert, dass ihre Position in den weiteren Friedensbemühungen des Vatikans berücksichtigt würde.

In Kyjiw [traf Kardinal Zuppi auch mit dem Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments, Dmitrij Lubinets, zusammen](#). Dieser berichtete von der erfolgreichen Rückführung von über 370 ukrainischen Kindern, die nach Russland verschleppt worden waren, und hoffte, dass „es uns vielleicht mit Eurer Beteiligung gelingt, diese Zahl massiv zu erhöhen“. Zuppi versicherte, dass die Kirche alles ihr Mögliche tue, um das Leben von Kindern zu schützen. Im Gespräch ging es auch um den Austausch von Kriegsgefangenen, wobei Lubinets darauf hinwies, dass die Ukraine aktuell von ca. [27'000 gefangenen ukrainischen Zivilist:innen](#) ausgehe, unter ihnen auch Geistliche.

Bei dem [Treffen Zuppis mit dem ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenskyj](#) betonte letzterer erneut, ein Frieden müssen an ukrainischen Vorstellungen ausgerichtet sein, und rief den Vatikan auf, seinen „Beitrag zur Umsetzung des ukrainischen Friedensplans zu leisten“. Diese [Position hatte Zelenskyj bereits im Mai](#) bei seinem Besuch in Italien dargelegt.

Nach seiner Rückkehr erklärte Matteo Zuppi am 13. Juni, die päpstliche Friedensmission gehe weiter. Er will mit Papst Franziskus die Details einer „zweiten Etappe“, die auf

Russland gerichtet ist, definieren. Der [römisch-katholische Erzbischof von Moskau, Paolo Pezzi](#), beurteilte die Friedensmission positiv, Zuppis Bemühungen zeigten, dass „die Türen nicht geschlossen sind“. Aus dem russischen Außenministerium hieß es, man erkenne den „aufrichtigen Wunsch“ des Vatikans an, einen „Friedensprozess zu erleichtern“. Pezzi wies darauf hin, dass der Papst von vielen Menschen in Russland „sehr geschätzt“ werde und bei ihm keine Eigeninteressen oder ungerechte Kompromisse befürchtet würden. Laut Pezzi hat Kardinal Zuppi [vom Kreml das Einverständnis zu einem Besuch](#) in Moskau erhalten, aber es sei noch unklar wann. Dies sei ein Zeichen, dessen Bedeutung nicht überschätzt werden könne.

Der [russische Patriarch Kirill hat bei einem Treffen mit dem neu ernannten Botschafter Russlands im Vatikan](#) die Bedeutung der Beziehungen zum Vatikan betont und bezeichnete die römisch-katholische Kirche als „traditionellen und wichtigen Partner“. Zwar habe es viele Hindernisse bei den Beziehungen gegeben, aber in jüngerer Zeit „war der Austausch nützlich für beide Seiten“. Nun seien „eine neue Ära, neue Probleme, neue Möglichkeiten“ eingetreten, und „es scheint für uns wichtig zu sein, auf dieser Etappe der historischen Entwicklung die Beziehungen zum Vatikan korrekt aufzubauen“. (mit Material von [Kathpress](#)) (NÖK)

Russland: Kirchengesicht bezeichnet Pazifismus als Häresie

15. Juni 2023

Ein Kirchengesicht der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) hat Pazifismus als eine der Kirche fremde Häresie bezeichnet. Das geht aus den [Unterlagen des Verfahrens gegen Ioann Burdin](#) hervor, in dem ihm die Priesterwürde aberkannt werden soll, weil er sich gegen den Krieg Russlands gegen die Ukraine ausgesprochen hatte. Im März 2022 hatte Burdin [in einer Predigt die Unzulässigkeit des Tötens](#) thematisiert, nachdem er schon zuvor den Krieg verurteilt und entsprechende Materialien auf der Website seiner Kirchengemeinde publiziert hatte. Er wurde wegen Diskreditierung der russischen Armee [zu einer Geldstrafe verurteilt](#).

In den Unterlagen des Gerichts wird ausgeführt, Burdin habe sich in Bezug auf seine Haltung zum Krieg auf den Pazifismus berufen und diesen aus dem Christentum abgeleitet. Ihm wird darauf vorgeworfen, ein „Pseudopazifist“ zu sein, weil er sich nie gegen den Krieg in der Ostukraine – in dem laut den Verfassern die Ukraine der Aggressor ist – ausgesprochen habe. So sei „sein Pazifismus vorgeblich, einseitig orientiert, hinter ihm ist deutlich seine antirussische politische Position zu sehen, die in unserem Land als inakzeptabel empfunden wird und, was wichtig zu betonen ist, radikal von der Position der ROK abweicht, die ihm zweifellos bekannt ist.“ Doch auch einen echten Pazifismus lehnt das Kirchengesicht ab: „Doch auch der Pazifismus selbst, mit dem der Priester Burdin die Anschuldigungen gegen sich abzuwehren versucht, ist nicht mit den tatsächlichen Lehren der Orthodoxen Kirche vereinbar, die in den ‚Grundlagen der Sozialkonzeption‘ dargelegt sind. Der Pazifismus war in verschiedenen Epochen der Kirchengeschichte Teil häretischer Doktrinen [...].“

Im April 2022 hatte Ioann Burdin sein Amt und seine Kirchengemeinde verlassen, er betrieb weiterhin seinen Telegram-Kanal. Im September 2022 [wollte er in die Jurisdiktion der Bulgarischen Orthodoxen Kirche wechseln](#), die bereit ist, ihn aufzunehmen. Als er beim Moskauer Patriarchat um Erlaubnis zum Wechsel bat, wurde ihm am 16. März 2023 das Feiern von Gottesdiensten verboten und das kirchliche Verfahren gegen ihn eingeleitet. Dabei wurde ihm vorgeworfen, die Leitung der ROK zu diskreditieren, das Vertrauen der Gläubigen in die Hierarchie zu untergraben und so der Kircheneinheit zu schaden. In den Unterlagen heißt es, vielleicht „müsste man, unabhängig von einer möglichen

strafrechtlichen Perspektive, eine Entscheidung im Fall von Priester Ioann Burdin treffen, die seine Erklärungen und Artikel als Aussagen qualifiziert, die Schmähungen gegen die Kirche und die Heiligen enthalten sowie als eine Predigt des Pazifismus, die in der Nachfolge der chiliastischen Häresie steht, die radikal von der orthodoxen Lehre über Krieg und Frieden und den Schutz des Vaterlands abweicht, wie sie insbesondere in den ‚Grundlagen der Sozialkonzeption der ROK‘ dargelegt ist, weil sein ‚Tolstojscher‘ Pazifismus in Wirklichkeit nur eine Maske und Abdeckung einer politisch engagierten Person ist, die Russland und der ROK feindlich gegenübersteht.“ (NÖK)

Schweiz: ÖRK hält an Rundem Tisch zur Ukraine fest

29. Juni 2023

Am Treffen des Zentralausschusses des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) haben der ÖRK-Generalsekretär Pastor Jerry Pillay und der Vorsitzende des Zentralausschusses, Bischof Heinrich Bedford-Strohm, [ihre Idee eines Runden Tisches zur Ukraine unter Einbezug der Russischen Orthodoxen Kirche \(ROK\) bekräftigt](#). An einer Pressekonferenz wurde gefragt, ob eine Teilnahme der ROK an Gesprächen nicht der Einheit der Kirchen schaden könnte. Daraufhin betonte der Generalsekretär, der ÖRK habe unmissverständlich klar gemacht, wie er zum Krieg gegen die Ukraine stehe, und auch der ROK „klar kommuniziert, dass der ÖRK den Krieg als illegal und moralisch verwerflich erachtet“.

Generalsekretär Pillay erklärte an der Pressekonferenz weiterhin, er halte das Vorgehen des ÖRK, die Mitgliedschaft der ROK nicht zu suspendieren, für „sehr umsichtig“. Viele andere Kirchen setzten sich auch für den Frieden ein, hätten aber im Gegensatz zum ÖRK „keinen Kontakt mit Moskau herstellen können“. Er hoffe weiterhin, dass der [vom ÖRK geplante Runde Tisch](#), an dem sowohl die beiden orthodoxen Kirchen der Ukraine wie auch die ROK teilnehmen sollen, schon im Oktober in Genf stattfinden kann. Auch Bedford-Strohm sprach sich für diese Form des Dialogs aus, denn wenn „wir nicht die Hoffnung hätten, dass der Dialog etwas bewirken kann, würden wir uns nicht dafür einsetzen“.

Der Vorschlag, einen Runden Tisch zu organisieren, wurde denn auch dem Zentralausschuss vorgelegt. Die Idee, die schon zuvor kritisiert wurde, stieß auch im Zentralausschuss teilweise auf Ablehnung. So sagte [Pfarrer Serge Fornerod von der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz](#), die Idee des Runden Tisches lege nahe, es gebe etwas zu verhandeln. Aber das sei nicht der Fall, es seien auch keine Vorträge zu gerechtem Krieg, heiligem Krieg oder ungerechter Aggression oder historischen Rechtfertigungen nötig. Es sei „nicht eine ‚Sorge‘, wie es im Bericht heißt, dieser Missbrauch ist einfach nicht akzeptabel“, fuhr Fornerod fort. Als einziges gelte „zu akzeptieren, dass internationales Recht nicht so gebrochen werden kann“.

Die [ROK war mit einer fünfköpfigen Delegation unter Metropolit Antonij](#) (Sevrjuk), dem Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, an dem Treffen anwesend. Am 21. Juni, dem ersten Tag der Zusammenkunft, [trafen sich Antonij und ein Teil seiner Delegation mit der ÖRK-Leitung](#), darunter Jerry Pillay und Bischof Heinrich Bedford-Strohm. Bei dem laut dem Moskauer Patriarchat langen Gespräch diskutierten die Beteiligten ein „breites Spektrum an Fragen, die auf der Agenda des ÖRK stehen“.

Der russische [Patriarch Kirill ließ ein Gratulationsschreiben zum 75. Jahrestag der Gründung des ÖRK](#), der an der Tagung des Zentralausschusses ebenfalls gefeiert wurde, übermitteln. Darin verwies er auf die angespannte geopolitische Lage zur Zeit des Beitritts der ROK 1961 mitten im Kalten Krieg. Heute herrsche wieder ein großer geopolitischer Konflikt, besonderen Schmerz bereiteten ihm die „tragischen Ereignisse in

der Ukraine". Dabei stellte er seine Kirche, die den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine offen unterstützt, als Kraft des Friedens dar: die Position des Moskauer Patriarchats sei „klar und unmissverständlich“, es rufe dazu auf, nicht „zuzulassen, dass dieser Konflikt weiter eskaliert“. Das Blutvergießen müsse schnellstmöglich beendet werden sowie „jegliche Verfolgung aus religiösen, politischen oder sprachlichen Gründen“. In diesem Zusammenhang lobte er ausdrücklich Jerry Pillay und die aktuelle und frühere Leitung des ÖRK, die in den letzten Monaten mehrmals nach Moskau und Kyjiw gereist seien. Da „regelmäßig Aufrufe zu hören sind, sich vom Dialog loszusagen und zur Sprache der Ultimaten und Drohungen überzugehen“, sei die „friedensstiftende Rolle des ÖRK“ besonders hervorzuheben. Es sei wichtig, die „Brücken des Austauschs“, die während Jahrzehnten aufgebaut wurden, zu bewahren. Diese Position teile auch die Leitung des ÖRK und die überwältigende Mehrheit der Mitgliedskirchen, wie die Vollversammlung im September 2022 gezeigt habe. Auf die Idee des Runden Tisches ging Kirill aber nicht explizit ein.

Die Tagung des [Zentralausschusses](#) fand vom 21. bis 27. Juni in Genf statt. Der Zentralausschuss dient zwischen den Vollversammlungen als Leitungsgremium des ÖRK und tagt normalerweise alle zwei Jahre. Er setzt die Entscheide der Vollversammlung um und kontrolliert die ÖRK-Programme und das Budget. Zudem wählt er den Exekutivausschuss, der sich zwei Mal jährlich trifft. Die 148 Mitglieder des Zentralausschusses wurden von der Vollversammlung im September aus den Delegierten gewählt. (NÖK)

Estland: KEK-Vollversammlung ruft zur Unterstützung des ukrainischen Widerstands auf

29. Juni 2023

Die Vollversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) hat „die illegale und brutale Invasion der Ukraine durch die Russische Föderation“ ohne Vorbehalte verurteilt und sich auf die Seite der Menschen in der Ukraine gestellt. In ihrer [Abschlussklärung](#) rief die Vollversammlung die Kirchen, Regierungen und die Zivilgesellschaft zur Unterstützung des Widerstands der Ukraine gegen den russischen Angriff auf.

An der Vollversammlung der KEK im estnischen Tallinn vom 15. bis 20. Juni 2023 war die Ukraine eines der Hauptthemen, dem auch zwei Podiumsdiskussionen gewidmet waren. In den beiden Podiumsdiskussionen schilderten vor allem Vertreter ukrainischer Kirchen ihre Standpunkte und teilten ihre Erfahrungen. Im ersten [Panel mit dem Titel „Churches as change makers in post-war society“](#) schilderte Volodymyr Bureha, der Vizerektor der Orthodoxen Theologischen Akademie in Kyjiw, wie schwierig es sei, angesichts der Gräueltaten nicht den Glauben zu verlieren. Mit Verweis auf die riesigen physischen und psychischen Wunden erklärte er, dass es für einen Dialog noch zu früh sei. Auf dem zweiten [Podium mit dem Titel „Preparing for peace: The role of churches in transforming violence“](#) kamen jüngere Ukrainier:innen zu Wort. Zwar befürworteten alle einen Weg des Dialogs und der Versöhnung, warnten aber vor faulen Kompromissen und forderten klar, dass Russland zuerst zur Rechenschaft gezogen werde.

Die Vollversammlung anerkennt im Statement die Bemühungen von Kirchen und Christen, die humanitäre Hilfe leisten und in anderen Formen die Betroffenen des Kriegs unterstützen. Als Gemeinschaft von Kirchen sei das KEK gefordert, „unsere Rolle als Nachfolger von Christus im Lieben des Feindes und als Agenten für Gerechtigkeit, Versöhnung, Frieden und Einheit zu erkennen, in einer Zeit, da solche Ideen fern scheinen“. Zugleich weist das KEK im Statement darauf hin, dass „Kirchen, insbesondere diejenigen, die zurzeit aufgrund politischer oder regionaler Ausrichtungen gespalten sind, zum Konflikt und Leiden beitragen und danach streben müssen, Friedensstifter, Agenten der Gerechtigkeit und Wahrheit, Verfechter von Verantwortlichkeit und Menschenrechten

zu sein". Im Abschlussstatement äußerte sich die Vollversammlung zudem zu „Klimawandel und Öko-Krise“ sowie „Migration und Vertreibung“.

An der Vollversammlung wählte die KEK Erzbischof Nikitas (Loulias) von Thyateira und Großbritannien des Ökumenischen Patriarchats zu ihrem neuen Präsidenten. In seiner Ansprache nach der Wahl plädierte er für noch mehr ökumenische Zusammenarbeit. Als Vizepräsidenten wurden die anglikanische Bischöfin von Huntingdon (England), Dagmar Winter, und Pfarrer Frank Kopania von der Evangelischen Kirche in Deutschland gewählt; die Amtszeit der Gewählten beträgt fünf Jahre.

In [seiner Rede erklärte der Ökumenische Patriarch Bartholomaios](#), alle christlichen Kirchen seien aufgerufen, sich gemeinsam für ein Europa einzusetzen, das auch weiterhin auf christlichen Werten basiere. „Wir sollten auf eine Zivilgesellschaft in Europa hoffen und uns für sie einsetzen, in der das Gemeinwohl jegliche Grenzen überwindet“, sagte er. Er betonte Inklusion und Solidarität als „wirklichen Weg zur Wiederbelebung eines christlichen Europas“. Bartholomaios warnte die Kirchen davor, sich angesichts der vielfältigen Herausforderungen, vor denen sie stehen, mit politisch autoritären Mächten zu verbünden. Zur Ökumene hielt der Patriarch fest, es müsse darum gehen, Unterschiede anzuerkennen und zu respektieren und immer wieder die Vorstellung eines christlichen Europas zu hinterfragen. Zugleich verwies er auf die aktuelle politische Lage, „in der viele westliche Nationen religiöse und nationale Identitäten voneinander getrennt haben, einige östliche Länder religiöse und nationale Identitäten wieder miteinander verbunden haben, während in anderen Ländern sogar ein Anstieg des Autoritarismus zu beobachten ist“.

Unter den Teilnehmern fehlte die Serbische Orthodoxe Kirche (SOK). In ihrer Bischofsversammlung im Mai hatte sie entschieden, [ihre Mitgliedschaft in der KEK zu suspendieren](#). Grund dafür ist, dass das Leitungsgremium der KEK den [Mitgliedschaftsantrag der Orthodoxen Kirche der Ukraine](#) im März angenommen hatte. Damit kann der Aufnahmeprozess gemäß den Statuten der KEK begonnen werden, entschieden ist die Aufnahme aber noch nicht.

Ohne die SOK gehören der KEK 113 orthodoxe, anglikanische, altkatholische, lutherische, reformierte, unierte und methodistische Kirchen in Europa an. Die Russische Orthodoxe Kirche hatte sich 2008 im Zusammenhang mit dem Konflikt um die beiden orthodoxen Kirchen in Estland aus der aktiven Zusammenarbeit mit der KEK zurückgezogen. (mit Material von [Kathpress](#)) (NÖK)

Russland: Patriarch ruft angesichts der Revolte zu Einheit und Gebet auf

29. Juni 2023

Der russische Patriarch Kirill hat auf die versuchte Meuterei der berüchtigten russischen Söldnertruppe Wagner unter ihrem Anführer Jevgenij Prigozhin mit einem [Aufruf zur Bewahrung der Einheit](#) reagiert. Am 24. Juni sagte er, der Krieg sei eine Prüfung, angesichts derer „wir noch mehr als sonst aufgerufen sind, sorgfältig die nationale Einheit zu bewahren, zu Gott zu beten und mit allen Kräften die Soldaten und einander zu unterstützen“. Während die Soldaten an der Front „aufopferungsvoll ihre Pflicht erfüllen“ und umkommen, und die „Feinde alle Kräfte darauf richten, Russland zu zerstören“, sei „jeglicher Versuch, innerhalb des Landes Zwietracht zu säen, das allergrößte Verbrechen, für das es keine Rechtfertigung gibt“.

Er erklärte, für eine „friedliche Lösung der Situation“ zu beten, und rief diejenigen auf, die „eine Waffe in die Hand genommen haben, bereit, sie gegen ihre Mitbrüder zu

richten“, zur Vernunft zu kommen. Angesichts der allgemeinen Bedrohung sei es angebracht, die Einigkeit zu bewahren und Beleidigungen und persönliche Ambitionen zu überwinden. Zudem drückte er dem russischen Präsidenten seine Unterstützung aus. Weiter rief er zum Gebet um Frieden und Einheit auf, die durch die Aufrufe zur Revolte bedroht seien. (NÖK)

Russland: Kirchengesicht bestraft Ioann Burdin

29. Juni 2023

Das Kirchengesicht der Eparchie Kostroma der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) hat im Fall des Priesters Ioann Burdin am 16. Juni die Entscheidung getroffen, ihm den [Dienst als Priester zu verbieten](#). Gegenstand des Prozesses waren die Antikriegsaussagen Burdins, insbesondere im sozialen Netzwerk *Telegram*. In diesen erkannten die Mitglieder des Gesichts eine „ekklesiologische Verirrung“.

Das Gesicht listete drei zentrale Elemente in den Aussagen auf, aufgrund derer es das Urteil getroffen hat. Einerseits ist das die Leugnung der Heiligkeit und der heilbringenden Kräfte der ROK, andererseits der Zweifel an der Heiligkeit von einigen Heiligen und schließlich „Handlungen, die unter den Gläubigen Misstrauen gegenüber der Kirche säen und infolgedessen auf die Ablösung der Gläubigen von der Kirche gerichtet sind“. Daher warf das Gesicht Burdin einen Verstoß gegen das priesterliche Gelübde vor und schlug dem Vorsteher der Eparchie Kostroma, Mitropolit Ferapont (Kaschin), vor, ihm den Dienst als Priester zu verbieten, bis er öffentlich bereut.

In den Unterlagen des Verfahrens war ausführlich thematisiert worden, dass Ioann Burdins politische Haltung nicht mit derjenigen der ROK kompatibel sei, da er Pazifist sei. Das Dokument ging so weit, [Pazifismus als Häresie, die der Kirche fremd ist, zu bezeichnen](#).

Burdin hatte im März 2022 in einer Predigt die Unzulässigkeit des Tötens betont und zuvor bereits den Krieg gegen die Ukraine verurteilt. Er wurde von einem Gottesdienstbesucher denunziert und daraufhin wegen Diskreditierung der russischen Armee [zu einer Geldstrafe verurteilt](#). (NÖK)

Ukraine: UOK-Bischöfe suchen Dialog mit staatlichen Vertretern

14. Juli 2023

Der Leiter des ukrainischen Staatsdienstes für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit, Viktor Yelensky, hat Metropolitan Kliment (Vetscherja) von Nyzhin und Erzbischof Silvestr (Stojtschev) von Bilohorod und Rektor der Kyjiwer Geistlichen Akademie der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) getroffen. Das [Treffen am 7. Juli fand auf Anfrage der Bischöfe](#) statt, die dazu den Segen des Oberhauptes der UOK hatten. Sie legten ihre Sicht des Statuts der UOK, die sich im [Mai 2022 als von der Russischen Orthodoxen Kirche \(ROK\) unabhängig erklärt](#) hatte, und die Perspektiven für Änderungen daran dar.

Yelensky betonte, dass ein völliger und bedingungsloser Bruch der UOK mit jeglichen Einflusszentren in Ländern, die die Ukraine angegriffen haben, notwendig sei. Eine Expertengruppe des Staatsdienstes für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit hatte das nach dem Landeskonzil von 2022 [angepasste Statut der UOK analysiert](#). Sie kam im Februar

2023 zu dem Ergebnis, dass es nicht zum Abbruch der kirchlich-kanonischen Verbindung zwischen der UOK und der ROK gekommen sei.

Bereits am 31. Mai hatten die beiden gleichen Bischöfe der UOK Vertreter des Diensts für Ethnopolitik getroffen. [Damals baten sie um schriftliche Empfehlungen](#), mit was für Handlungen die UOK beweisen könnte, dass sie nicht mehr Teil der ROK ist. Am Tag nach dem Treffen ließ der Dienst für Ethnopolitik den Bischöfen die gewünschten Empfehlungen zukommen. Entgegen der Zusicherung der Bischöfe erhielt er in den folgenden Wochen keine Reaktion darauf. Da der Dienst Nachfragen von Geistlichen und Mönchen dazu erhielt, die beklagten, von ihrer Leitung über das Treffen im Unklaren gelassen worden zu sein, und angesichts des beträchtlichen öffentlichen Interesses veröffentlichte der Dienst das Schreiben.

Zu den Vorschlägen gehört die Veröffentlichung eines offiziellen Dokuments der Kirchenleitung, das im Namen der UOK den Austritt all ihrer Organisationen aus der ROK erklärt. Zudem soll Bischöfen und Geistlichen der UOK, die Mitglieder von Kommissionen der ROK sind, angeordnet werden, aus diesen auszutreten und dies zu veröffentlichen. Weiter soll die UOK die orthodoxen Lokalkirchen über ihren Austritt aus der ROK informieren. Ihre Vertreter, die in die Besetzung ukrainischer Gebiete involviert waren, freiwillig mit den Besatzern zusammenarbeiten oder deren Waffen segnen, sollen bestraft oder ausgeschlossen werden. Schließlich forderte der Dienst, dass eine dazu bevollmächtigte Stelle der UOK offiziell ihre Position zu den Lehren des russischen Patriarchen Kirill über die russischen Soldaten, die in der Ukraine fallen und die deshalb von allen Sünden reingewaschen würden, und seine Unterstützung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine öffentlich darlegt. (NÖK)

Russland: Päpstlicher Friedensgesandter betont humanitären Aspekt seiner Mission

14. Juli 2023

Kardinal Matteo Zuppi, der Friedensgesandte des Papstes für die Ukraine, hat nach seiner Reise nach Russland [für einen „sicheren“ und „echten Frieden“ geworben](#). Klar sprach er aus, dass es „einen Aggressor und ein Opfer“ gebe, „man darf die Verantwortlichkeiten nicht durcheinanderbringen“. Frieden und Gerechtigkeit „gehen Hand in Hand“, deshalb brauche es ein Verständnis dafür, wie ein „gerechter Frieden sein kann, der den Konflikt löst“, erklärte Zuppi, der auch Vorsitzender der Italienischen Bischofskonferenz und Erzbischof von Bologna ist. Allerdings gingen die Vorstellungen der Ukraine und Russlands davon, was ein gerechter Friede sei, auseinander. Er fügte hinzu, dass es keinen „Plan oder Vermittlung“ gebe, sondern dass der Papst sich bemühe, alle Möglichkeiten zu fördern, die zu einer Lösung des Konflikts führen könnten.

Zuppi, der vom 28. bis 30. Juni Moskau besucht hatte, bezeichnete [nach seiner Rückkehr als Priorität](#), sich für die „am stärksten Benachteiligten, wie zum Beispiel Kinder, einzusetzen“ und zu versuchen, „einen Mechanismus für sie in Gang zu setzen und die humanitäre Seite“ zu unterstützen. Im nächsten Schritt soll festgestellt werden, wo sich die nach Russland verschleppten ukrainischen Kinder befinden, und zu sehen, wie sie in die Ukraine zurückgebracht werden könnten. Mit dem ukrainischen Botschafter beim Hl. Stuhl, Andrij Jurasch, hat Zuppi ebenfalls die „Konsequenzen“ aus seinen Besuchen nach Russland und in der Ukraine besprochen. Dabei sei es um „die Rolle des Hl. Stuhls bei humanitären Fragen“, insbesondere bei der Befreiung ukrainischer Kriegsgefangener und entführter ukrainischer Kinder gegangen.

Auch im [offiziellen Kommuniqué des Vatikans hieß es](#), Zuppis Reise nach Russland habe darauf gezielt, „humanitäre Initiativen zu identifizieren, die Wege zur Erreichung des

Friedens öffnen könnten“. Laut dem Kommuniqué sei auch bei den Treffen in Moskau der „humanitäre Aspekt“ stark betont worden. Mit dem russischen Patriarchen Kirill, der den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine offen unterstützt, habe ein „fruchtbares“ Treffen am 29. Juni stattgefunden, es seien ebenfalls humanitäre Initiativen, die „eine friedliche Lösung erleichtern könnten“, besprochen worden. Zudem habe Zuppi ihm Grüße des Papstes überbracht, Kirill begrüßte den Gast laut Moskauer Patriarchat „herzlich“.

[Kirill verwies auf die „großen Probleme in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen“](#). Zu dieser Zeit mit „großen Spannungen im Bereich der politischen Beziehungen“ und den „realen Gefahren der Entstehung eines massiven, weltweiten bewaffneten Konflikts“ müssten sich die Kräfte der Bewahrung des Friedens und der Gerechtigkeit zusammenschließen, um eine solche Entwicklung abzuwenden. Die Russische Orthodoxe Kirche und die katholische Kirche verfügten über Erfahrung in der Zusammenarbeit, darunter auch zu den schwierigen Zeiten des Kalten Kriegs, erklärte der russische Patriarch weiter. Kardinal Zuppi unterstrich, dass der Dialog in diesem Moment nicht abgebrochen, sondern intensiviert werden müsse. Abschließend drückte Kirill seine Trauer über „die Leiden des ukrainischen und russischen Volks“ aus, die beide zu seiner Kirche gehörten. Er setze weiterhin „alle Mittel ein, damit dieser schreckliche Konflikt baldmöglichst endet, damit es möglichst wenig Opfer gibt“. Gerüchte über die Planung eines [Treffens zwischen Patriarch Kirill und Papst Franziskus dementierte](#) das Moskauer Patriarchat entschieden.

Bei seiner [Reise in die Ukraine Anfang Juni war Kardinal Zuppi](#) mit dem ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenskyj zusammengetroffen. In Russland musste er sich mit dem außenpolitischen Berater des russischen Präsidenten Vladimir Putin, Jurij Uschakov, begnügen. Auch mit diesem besprach er humanitäre Fragen, offenbar ohne konkrete Entscheidungen oder Vereinbarungen. Zudem traf Zuppi Russlands Kinderrechtsbeauftragte Maria Lvova-Belova, gegen die ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag wegen der Entführung ukrainischer Kinder vorliegt. Laut ukrainischen Angaben wurden seit Kriegsbeginn über 19'000 ukrainische Kinder aus den besetzten Gebieten nach Russland verschleppt. Lvova-Belova teilte auf Telegram mit, bei dem Gespräch sei es um humanitäre Fragen und den Schutz von Kinderrechten gegangen. Die Bilder von Kardinal Zuppi, der lächelnd einer mutmaßlichen Kriegsverbrecherin die Hand schüttelt, sind teils auf deutliche Kritik gestoßen. (mit Material von [Kathpress](#)) (NÖK)

Ukraine: Geistliche der UOK fordern definitiven Bruch mit dem Moskauer Patriarchat

27. Juli 2023

Geistliche der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) haben sich am 23. Juli in einem offenen Brief an ihr Oberhaupt Metropolit Onufrij (Berezovskij) gewandt, um ein entschlossenes Vorgehen zu fordern. Das [Landeskonzil der UOK im Mai 2022](#) hatte deren „vollständige Unabhängigkeit“ vom Moskauer Patriarchat verkündet, doch aus Sicht der Briefautoren seien die Beschlüsse nur „halbherzig gefasst worden“. Es sei Raum für gegensätzliche Interpretationen zugelassen worden, bemängelten die Verfasser. Damit habe das Konzil mehr Fragen aufgeworfen, als es beantwortet habe. Sie kommen zum Schluss, dass es nicht zu einem tatsächlichen Bruch mit der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) gekommen sei. Außerdem habe die UOK keine angemessene Antwort auf die Predigten des russischen Patriarchen gefunden, in denen er den Krieg unterstützt.

Dies wollen die Verfasser des Briefs nun nachholen. Sie forderten Metropolit Onufrij im Namen des Klerus der UOK auf, [sofort ein Konzil einzuberufen, um einen echten Bruch](#)

[mit der ROK zu vollziehen](#). Darüber sollten das Moskauer Patriarchat sowie die orthodoxen Lokalkirchen informiert werden. Trotz der Angst, dass die ROK in diesem Fall die UOK wohl sofort für schismatisch erklären werde, müsse gehandelt werden. Die Verfasser sind überzeugt, dass dabei keine andere orthodoxe Lokalkirche dem Moskauer Patriarchat folgen würde. Sie riefen Onufrij außerdem auf, diplomatische Kontakte zu den autokephalen Kirchen aufzunehmen, da die UOK bei diesem Schritt deren Unterstützung benötige.

Die Geistlichen zeigten Verständnis für die schwierige Lage Onufrijs, warnten ihn aber, sich vor schwerwiegenden Entscheidungen zu drücken. Sie seien bereit, ihn „bis zum Ende zu unterstützen, aber handeln Sie, schweigen sie nicht!“, heißt es in dem Brief. Sie halten es für unmoralisch, die kanonische Unterordnung unter die ROK aufrechtzuerhalten, während diese den Feldzug der russischen Armee gegen die Ukraine segnet. Am Konzil soll neben dem endgültigen Bruch mit der ROK auch eine Verurteilung der Haltung von Patriarch Kirill und seines Klerus zum Krieg und der [Annexion mehrerer ukrainischer Eparchien](#) erfolgen. Dies sei der einzige Weg, die UOK „nicht nur zu bewahren, sondern ihr das moralische Recht zu geben, weiter im ukrainischen Staat zu existieren“.

Unter den online veröffentlichten Brief haben bis am 25. Juli [über 300 Geistliche der UOK ihre Unterschrift](#) gesetzt. Die große Mehrheit von ihnen sind Erzpriester und Priester, dazu kommen einige Archimandriten und Diakone sowie zwei Metropoliten: [Metropolit Evlogij](#) (Guttchenko) von Sumy und Metropolit Oleksij (Schpakov) von Voznesensk. Offenbar ist es bei der Unterschriftensammlung [zu Unregelmäßigkeiten gekommen](#). So habe jemand den Namen von Metropolit Antonij (Pakanitsch), dem Geschäftsführer der UOK, unter das Dokument gesetzt, der als einer der prorussischsten Bischöfe in der UOK gilt. Die Verfasser haben die Liste bereinigt und wollen sich von solchen Vorfällen nicht beirren lassen. (NÖK)

Ukraine: Verklärungskathedrale in Odessa schwer beschädigt

27. Juli 2023

Bei einem russischen Raketenangriff auf Odessa in der Nacht auf den 23. Juli ist auch die Verklärungskathedrale im historischen Zentrum der Stadt getroffen worden. Die Rakete hat laut kirchlichen Angaben den Hauptaltar getroffen, ein [Teil des Gebäudes der Kathedrale ist zerstört](#). Auch die Innenausstattung wurde schwer beschädigt, und die Diensträume in unteren Teil der Kathedrale wurden vollständig zerstört. Direkt nach dem Beschuss brach ein Feuer aus, das von Rettungskräften schnell gelöscht werden konnte. Außerdem wurde ein Wachmann verletzt.

Die [Ikone der Gottesmutter von Kasperov](#) konnte relativ heil aus den Trümmern geborgen werden. Gleichentags leitete der Vikarbischof von Odessa ein Gebet vor der Ikone, später kamen Hunderte Menschen, um vor der Ikone zu beten. Zahlreiche Gläubige beteiligten sich an den Aufräumarbeiten in der Kathedrale. Die Eparchie Odessa der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) verurteilte den „terroristischen Akt gegen das Hauptheiligtum und geistliche Herz“ der Stadt. In der Umgebung der Kathedrale lebten Zivilist:innen, die nichts mit militärischen Objekten zu tun hätten.

[Metropolit Onufrij](#) (Berezovskij), das Oberhaupt der UOK, drückte in einem Schreiben an die Geistlichen, Mönche und Gläubigen der Eparchie sowie die Einwohner der Stadt seine Trauer über den „wiederholten feindlichen Angriff“ auf die Stadt aus. Besonders bedauerte er die Todesopfer und Verletzten des Angriffs. Er leide mit allen, denen die Kathedrale wichtig sei und die an ihrem Wiederaufbau beteiligt waren, mit. Er rief zu

Geduld und Gebet auf und dazu, die Wut zu beruhigen und nicht zuzulassen, „dass sie sich in blinden Hass verwandelt“.

Die Verklärungskathedrale ist die größte orthodoxe Kirche in Odessa. Ihr Bau wurde Ende des 18. Jahrhunderts begonnen, 1936 wurde sie auf Anordnung von Josef Stalin zerstört. Anfang der 2000er Jahre wurde sie originalgetreu wiederaufgebaut.

Der [ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskyj](#) bezeichnete den Raketenangriff auf Odessa als „jüngste Manifestation des russischen Bösen“. Die Raketen zielten nicht nur auf „Städte, Dörfer oder Menschen“, sondern auf die „Menschheit und die Basis unserer ganzen europäischen Kultur“. Von den fast 50 beschädigten Gebäuden seien 25 Architekturdenkmäler. All das sei „offensichtlich eine globale Bedrohung“: die Zerstörung von Städten, Kultur und Häfen, die für die Nahrungsmittelsicherheit der Welt zentral seien. Mit Blick auf die Verklärungskathedrale beteuerte Zelenskyj, sie werde auf jeden Fall wiederaufgebaut.

Russland bestreitet die Verantwortung für die Zerstörung der Kathedrale. Zwar habe Russland Ziele in Odessa angegriffen, diese hätten sich aber in „sicherer Entfernung“ von der Kathedrale befunden, [erklärte das Verteidigungsministerium](#) auf *Telegram*. Militärschläge gegen Einrichtungen des „Kyjiwer Regimes“ würden sorgfältig geplant, so dass die Beschädigung ziviler, Kulturerbe- und historischer Objekte ausgeschlossen sei. Wahrscheinlich sei die Kathedrale von einer ukrainischen Luftabwehrrakete getroffen worden. Diese Version [kolportierte auch die Russische Orthodoxe Kirche](#).

Die UNESCO, die das historische Stadtzentrum von Odessa im Januar 2023 in seine Welterbeliste aufgenommen hatte, [verurteilte den Angriff aufs schärfste](#). Schon in den Tagen zuvor seien viele Kulturerbestätten von Angriffen auf Lviv und Odessa betroffen gewesen. Die „ungeheuerliche Zerstörung“ bedeute eine „Eskalation der Gewalt gegen das Kulturerbe der Ukraine“. Die Generaldirektorin der UNESCO, Audrey Azoulay, rief Russland auf, seinen Verpflichtungen gemäß internationalem Recht zum Schutz von Kulturgütern nachzukommen. Azoulay hatte am 4. April Odessa besucht, um Vertreter des Kultursektors zu treffen und die Notmaßnahmen der UNESCO zum Schutz des Stadtzentrums zu beurteilen. In den nächsten Tagen will sie eine Feldmission zur Beurteilung der Schäden entsenden. (NÖK)

Russland: Bischofsversammlung unterstützt Kurs von Patriarch Kirill

27. Juli 2023

Die Bischofsversammlung der Russischen Orthodoxen Kirche hat die ukrainische Staatsmacht als „direkten Erben der bolschewistischen Gottesbekämpfer“ bezeichnet und ihr eine „Verfolgung“ der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) vorgeworfen. In dem [Schlussdokument ihres Treffens](#) am 19. Juli erklärten die Bischöfe, für die russischen Befehlshaber und Soldaten zu beten, damit sie vor Verletzungen, Gefangenschaft und Tod bewahrt würden. Für die auf dem Schlachtfeld Gefallenen, die ihr „Leben für den Glauben und die Heimat gegeben haben“, wünschten sie ewiges Gedenken. Vom Wunsch nach einem Waffenstillstand oder gar Frieden ist im Dokument nirgends die Rede.

In der Resolution heißt es zudem, die am Krieg beteiligten Soldaten bräuchten „besondere seelsorgerische Aufmerksamkeit und Sorge“. Ebenso wichtig sei das Engagement der Geistlichen bei der Rehabilitation zurückgekehrter Soldaten. Die Bischöfe sollten außerdem dafür sorgen, dass die Militärggeistlichen mit Familie weiterhin ihr Einkommen aus ihren Gemeinden erhielten. In der schwierigen aktuellen Situation

seien die seelsorgerischen Bedürfnisse der Gläubigen besonders groß, deshalb rief die Versammlung alle Bischöfe und Priester der ROK zu unermüdlicher Arbeit auf.

In seinem [Vortrag an der Bischofsberatung warf Patriarch Kirill](#) der ukrainischen Regierung vor, eine „Liquidierung“ der UOK anzustreben, ohne die „sog. europäischen Werte“, darunter Religionsfreiheit und Menschenrechte, im Geringsten zu achten. Zugleich griff Kirill die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK) scharf an. Die „sog. Griechisch-Katholischen“ nähmen tatkräftig am „Schüren und Unterstützen der Verfolgungen orthodoxer Menschen der Ukraine“ teil. Die „Unierten“ gehörten letztlich zu den „Nutznießern der zahlreichen illegalen Beschlagnahmungen orthodoxer Kirchen in der Ukraine“. Die Idee der griechisch-katholischen Kirche habe seit dem 16. Jahrhundert den „orthodoxen Christen auf dem Territorium der Rzeczpospolita, zu der einst Länder gehörten, die von russischen orthodoxen Menschen bewohnt waren, unermessliches Leiden gebracht“. Der Patriarch sprach in diesem Zusammenhang von einer „erzwungenen Polonisierung und Katholisierung der russischen orthodoxen Bevölkerung in den westrussischen Gebieten“. Heute „identifizieren sich die Unierten vollständig mit der in der Ukraine gehegten nationalistischen Agenda“ und seien zu „Komplizen“ der ukrainischen Regierung in der „Diskriminierungspolitik“ gegenüber der UOK geworden, führte Kirill weiter aus.

Zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sagte Patriarch Kirill, dieser sei ein „Ausdruck eines globaleren Konflikts zwischen Zivilisationen“. Eine davon bewege sich immer weiter von den „von Gott gebotenen Pfeilern des Lebens“ weg, die andere bemühe sich, diese zu bewahren. Der ersteren sei es gelungen, die ukrainische Regierung und einen Teil der Bevölkerung in diesen Konflikt zu ziehen und damit den „brudermörderischen Streit zwischen den Menschen des gleichen Bluts und Glaubens in Russland und der Ukraine zu provozieren“. Als Beleg dafür, dass die Ukraine manipuliert werde und der Krieg vom Westen angezettelt worden sei, führte er die ausländische militärische Unterstützung für die Ukraine an. Er bedauerte die massive Zerstörung und die vielen Opfer, erwähnte jedoch die Verantwortung Russlands dafür nicht.

Patriarch Kirill sprach außerdem von einem Krieg gegen die weltweite Orthodoxie, die so geschwächt werde. Dabei diene das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel schon seit Jahren als „Mittel in den Händen geschickter Manipulatoren“. Gerade das Beispiel der „Missachtungen der kanonischen Wahrheit“ durch das Ökumenische Patriarchat lasse „neue Verfolger der Orthodoxie“ folgen. Zudem sprach er von den „schismatischen Aktivitäten“ des Ökumenischen Patriarchats, beispielsweise in [Estland](#) und in jüngster Zeit in [Litauen](#) und [Lettland](#). Im Schlussdokument schlossen sich die Bischöfe dieser Meinung an, sie bezeichneten das Patriarchat von Konstantinopel als „Instrument politischer Kräfte, die der Orthodoxie feindlich gegenüberstehen“. Seine Leiter seien geblendet von der Gier, ihre privaten Interessen und Ambitionen zu befriedigen.

An der Bischofsberatung hatte Metropolit Ilarion (Alfejev), der frühere Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, der zu Beginn des Ukraine-Kriegs [nach Budapest versetzt worden](#) war, einen prominenten Auftritt. Als Leiter der synodalen biblisch-theologischen Kommission stellte er deren [Dokument „Über die Entstellung der orthodoxen Kirchenlehre in den Handlungen der Hierarchie des Patriarchats von Konstantinopel und den Auftritten seiner Vertreter“](#) vor. Mit diesem Auftritt wurde die Einheit innerhalb der ROK demonstriert, an der aufgrund der Versetzung von Ilarion, der zuvor als „Nummer 2“ nach Kirill gegolten hatte, gezweifelt worden war.

An der Bischofsversammlung standen zudem noch eine Präsentation von Igumenija Xenia (Tschernega), der Leiterin der Rechtsabteilung des Moskauer Patriarchats, über Veränderungen in der weltlichen Gesetzgebung sowie die Diskussion und Verabschiedung des Schlussdokuments auf der Tagesordnung. Der HI. Synod hatte an seiner Sitzung am 29. Dezember 2022 entschieden, die Versammlung einzuberufen, an der [alle Bischöfe in Russland teilzunehmen verpflichtet waren](#), während die Bischöfe der ROK aus anderen Ländern nach Möglichkeit anreisen sollten. Die letzte Bischofsberatung hatte 2015

stattgefunden. Sie verfügt nicht über keine vergleichbaren Entscheidungskompetenzen wie die Vollversammlung der Bischöfe oder ein Landeskonzil. (NÖK)

Ukraine: UOK-Bischof zu Haftstrafe verurteilt

24. August 2023

Metropolit Ionafan (Jeletschich) von Tultschyn ist am 7. August zu [fünf Jahren Haft und Beschlagnahmung seines Vermögens verurteilt](#) worden. Das Stadtgericht von Vinnytsja befand den Metropoliten der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) in allen Anklagepunkten für schuldig. Bis zum Inkrafttreten des Urteils hat ihn das Gericht unter nächtlichen Hausarrest gestellt. Metropolit Ionafan weist die Anschuldigungen zurück und will gegen das „offensichtlich rechtswidrige Urteil“ Berufung einlegen.

Dem Metropoliten werden [Verstöße gegen vier Artikel des ukrainischen Strafrechts vorgeworfen](#): Handlungen zur gewaltsamen Veränderung oder zum Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung oder zur Ergreifung der Staatsmacht, Angriff auf die territoriale Unversehrtheit und Unverletzlichkeit der Ukraine, Verstöße gegen die Gleichberechtigung der Bürger, abhängig von ihrer rassistischen, nationalen oder religiösen Zugehörigkeit, sowie die Rechtfertigung oder Leugnung der bewaffneten Aggression Russlands gegen die Ukraine und Glorifizierung ihrer Teilnehmer. Konkret soll Ionafan propagandistische Flugblätter unter den Gläubigen verteilt haben, in denen zur Ergreifung der Macht und Änderungen der ukrainischen Staatsgrenzen aufgerufen wird. Außerdem soll er im Internet Publikationen zur Unterstützung der Besatzer veröffentlicht haben.

Im Oktober 2022 hatte der [ukrainische Inlandsgeheimdienst eine Hausdurchsuchung](#) bei Metropolit Ionafan durchgeführt. Dort sind laut dessen Aussagen die belastenden Publikationen gefunden worden. Zudem wurde ihm damals vorgeworfen, prorussische Materialien im Internet verbreitet zu haben, insbesondere auf seiner persönlichen Website. Diese ging kurz darauf offline und ist noch immer nicht aufrufbar. Nach einer Expertenuntersuchung hatte der Geheimdienst im November eine Verdachtsanzeige gegen ihn eingereicht.

Die [juristische Abteilung der UOK kritisierte das Urteil](#) als unrechtmäßig. Beim Gerichtsentscheid seien „Normen des materiellen und prozessualen Rechts“ verletzt worden, auf dieser Grundlage beruhe die Berufung gegen das Urteil. Die Abteilung unterstellt, dass dem Metropoliten die Flugblätter bei der Hausdurchsuchung untergeschoben worden seien. Zudem tue das Gericht so, als habe Ionafan die Flugblätter selbst erstellt, es sei aber unmöglich festzustellen. Ebenso könne nicht eindeutig bestimmt werden, wie sie in seinen Besitz gelangt sind.

Der [russische Patriarch Kirill kritisierte das Urteil](#) und bezeichnete die Anschuldigungen als „absolut nichtig“ und die „sog. Beweise“ als „gefälscht“. Er beklagte, dass es schon vor dem Urteil viele Versuche gegeben habe, Druck auf den Metropoliten auszuüben, der aber trotz allem seiner Kirche und seinen Glaubensbrüdern treu geblieben sei. Die Verurteilung stelle einen „weiteren Akt der krassen Verletzung der Religionsfreiheit und ein Beispiel für die Verfolgung des Glaubens“ dar. Seine Erklärung [versandte Patriarch Kirill an zahlreiche Vertreter von Religionsgemeinschaften und internationale Organisationen](#), darunter die Vorsteher der orthodoxen Lokalkirchen, Papst Franziskus, der Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen, Jerry Pillay, UN-Generalsekretär Antonio Guterres und die Generalsekretärin der OSZE, Helga Maria Schmid.

Zugleich wurde der [Vorsteher des Kyjiwer Höhlenklosters, Metropolit Pavlo](#) (Lebid), auf Kautions aus der Untersuchungshaft entlassen. Er steht auf der Sanktionsliste der Regierung und wurde am 1. April unter [Hausarrest](#) gestellt, im Juli war er wegen neuer Anschuldigungen in Untersuchungshaft genommen worden. Laut Angaben seines Anwalts haben rund 1000 Gläubige gespendet, um die Kautions von über 33 Mio. Hryvnja (ca. 830'000 Euro) zu stellen. Kurz darauf, am 14. August, musste Pavlo für eine [Notoperation am Herz](#) ins Krankenhaus.

Im ukrainischen Parlament ist unterdessen ein [weiterer Gesetzesvorschlag eingereicht](#) worden, der auf ein Verbot der UOK zielt. Initiator ist Ministerpräsident Denys Schmyhal. (NÖK)

Ukraine: Geistliche weisen Kritik an ihrer Bitte um Konzil zurück

24. August 2023

Die über 300 Geistlichen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK), die in einem [offenen Brief ihr Oberhaupt](#), Metropolit Onufrij (Berezovskij), um ein erneutes Konzil und einen endgültigen Bruch mit dem Moskauer Patriarchat gebeten hatten, haben vom Adressaten bisher keine Antwort erhalten. Sie wurden lediglich [von Bischof Mark \(Andrjuk\) von Borodjanka und Vikarbischof von Kyjiw empfangen](#). Während eineinhalb Stunden präsentierten sie ihm den Brief und besprachen dessen Inhalt und ein mögliches Treffen mit Onufrij. Mark versprach, den Metropoliten zu informieren und bald ein Treffen mit ihm zu organisieren.

Stattdessen erhielten die Verfasser eine [Antwort von Metropolit Antonij \(Pakanitsch\)](#) von Boryspil und Brovary, dem Geschäftsführer der UOK. In einer Videoansprache vom 28. Juli kritisierte er die Forderungen der Geistlichen scharf. Auf solche Forderungen einzugehen, auch wenn sie mit guten Absichten gestellt würden, nütze der Kirche nicht. Im Gegenteil steige der Druck und die Forderungen würden immer radikaler. Es werde klar, dass das Ziel nicht die Rettung der Kirche, sondern ihre „vollständige Zerstörung“ sei. Insbesondere die Forderung, die eucharistische Gemeinschaft mit dem Ökumenischen Patriarchat und den orthodoxen Lokalkirchen, die die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) anerkannt haben, wiederherzustellen, zeige „die wahren Ziele der „Aktivisten“,“ sagte Metropolit Antonij. Zudem sprach er sich gegen ein Konzil „unter den Bedingungen des beispiellosen Drucks auf die Kirche“ aus. Seine Beschlüsse würden kaum von der ganzen Orthodoxie anerkannt werden, da sie erzwungen wirken würden.

Angesichts der harschen Kritik veröffentlichte die Initiativgruppe des offenen Briefs [am 31. Juli ein weiteres Statement](#). Zunächst bemängelten die Autoren, dass Antonij in seiner Videoansprache Russlands Krieg gegen die Ukraine mit keinem Wort erwähne, und werfen ihm vor, die russische Aggression nie klar verurteilt zu haben. Zudem kritisieren sie, dass er sich offenbar mit seiner Beurteilung ihres Briefs an die ganze UOK wende. Dazu habe aber gemäß den Statuten der UOK nur der Rat der UOK, die Bischofsversammlung, der HI. Synod und der Vorsteher das Recht. Als Metropolit könne Antonij sich nur an die Gläubigen und Geistlichen seiner eigenen Eparchie wenden. Ebenso habe er kein Recht, eine offizielle Position der UOK zu formulieren und zu veröffentlichen. Daher könne er nur seine persönliche Meinung äußern, was er aber in seinem Statement nicht deklarierte. Im Video trete er als „Personifizierung der Leitung der UOK“ auf.

Weiter kritisieren die Autoren, dass Metropolit Antonij von Forderungen an die Leitung der UOK spricht. Ihr Brief war jedoch direkt an das Oberhaupt der Kirche, Metropolit Onufrij, adressiert. Außerdem enthielt ihr Brief ihrer Meinung nach keine Forderungen, sondern lediglich Bitten und Aufrufe. Entschieden wiesen sie die Behauptung zurück, dass

die Unterzeichner des offenen Briefs auf die „Zerstörung der Kirche“ zielten. Besorgt zeigen sie sich über die Aussage, während des Kriegs könne kein Konzil abgehalten werden. Dies würde dem [Konzil vom 27. Mai 2022](#), an dem sich die UOK vom Moskauer Patriarchat unabhängig erklärte, die Legitimität absprechen. Insgesamt befürchten die Autoren, dass Antonij sich mehr Macht in der Kirche aneignen, das synodale Leben der UOK beschränken und die Geistlichen in eine schweigende, gehorsame Masse verwandeln will.

Am 28. Juli hat zudem ein [informelles Bischofstreffen im Höhlenkloster](#) stattgefunden, über das in den Medien kaum berichtet wurde. Offenbar wurde es von Metropolit Onufrij einberufen, um die Stimmung unter den Bischöfen zu evaluieren. Von den rund 30 Teilnehmern habe ein Dutzend die Einberufung eines Konzils gefordert und sich für einen offenen Dialog mit der ukrainischen Gesellschaft und den Behörden ausgesprochen. Sie verwiesen auf ein bedeutendes Bedürfnis nach Autokephalie in ihren Eparchien. Dagegen hätten die anderen Bischöfe gefunden, das letzte Konzil habe alles geklärt und ein weiteres sei unnötig, und sich für mehr Gebete ausgesprochen.

Beobachter wie [Serhii Shumylo](#) sehen drei Strömungen in der UOK. Die Befürworter der Autokephalie hätten viel Rückhalt bei Priestern und Gläubigen, nicht aber beim HI. Synod. Neben der prorussischen Strömung gebe es eine Gruppe, die Onufrij loyal folge, der im Moment selbst eher einen „dritten Weg“ der Selbstisolation verfolge. Dabei sei es nicht auszuschließen, dass sich je nach Entwicklung Teile der UOK abspalten werden. (NÖK)

Russland: Verfahren gegen ehemaligen Baptistenleiter eröffnet

24. August 2023

Gegen den früheren Vorsitzenden des Russischen Bundes der Evangeliumschrsten-Baptisten, Jurij Sipko, ist ein Strafverfahren wegen [Diskreditierung der russischen Streitkräfte eröffnet worden](#). Dabei geht es um Aussagen des Pastors im Internet, insbesondere um ein Video, das er im März 2022 veröffentlichte. Dieses enthalte willentlich falsche Informationen über die Handlungen der russischen Armee gegen die Zivilbevölkerung der Ukraine. Aufgrund des Strafverfahrens wurden laut der Untersuchungsbehörde in Moskau Durchsuchungen bei Sipko und „seinen Mitstreitern“ durchgeführt.

Bei der Hausdurchsuchung trafen die Strafverfolger [Jurij Sipko](#) jedoch nicht an, er hat vor einiger Zeit Russland verlassen, wie seine Tochter berichtete. In seiner Wohnung habe sich sein Sohn aufgehalten, der als Zeuge verhört wurde. Sipko selbst [meldete sich auf Facebook zu Wort](#), er habe nichts Illegales getan. Seine „illegalen Aktivitäten“ seien auch nicht „unterbunden worden“, wie das Untersuchungskomitee verlautet hatte, sonst könnte er sich nicht mehr äußern.

Nachdem die Eröffnung des Strafverfahrens gegen Sipko am 8. August bekannt geworden war, strahlten mehrere landesweite russische Fernsehsender, darunter *Pervyj kanal*, *NTV* und *Rossija*, [diffamierende Reportagen](#) aus, wie das *Sova Zentrum* in Moskau berichtete. In den sich stark gleichenden Beiträgen tauchten verschiedene Klischees auf, so die Anschuldigungen, mit aus den USA finanzierten ausländischen Organisationen zusammenzuarbeiten sowie die russische Opposition und die ukrainische Staatsmacht zu unterstützen. *NTV* sprach von der Arbeit von „Einflussagenten, die von ausländischen Geheimdiensten gesponsort werden“. [Pervyj kanal](#) verglich Sipkos Predigten mit „unverhohlener feindlicher Propaganda“, während *NTV* erklärte, sie beruhten auf „Leitfäden, die von amerikanischen Kuratoren ausgearbeitet worden sind“. In allen Reportagen wurden Bilder von Hitler, die angeblich bei Durchsuchungen in Sipkos

Wohnung und Kirchen gefunden worden seien, gezeigt. Dabei handelt es sich allerdings um die Titelbilder von Publikationen wie einer BBC-Dokumentation über das Dritte Reich, nicht um faschistische Materialien.

Als Zeuge im Verfahren gegen Sipko wurde zudem der [baptistische Bischof Albert Ratkin verhört](#). Er wurde vorübergehend festgehalten und seine Wohnung durchsucht. Er wurde wieder freigelassen, aber alle Kommunikationstechnik und Dokumente Ratkins und seiner Frau wurden konfisziert. Ratkin war früher Bischof des Russischen Bundes der Evangeliumschrsten in Kaluga und Sondervertreter des Bischofs des Russischen Vereinten Bundes der Evangeliumschrsten (Pfingstgemeinden). 2021 wurde er von seiner Kirche ausgeschlossen, weil er ihre Führung und deren Verbindungen zu den russischen Behörden kritisiert hatte. Er betreibt einen YouTube-Kanal, auf dem er sich wiederholt gegen den Krieg gestellt hat und auf dem auch eine regelmäßige Sendung von Jurij Sipko erscheint. (NÖK)

Russland: Ehemaliger Geistlicher zu Haftstrafe verurteilt

07. September 2023

In St. Petersburg ist Ioann Kurmojarov, ein ehemaliger Geistlicher der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), wegen der [Verbreitung von angeblich falschen Informationen](#) über die russischen Streitkräfte verurteilt worden. Er muss für drei Jahre ins Gefängnis und darf zwei Jahre lang keine Websites verwalten. Die Anklage hatte sieben Jahre Haft gefordert, aber die Verteidigung machte erfolgreich mildernde Umstände geltend, da sich der Angeklagte schuldig bekannt hatte.

Die Untersuchung gegen Kurmojarov war [im Juni 2022 nach einer Hausdurchsuchung eröffnet](#) worden, Grund war ein [Video mit dem Titel „Wer kommt in die Hölle und wer in den Himmel?“](#), das er im März 2022 in den sozialen Medien publiziert hatte. Dabei griff er auch eine Aussage des russischen Präsidenten Vladimir Putin auf, dass die Russen als Märtyrer in den Himmel kommen würden, während die anderen „einfach krepieren“ würden. Vom 8. Juni 2022 an befand sich Kurmojarov ohne Unterbrechung in Haft, sie wurde jeweils nach ein paar Monaten um weitere Monate verlängert, obwohl er sich Anfang 2023 über gesundheitliche Probleme beklagt hatte. Von der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial wird er als politischer Gefangener anerkannt.

Im Verlauf des Verfahrens wurden [Dutzende weitere Videos untersucht](#), in denen Kurmojarov über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine spricht. Außerdem hat er im russischen sozialen Netzwerk VK zu Protesten gegen den Krieg aufgerufen. In der Abschlussverhandlung [bezeichnete Kurmojarov die Argumente der Anklage als tendenziös](#). Zudem berücksichtigte sie nicht, dass seine Handlungen von religiösen und pazifistischen Motiven geleitet gewesen seien.

Ioann Kurmojarov macht nicht erst durch kritische Aussagen zum Krieg auf sich aufmerksam. [Bereits 2020 kritisierte](#) er die neue [Hauptkathedrale der russischen Streitkräfte der ROK](#) in der Nähe von Moskau, da in ihren Fresken unter anderem NKVD-Offiziere und sowjetische Soldaten abgebildet sind. Daraufhin verbot ihm die Eparchie Novosibirsk, wo er am orthodoxen Seminar unterrichtet hatte, für zwei Monate das Priesteramt auszuüben. Obwohl das Verbot fristgerecht aufgehoben wurde, musste Kurmojarov laut eigenen Angaben die Eparchie verlassen. Anfang 2021 veröffentlichte er einen offenen Brief an den russischen Verteidigungsminister Sergej Schojgu, in dem er die Entfernung der „kommunistischen Fresken“ forderte. Nachdem das Verteidigungsministerium dies abgelehnt hatte, verlangte er erfolglos von den Justizbehörden eine Untersuchung unter anderem aufgrund der Verletzung religiöser Gefühle von Gläubigen. Im April 2022 wurde ihm die Priesterwürde aberkannt. (NÖK)

Russland: Papstworte lösen in Ukraine Irritationen aus

07. September 2023

Äußerungen des Papstes sorgen in der Ukraine erneut für Unruhe und Kritik. In einem Videogespräch mit russischen Jugendlichen hatte Papst Franziskus diese zur Bewahrung ihres Erbes aufgerufen. Dabei sagte er [unter anderem](#): „Ihr seid die Erben des großen Russlands: des großen Russlands der Heiligen, der Könige, des großen Russland Peters I., Katharinas II., jenes Imperiums, das groß, aufgeklärt, von großer Kultur und großer Menschlichkeit ist“. Weiter forderte er die jungen Menschen auf, sich nie von diesem Erbe loszusagen, „ihr seid die Erben der großen Mutter Russland, geht damit voran“. Zuletzt bedankte er sich bei ihnen für „ihre Art Russen zu sein“.

Das [Videogespräch](#) fand am 25. August im Rahmen des Russischen Katholischen Jugendtreffens in St. Petersburg statt, an dem rund 400 junge Katholik:innen aus Russland teilnahmen. Dabei hielt der Papst eine Rede und zwei junge Erwachsene berichteten aus ihrem Leben. Zudem konnten die Jugendlichen Franziskus Fragen stellen, unter anderem fragten sie ihn nach seinem Verhältnis zu Russland und seinen Erwartungen an ihre Kirche.

Mit seinen Worten zum imperialen Erbe des „großen Russlands“ löste Papst Franziskus in der Ukraine viel Unverständnis und Kritik aus. Die [Apostolische Nuntiatur versuchte daraufhin mit einer Pressemitteilung](#) zu beschwichtigen. Gemäß einigen „Interpretationen“ könnte Papst Franziskus die katholischen Jugendlichen „ermutigt haben, sich von russischen historischen Figuren inspirieren zu lassen, die für ihre imperialistischen und expansionistischen Ideen und Handlungen bekannt sind“. Die Vertretung wies diese Interpretationen strikt zurück, Franziskus habe nie imperialistische Ideen befürwortet. Im Gegenteil sei er ein entschiedener „Gegner und Kritiker jeder Form von Imperialismus und Kolonialismus“.

Auch der [katholische Erzbischof von Moskau, Paolo Pezzi, relativierte](#) die Aussagen des Papstes. Niemand unter den Teilnehmenden habe den Verweis auf Peter I. und Katharina II. als Hinweis auf deren imperialistische Politik und Expansion verstanden. Franziskus sei es darum gegangen, die Jugendlichen an den Reichtum der Vergangenheit und an ihre Identität zu erinnern, das sei auch allen Anwesenden klar gewesen.

[Großerzbischof Svjatoslav](#) (Schevtschuk), das Oberhaupt der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche, regierte mit „großem Schmerz und großer Sorge“ auf die Äußerungen des Papstes. Seine Worte über das große Russland Peters I. und Katharinas II. seien „das schlimmste Beispiel für Imperialismus und extremen russischen Nationalismus“. Es bestehe die Gefahr, dass diese Worte als Unterstützung jenes Nationalismus und Imperialismus verstanden würden, der „heute die Ursache für den Krieg in der Ukraine geworden ist“, erklärte Svjatoslav in einem schriftlichen Statement, seine Kirche erwarte eine Erklärung des Papstes. Vor der Bischofssynode der UGKK bemängelte Großerzbischof Svjatoslav, dass Franziskus „weder Russland noch seine Geschichte oder derzeitigen Verbrechen“ verstehe. Seine Kirche müsse „die Stimme der Wahrheit für das ukrainische Volk sein, sogar vor dem Heiligen Vater in Rom“.

Das [ukrainische Außenministerium](#) wies die Aussagen des Papstes ebenfalls energisch zurück. Sein Sprecher Oleh Nikolenko bezeichnete es als „sehr schmerzlich“, dass russische Großmachtideen, die auch der Grund für die „chronische Aggressivität Russlands“ seien, „bewusst oder unbewusst“ vom Papst geäußert wurden. Denn die Mission des Papstes bestünde in seinem Verständnis darin, der russischen Jugend „die Augen für den zerstörerischen Kurs der jetzigen russischen Regierung zu öffnen“. Viktor Yelensky, der [Leiter des ukrainischen Staatsdienstes für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit](#), wies darauf hin, dass die Aussagen in Russland als „Aufforderung für

eine weitere imperiale Expansion“ gehört worden seien. Dabei wäre es eine gute Gelegenheit gewesen, um über Religionsfreiheit in Russland und den von Russland besetzten Gebieten in der Ukraine sowie über „Gut und Böse“ zu sprechen. Schließlich werde von der Kirche eine „moralische Position“ erwartet. Er führte die Worte des Papstes auf dessen Ausbildung unter dem Einfluss der Befreiungstheologie, die den Imperialismus immer im Westen und nie im Osten verorte, zurück, aber auch auf seine Distanz zur europäischen Geschichte. Allerdings hätte er in seinen zehn Jahren als Papst, der für unzählige Gläubige in der ganzen Welt zuständig ist, sich besser informieren können, fand Yelensky.

An der Pressekonferenz auf dem Rückflug aus der Mongolei [nahm schließlich Papst Franziskus selbst Stellung](#). Zur Besinnung auf das eigene Erbe rufe er immer und überall auf. Mit dem „großen Russland“ habe er sich auf die Kultur bezogen, es sei weniger geografisch gemeint gewesen. Dennoch räumte er ein, seine Äußerungen seien möglicherweise „nicht glücklich“ gewesen. Peter I. und Katharina II. habe er erwähnt, weil er sie aus der Schule gekannt habe, das sei „vielleicht nicht ganz richtig“ gewesen. Bei seinen Worten habe er nicht an Imperialismus gedacht, sondern an die Kultur und die Weitergabe von Kultur sei nie imperial. Noch einmal betonte er, dass die russische Kultur „von einer sehr großen Tiefe“ sei und nicht „wegen politischer Probleme ausgelöscht werden sollte“.

Die Bischöfe der UGKK, deren Synode vom 3. bis 13. September in Rom stattfindet, trafen am 6. September mit Papst Franziskus zusammen. In dem zweistündigen Gespräch [äußerten einige Bischöfe ihre Enttäuschung](#) über die Aussagen des Papstes. Zugleich dankten sie ihm für sein stetiges Engagement für die Ukraine auf internationaler Ebene. (NÖK)

China: Kardinal Zuppi setzt Friedensmission fort

21. September 2023

Der Friedensbeauftragte des Papstes, Kardinal Matteo Zuppi, hat vom 13. bis 15. September China besucht, um Wege zum Frieden in der Ukraine zu diskutieren. Dabei traf er den Sonderbeauftragten des chinesischen Außenministeriums für eurasische Angelegenheiten, Li Hui. Das Gespräch, das „in einer offenen und herzlichen Atmosphäre stattfand“, war „dem Krieg in der Ukraine und seinen dramatischen Folgen gewidmet“, so der Vatikan. Dabei sei die Notwendigkeit betont worden, die [„Bemühungen zur Förderung des Dialogs zu vereinen und Wege zum Frieden zu finden“](#), heißt es weiter. Auch das Problem der Ernährungssicherheit sei angesprochen worden, „in der Hoffnung, dass die Getreideexporte bald gewährleistet werden können, insbesondere für die gefährdetsten Länder“.

China ist die vierte Station, die Kardinal Zuppi, der auch Vorsitzender der Italienischen Bischofskonferenz ist, im Rahmen von Papst Franziskus' „Friedensoffensive“ besucht. Im Juni und Juli war er nach [Kyjiw](#), [Moskau](#) und [Washington](#) gereist, dabei ging es vor allem um humanitäre Fragen wie die Rückführung von entführten Kindern und Kriegsgefangenen. Seine Chinareise sei eine „weitere Etappe in der vom Papst gewollten Mission, um humanitäre Initiativen zu unterstützen und Wege zu suchen, die zu einem gerechten Frieden führen können“, [berichtete der Vatikan vor der Reise](#). Sein Gesprächspartner Li Hui ist von der chinesischen Regierung beauftragt, nach Wegen zu einem Frieden in der Ukraine zu suchen. Dazu ist er in den vergangenen Monaten nicht nur in die Ukraine und nach Russland gereist, sondern auch nach Brüssel, Deutschland, Frankreich und Polen.

Direkt vor seiner Chinareise nahm [Kardinal Zuppi in Berlin an der von Sant'Egidio veranstalteten Tagung „Den Frieden wagen“ in Berlin](#) teil. Gegenüber Medien erklärte er, es müsse dringend eine Lösung für den Krieg in der Ukraine gefunden werden. Es werde immer einen Vorstoß in Richtung eines „gerechten und sicheren Friedens“ geben, mit dem Engagement „derjenigen, die wichtig sind“, erklärte er. Dabei sei China eines der wichtigsten Elemente für den Frieden. Weiter sagte er, Frieden erfordere die Anstrengung aller, aber „er kann niemals von irgendjemandem aufgezwungen werden, es muss der von den Ukrainern gewählte Frieden sein, mit den Garantien, dem Engagement und den Anstrengungen aller“. Mit Blick auf die [Irritationen, die der Papst in der Ukraine immer wieder mit seinen Aussagen auslöst](#), meinte er, sie würden „sich aufklären“ und seien in „einer so angespannten Situation verständlich“. (NÖK)

Russland: Patriarch Kirill ruft zur Mobilisierung aller Russen gegen das Böse auf

21. September 2023

Das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), Patriarch Kirill, hat die russische Bevölkerung aufgerufen, alle Kräfte für den Krieg gegen die Ukraine zu aktivieren. Aufgabe Russlands sei es, als „Siegerin aus dem Kampf“ hervorzugehen, „den die Kräfte des Bösen gegen uns losgetreten haben“. In seiner [Predigt am 12. September](#) in der Hl. Dreifaltigkeits-Aleksandr Nevskij-Kathedrale in St. Petersburg betonte der Patriarch: „Wir brauchen heute die Mobilisierung aller – sowohl des Militärs als auch der politischen Kräfte; und natürlich muss die Kirche in erster Linie mobilisiert werden. Um für unsere Regierung und die Armee zu beten, aber auch um dort zu sein, an der Front, wo heute unsere bemerkenswerten Militärgeistlichen arbeiten und, leider, sterben – doch die Front verlassen sie nicht.“

Laut Kirill sind bereits fünf Geistliche ums Leben gekommen. „Diese Helden sind hier mit uns. Wir brauchen nicht in den Geschichtsbüchern zu blättern – auch heute gibt es viele Helden. Unter ihnen sind viele Geistliche, die ohne jede Angst, im Vertrauen auf Gottes Willen, an den schwierigsten Orten mit Kampfeshandlungen ihren Dienst tun. Deshalb schmerzt mein Herz, wenn ich an diejenigen denke und für sie bete, die heute unsere Heimat verteidigen“, so der Patriarch. Das Oberhaupt der ROK forderte auch zum unermüdlichen Gebet für Präsident Putin und die „Armee, die unser Vaterland verteidigt“, auf. Bereits im September 2022 hatte [der Patriarch den russischen Soldaten](#) die Vergebung der Sünden versprochen, wenn sie im Krieg gegen die Ukraine umkommen.

Bei den fünf Geistlichen, [die 2022 als freiwillige russische Militärgeistliche im Kampfgebiet umgekommen sind](#), handelt es sich um Michail Vasil'ev (6.11.), Aleksandr Tsyganov (21.11.), Oleg Artemov (24.3.), Efimij Kozlovcev (25.9.), Anatolij Grigor'ev (25.9.). Im Dezember 2022 hatte Patriarch Kirill [gefordert](#), dass Kleriker während der Mobilisierung für die gesamte Dauer ihres priesterlichen Dienstes von der Mobilisierung freigestellt werden, weil die Kanones Geistlichen streng verbieten würden, Militärdienst zu leisten. Bei der Teilmobilisierung im September 2022 sei eine entsprechende Vereinbarung mit dem Verteidigungsministerium getroffen worden, doch forderte der Patriarch deren Verstärkung in der Gesetzgebung. Diese Forderung wiederholte der Patriarch in einem [Vortrag](#) am 26. Januar 2023 in der russischen Staatsduma, in dem er zudem verlangte, dass Militärgeistliche an der Front und deren Familien von denselben Garantien und Vergünstigungen profitieren wie Teilnehmer der „Spezialoperation“. Nur mit einem Kreuz bewaffnet, seien die Priester beliebte Ziele der Gegner.

Regula Zwahlen

Ukraine: Patriarch von Jerusalem will im Ukraine-Konflikt vermitteln

05. Oktober 2023

Patriarch Theophilos III. von Jerusalem will sich für einen neuen Dialog und Versöhnung zwischen Russland und der Ukraine einsetzen und zur Heilung der orthodoxen Familie beitragen. Das hat er bei einem Besuch im Vatikan zu Papst Franziskus gesagt, wo er an der Zeremonie der Erhebung des lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Pierbattista Pizzaballa, zum Kardinal teilnahm. Dabei lobte er Pizzaballa für seinen Einsatz für die Anwesenheit der Christen im Heiligen Land sowie für den Aufbau von Vertrauen und einer effektiven Kooperation zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche.

In [seiner Rede bezeichnete Theophilos das orthodoxe Patriarchat von Jerusalem](#) als die Mutter aller Kirchen, die sich deshalb besonders um die Einheit der Christen überhaupt, aber vor allem der orthodoxen Kirchen Sorge. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und die Spaltungen in der Orthodoxie verursachten „tiefen Schmerz und Schwierigkeiten“. Im Heiligen Land strebe seine Kirche konstant nach Versöhnung und Frieden. Dabei habe sie im Laufe der Jahrhunderte verstanden, dass „wahrer Dialog der einzige Weg zu effektiver Versöhnung und dauerhaftem Frieden ist“. Aus dieser Überzeugung will das Patriarchat von Jerusalem zwischen der Ukraine und Russland vermitteln und „alles tun, das wir können, um einen Dialog zu initiieren, der zum Ende des Leidens und einer Heilung innerhalb der orthodoxen Familien führen könnte“. Dieser Weg werde nicht einfach, aber die „Reise im Dialog zur Versöhnung ist unsere spirituelle Mission“, sagte Theophilos. Seine Kirche sei bereit, auf jede mögliche Art zu helfen, um den Konflikt und das Leiden zu beenden.

Das [Moskauer Patriarchat nahm die Initiative positiv](#) auf. Die Russische Orthodoxe Kirche begrüße alle Mediationsbemühungen, die „die Entwicklung eines Dialogs und die schnellstmögliche Errichtung eines gerechten Friedens in der Ukraine“ zum Ziel hätten, kommentierte Nikolaj Balaschov, Berater des russischen Patriarchen Kirill. Das Moskauer Patriarchat unterstütze auch die Absicht des Jerusalemer Patriarchen, eine synodale Diskussion der Probleme in der Orthodoxie zu ermöglichen, sagte Balaschov weiter. Dabei verwies er auch auf das Treffen in Amman 2020, das „ein wichtiger Schritt im Bereich des interorthodoxen Austauschs“ gewesen sei, und dieser Schritt brauche eine Fortsetzung.

Zu dem [Treffen in Amman](#) hatte Patriarch Theophilos eingeladen, um über Einheit und Versöhnung in der Orthodoxie zu diskutieren. Allerdings waren nur fünf orthodoxe Lokalkirchen der Einladung gefolgt, es kann somit nicht als panorthodoxes Treffen gelten. [2021 wollte der Patriarch von Jerusalem die Initiative fortsetzen](#): In einem Brief an die anderen orthodoxen Oberhäupter hoffte er, ein Folgetreffen durchführen zu können, zu dem es aber nicht kam. (NÖK)

Ukraine: Über 360 orthodoxe Gemeinden haben 2023 die Jurisdiktion gewechselt

19. Oktober 2023

Laut Angaben von Verwaltungsbehörden in der Ukraine sind im laufenden Jahr [367 Gemeinden von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche \(UOK\) zur Orthodoxen Kirche der Ukraine \(OKU\) übergetreten](#). Diese Zahl berücksichtigt Wechsel vom 1. Januar bis 1. Oktober 2023. Die Information wurde auf Anfrage eines Geschichtspeters der Nationalen Universität Ostroger Akademie vom Staatsdienst für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit veröffentlicht. Dabei handelt es sich um Gemeinden, die nicht nur in

einer Versammlung den Wechsel beschlossen haben, sondern sich bei den Behörden entsprechend haben neu registrieren lassen.

Als Reaktion auf die Meldung [verwies die UOK darauf, dass im laufenden Jahr Gemeindevertreter der UOK zahlreiche Beschwerden](#) bei der Polizei eingereicht hätten. Sie beklagten Versuche, bestimmte Gemeinden illegal neu zu registrieren, sowie die Besetzung ihrer religiösen Anlagen. Bei Versuchen, Kirchen mit Gewalt zu besetzen, hätten die Polizei und internationale Organisation „oft die Anwendung grober physischer Gewalt festgestellt“. (NÖK)

Schweiz: Ökumenischer Rat der Kirchen verschiebt Runden Tisch zur Ukraine

19. Oktober 2023

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) hat „mit sehr tiefem Bedauern“ mitgeteilt, den geplanten Runden Tisch mit den beiden orthodoxen Kirchen in der Ukraine und der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) zu verschieben. Trotz aller Bemühungen während der letzten Monate verhinderten [„praktische und politische Hindernisse“](#) für die Teilnahme der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) und der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU), die die zentralen Teilnehmerinnen an diesem Dialogprozess seien, die Umsetzung der Pläne des ÖRK zurzeit, [erklärte Jerry Pillay, der Generalsekretär des ÖRK](#).

Der ÖRK glaubt laut Jerry Pillay noch immer, dass das Engagement der UOK und der OKU eine „grundlegende Basis“ für den Dialogprozess sei, den sich der ÖRK vorstelle, aber auch für die Förderung des „sozialen Zusammenhalts in der ukrainischen Bevölkerung auf ihrer Reise als freie und unabhängige Nation“ sowie für die „breitere Suche nach Frieden in einer zutiefst gespaltenen und streitbaren Welt“. Abschließend erklärte Pillay, der ÖRK bete dafür, dass sich die Umstände und Perspektiven änderten, damit Dialog möglich werde. Der Rat stehe jederzeit bereit, um einen solchen Dialog zu fördern, aber auch um andere Formen zur Friedenssuche zu erforschen.

Generalsekretär Pillay verwies auch auf die [Vollversammlung des ÖRK im September 2022](#) in Karlsruhe, an der die Rolle des Rats angesichts des Kriegs gegen die Ukraine diskutiert worden war. Die Versammlung hatte den Rat ermutigt, seine Bemühungen zur Dialogförderung fortzusetzen und nach Formaten zu suchen, die der Lösungsfindung dienen könnten. Im Mai hatte eine [Delegation des ÖRK die Ukraine](#) besucht und sich mit den verschiedenen Kirchen getroffen. Dabei stellte die Delegation einen Willen zum Dialog bei der UOK und der OKU fest. Ebenfalls im Mai reiste eine Delegation nach Russland, da der ÖRK auch die ROK am Runden Tisch beteiligen wollte. An seinem Treffen im Juni [bekräftigte der Zentralkomitee des ÖRK seine Absicht](#), trotz aller [Kritik am Runden Tisch](#) mit Beteiligung der ROK festzuhalten. Ein erstes Treffen hoffte er, Anfang Oktober 2023 in Genf durchzuführen.

In ihrer Reaktion auf die Verschiebung des Runden Tisches [erklärte die OKU](#), sie sehe keinen Sinn in einem Dialog mit Vertretern der ROK, die „im Prinzip Agenten der russischen Sicherheitsdienste sind“. Seit dem Besuch des ÖRK in Kyjiw habe die ROK nicht nur keine Anstalten gemacht, sich von der „aggressiven Politik des Kremls zu distanzieren“, sondern ihre Leitung habe die Aggression sogar noch stärker und eindeutiger unterstützt. Die OKU verwies darauf, dass viele Beobachter den ÖRK für „seine schwache und uneindeutige Position“ kritisierten. Die Bewerbung der OKU um eine ÖRK-Mitgliedschaft könne nicht als Druckmittel eingesetzt werden, um sie zu zwingen, sich mit „Kremlagenten in Priestergewändern an einen Tisch zu setzen“. Ihr Interesse an einer Organisation, in der der Einfluss der ROK groß sei, reiche nicht aus, um am gleichen Tisch mit denen zu sitzen, „an deren Händen das Blut von Ukrainern klebt“. Für

die OKU sei die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), wo sie [seit kurzem Mitglied ist](#), für die ökumenische Zusammenarbeit ideal. (NÖK)

Russland: Patriarch ruft Mönche zu mehr Engagement für die Heimat auf

19. Oktober 2023

Der russische Patriarch Kirill hat die Mönche der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) aufgerufen, sich in der aktuellen Situation nicht zurückzuziehen und im Stillen zu beten, sondern aktiv zu sein. Sich von Politik fernzuhalten, sei ein unzulässiger Vorwand und Heuchelei, sagte Kirill weiter. Anlass seiner Rede an die Mönche war der Feiertag des Hl. Sergij von Radonesch am 8. Oktober, den der Patriarch im Dreifaltigkeitskloster in Sergijev Posad beging. Das Kloster, eines der wichtigsten in Russland, wurde im 14. Jahrhundert von Sergij gegründet und bewahrt seine Reliquien auf. Bekannt ist der Hl. Sergij unter anderem, weil er dem russischen Fürsten Dimitrij Donskoj den Segen zur Schlacht gegen die Mongolen erteilte.

Das Beispiel Sergijs solle die Mönche daran erinnern, wie ihre Vorgänger ihren Dienst verstanden hätten, [sagte Patriarch Kirill in seiner Ansprache](#). Sie hätten für ihr Land, ihr Volk und die Einheit gekämpft und wenn nötig „sogar mit Kanonen geschossen“. Auch wenn das glücklicherweise nicht nötig sei, sei es dennoch sehr wichtig, sich um die Vereinigung des Volks zu bemühen. Sich in die Mönchszelle zurückzuziehen und zu beten, genüge nicht. Der Hl. Sergij habe neben dem Beten eine „mutige bürgerliche Position eingenommen“ und den Fürsten Dimitrij für die Schlacht gesegnet.

Natürlich sei ihre Hauptaufgabe das Gebet, sagte Kirill an die Mönche gewandt. Aber sie müssten „richtig beten“, „aufrichtig, von Herzen und die Seele hineingeben“, und zwar für die Heimat und die Kirche. Bei der Einheit geht es dem Patriarchen um eine „Einheit im Gebet“, dass „jeder von euch für den Patriarchen betet, der eure Gebete heute wirklich braucht, dass jeder für Russland, den Präsidenten und die Armee betet“. Die Liebe zum Vaterland und Volk seien untrennbar vom Glauben, sich in die Mönchszelle und ins Gebet zurückzuziehen, sei unmöglich. Solche „Heuchler“ würden die göttliche Verurteilung auf sich ziehen.

Das Wichtigste sei, für die Rettung Russlands und daher für die Unterstützung der Kämpfer für die Freiheit der Heimat zu beten. Denn ohne „freies Russland wird es auch keine russische Kirche geben“. Kirill betonte die „außergewöhnliche Verantwortung der Kirche für unser Volk und unser Land“. Er warnte davor, dass Freiwillige die Spitäler besuchten, nicht aber die Mönche. Gerade die Mönche müssten die Verwundeten besuchen, das sei immer so gewesen. In einer so „schwierigen historischen Zeit“ müssten „wir alle mobilisiert sein“, von den Bischöfen über die Priester bis zu den Mönchen und Nonnen. Jeder müsse sich fragen, was er „heute für unser Volk, unsere Heimat und die Freiheit unserer Kirche“ tue. Und „wir werden beobachten, wie ihr auf die Worte des Patriarchen antwortet, ob die Mönche in den Krankenhäusern, bei den verletzten Soldaten auftauchen“, fügte Kirill hinzu. Auch in den Klöstern müsse „den Leidenden reale Hilfe geleistet werden“. Abschließend rief er die Mönche auf, sich nicht zu schonen, andernfalls würden sie die Heimat und die Achtung des Volks verlieren. (NÖK)

Ukraine: Verbot von aus Russland geleiteten Kirchen in erster Lesung angenommen

03. November 2023

Eine lange diskutierte Einschränkung der Aktivitäten „russischer“ Kirchen in der Ukraine hat eine erste Hürde genommen. Am 19. Oktober nahm die Verchovna Rada in erster Lesung den [Gesetzesentwurf Nr. 8371 mit 267 Stimmen an](#), 15 Abgeordnete waren dagegen. Mit dem Entwurf soll das Gesetz zur Religionsfreiheit so angepasst werden, dass die Tätigkeit von religiösen Organisationen in der Ukraine verboten wird, die aus einem Land geleitet werden, das einen bewaffneten Angriff auf die Ukraine verübt hat. Die Vorlage zielt auf die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK), die bis im [Mai 2022 Teil der Russischen Orthodoxen Kirche](#) (ROK) war.

Das von Ministerpräsident Denys Schmyhal eingereichte [Gesetz sieht vor](#), dass der Staatsdienst für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit zunächst feststellt, dass eine bestimmte religiöse Organisation ihr Zentrum in Russland hat. Danach soll der Staatsdienst anordnen, diesen Zustand mittels der Anpassung von Statuten oder anderen Normen zu beheben. Falls die religiöse Organisation dem nicht nachkommt, leitet der Staatsdienst ein Verfahren ein und das zuständige Gericht entscheidet über ein Verbot. Die UOK ist keine eigene juristische Person, sondern alle ihre Gemeinden, Eparchien, Institutionen und sonstigen Einrichtungen sind einzeln als Rechtspersonen registriert. Daher müsste das Verfahren auf jede einzelne Körperschaft angewendet werden.

Der Gesetzesentwurf gilt als der mildeste von [mehreren im ukrainischen Parlament hängigen](#) Vorstößen gegen die UOK. Um in Kraft zu treten, muss er in einer zweiten Lesung angenommen und dann vom ukrainischen Präsidenten bestätigt werden. In der zweiten Lesung können Änderungen am Gesetz vorgenommen werden. Abgeordnete von *Europäische Solidarität* (ES), der Partei des ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko, hatten schärfere Maßnahmen gefordert. Trotz eines eigenen hängigen Gesetzesentwurfs unterstützten sie den Vorschlag Nr. 8371 in der ersten Lesung, um „das Thema vorwärtszubewegen“, wie [Iryna Heraschtschenko von ES auf Facebook](#) schrieb – „Der erste Schritt zur Ausräucherung der Moskauer Popen von der ukrainischen Erde ist getan!“ Sie kündigte an, mit ihren Parteikollegen Anpassungen für die zweite Lesung vorzubereiten.

Das Oberhaupt der UOK, [Metropolit Onufrij \(Berezovskij\), erklärte](#) in seiner Sonntagspredigt am 22. Oktober, dass „wir auf niemanden böse sind“. Das administrative Zentrum seiner Kirche befinde sich in der Ukraine, in Kyjiw, betonte er. Egal was mit der UOK passiere und welche Entscheidungen getroffen würden, „werden wir trotzdem alle lieben. Wir werden Gott lieben, unser Land, unser Volk, unsere Regierung, unsere Armee“. Die UOK werde die Menschen lieben und für sie beten, weil sie die Kirche der Liebe sei. Die juristische Abteilung der UOK erklärte, der [Gesetzesentwurf verletze das Recht auf Glaubensfreiheit](#) der Anhänger der UOK. Er widerspreche auch der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Verfassung der Ukraine.

Am 19. Oktober traf sich außerdem der [ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal mit dem Allukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen](#), um Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg zu besprechen. In vielen Bereichen wie der humanitären Hilfe, Unterstützung von Flüchtlingen, sozialen Projekten und internationalen Lobbyarbeit arbeiteten die Religionsgemeinschaften und der Staat „synchron“, sagte Schmyhal. Deshalb anerkenne die Regierung die „riesige Bedeutung“ der Arbeit der Religionsgemeinschaften und werde sie „maximal fördern“. Zudem schätze der Staat die Rolle der Glaubensgemeinschaften bei der Stärkung der Wehrfähigkeit der Ukraine als hoch ein. Ein wichtiges Thema für die Regierung und die Religionsgemeinschaften sei das „Blockieren von Versuchen des Feindes, die Kirche und

Gläubigen zum Schaden der nationalen Sicherheit der Ukraine zu benutzen“. Er zeigte sich überzeugt, dass sie in diesem Bereich gemeinsam „energisch und effektiv“ handeln würden.

Die Vertreter der UOK im Rat der Kirchen und religiösen Organisationen [durften am Treffen nicht teilnehmen](#), obwohl sie vom Rat im Voraus angemeldet worden waren. Die Regierung gab laut der UOK keine Gründe für die Ablehnung an. Es sei das erste Mal, dass ein autorisiertes Mitglied des Rats nicht zu einem Treffen mit dem Regierungschef zugelassen wurde. Die UOK beklagte dies als Diskriminierung, die dem ukrainischen Gesetz über die Glaubensfreiheit widerspreche. Sie wertete die Abweisung zudem als Zeichen für eine allgemeine Politik der Diskriminierung ihr gegenüber. (NÖK)

Russland: Putin lobt Religionsgemeinschaften für ihr Engagement

03. November 2023

Am 25. Oktober hat der russische Präsident Vladimir Putin Vertreter der sog. traditionellen Religionsgemeinschaften des Landes zu einem [Treffen im Kreml](#) eingeladen. Dabei dankte er ihnen „in erster Linie für die Unterstützung der Streitkräfte der Russischen Föderation und die Unterstützung unserer Kämpfer, ihrer Familienmitglieder und aller, die im Rahmen der militärischen Spezialoperation für Russland kämpfen“. Das zweite Thema des Treffens waren die Ereignisse im Nahen Osten. [An dem Treffen nahmen Vertreter](#) der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), der muslimischen und der jüdischen Gemeinschaften, der Leiter der Buddhisten in Russland sowie die Oberhäupter der Armenischen Kirche, der Altgläubigen und der Pfingstgemeinden teil.

Präsident Putin drückte den Angehörigen der beim Angriff der Hamas in Israel Umgekommenen sein Mitgefühl aus. Dabei verwies er darauf, dass Russland mit „internationalem Terrorismus“ Erfahrung habe und die schmerzlichen Verluste aus dem „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ noch immer spüre. Allerdings sei es auch klar, dass nicht Unschuldige für die Verbrechen büßen dürften. Der „Kampf gegen den Terrorismus darf nicht entsprechend dem berüchtigten Prinzip der kollektiven Verantwortung geführt werden“, sagte der russische Präsident. Er sprach sich für eine Zwei-Staaten-Lösung aus, wobei Russland diese Position schon lange klar vertrete, sie sei nicht „konjunkturabhängig“.

Zugleich sieht Putin „Versuche einiger Kräfte“, eine weitere Eskalation zu provozieren und möglichst viele andere Länder und Völker in den Konflikt zu ziehen. Dabei würden „nationale und religiöse Gefühle von Millionen Menschen“ benutzt. Europa warf er vor, die Augen vor „Freveltaten und Vandalismus gegenüber muslimischen Heiligtümern“ zu verschließen. In einigen Ländern würden schon offen Nazi-Verbrecher und Antisemiten gefeiert, während in der Ukraine die kanonische orthodoxe Kirche verboten werden solle, um das kirchliche Schisma zu vertiefen. Das Ziel sei, die Instabilität auf der Welt zu verstärken und einen „Konflikt der Zivilisationen“ zu provozieren. Dem Westen warf er zudem vor, aus Angst vor einer multipolaren Weltordnung mittels „Islamophobie, Antisemitismus und Russophobie“ die Entwicklung unabhängiger, souveräner Staaten zu bremsen.

Der [russische Patriarch Kirill](#), der von Metropolit Grigorij (Petrov), dem Geschäftsführer des Moskauer Patriarchats, und Vladimir Legojda, dem Vorsitzenden der Synodalabteilung für die Beziehungen der Kirche mit der Gesellschaft und den Medien, begleitet wurde, betonte die Bedeutung Jerusalems und des Heiligen Landes für Christen, Juden und Muslime. Gegenüber dem Präsidenten und der Regierung drückte er seine Erkenntlichkeit für ihre „konsequente friedensstiftende Position in Bezug auf die Probleme bei der Beilegung des Nahost-Konflikts“ aus. Der Patriarch kritisierte „jegliche Schläge

gegen zivile Einrichtungen und religiöse Heiligtümer“, die aufs entschlossenste verurteilt werden müssten. Er vermutete, dass Angriffe auf religiöse Objekte die Menschen provozieren und verbittern sollten, um den Konflikt härter zu machen. Das Griechisch-Orthodoxe Patriarchat von Jerusalem, das Christen auf beiden Seiten des Konflikts betreue, vertrete die Haltung, dass Zivilisten kein Ziel bewaffneter Angriffe sein dürften, sondern ihnen Hilfe und Unterstützung geleistet werden müsse. Zudem rief Kirill dazu auf, in den Bemühungen um einen gerechten Frieden im Nahen Osten nicht nachzulassen.

In Russlands Krieg gegen die Ukraine nimmt die ROK jedoch eine ganz andere Position ein. Sie unterstützt die russische Regierung, die in der Ukraine gezielt Zivilist:innen sowie die zivile Infrastruktur des Landes angreift. Zahlreiche Geistliche sind an die Front gereist, um die russischen Streitkräfte zu unterstützen. Die belarusische ökumenische Gruppe „Christliche Vision“ hat gemeinsam mit den Projekten „Christen gegen den Krieg“ und „Weihnachtsdeklaration“ eine [Liste mit Geistlichen der ROK erstellt, die im Krieg umgekommen oder an der Front](#) sind. Stand 28. Oktober listet sie elf umgekommene Geistliche sowie rund 200 Kleriker an der Front.

Der Vorsitzende der Zentralen Spirituellen Administration der Muslime Russlands, Mufti Talgat Tadzhuiddin, dankte Putin ebenfalls für seine Einschätzungen und seine „ausgewogene“ Position. Als Ursache des Nahost-Konflikts bezeichnete er die „Ungerechtigkeit gegenüber dem palästinensischen Volk“. Der Konflikt habe zu einer Missachtung aller völkerrechtlicher und zwischenstaatlicher Normen sowie der „Anwendung barbarischer Kampfmittel“ geführt. Wieder einmal würden „einige Länder“ der Welt ihr Recht des Stärkeren und Doppelstandards demonstrieren.

Der Haupttrabbi Berl Lazar betonte ebenfalls die freundschaftlichen Verhältnisse zwischen den Religionsgemeinschaften in Russland. Schon seit vielen Jahren gebe es in Russland keinen staatlichen Antisemitismus mehr und sogar auf der Straße gebe es kaum Antisemitismus. Mit Blick auf die Vergangenheit rief er dennoch die föderalen und lokalen Behörden zu einen „ständigen und kompromisslosen Kampf gegen den Extremismus“ auf. Verhandlungen mit Terroristen dürfe es nicht geben, auch keine Kompromisse. Für das friedliche Zusammenleben von Religionsgemeinschaften könne Russland als Beispiel dienen. Der Grund dafür, dass das in Russland funktioniere, sei, dass „wir hier einen weisen Präsidenten haben“, der zur Unterstützung oder bei Problemen die Religionsgemeinschaften zusammenrufe und „eine sehr klare Position“ kommuniziere. (NÖK)

Ukrainischer Geheimdienst wirft Patriarch Kirill Straftaten vor

16. November 2023

Der Inlandgeheimdienst der Ukraine SBU hat darüber informiert, dass er den [russischen Patriarchen Kirill verschiedener Straftaten verdächtigt](#). Der SBU und die Generalstaatsanwaltschaft hätten dazu ausreichend Beweise gesammelt. Laut der Untersuchung gehört der Patriarch zum „engsten Kreis der obersten militärisch-politischen Führung Russlands“ und hat als einer der ersten öffentlich den umfassenden Krieg gegen die Ukraine unterstützt.

Zur Verbreitung von Propaganda benutzt Patriarch Kirill [laut der SBU-Mitteilung](#) „massenhaft“ die „von ihm kontrollierten religiösen Gemeinden der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) in Russland“ sowie in der Ukraine die Vertreter der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK), die sich allerdings im Mai 2022 vom Moskauer Patriarchat losgesagt hat. Zudem verbreite der Patriarch „regelmäßig die Narrative des

Kremls“ in Online-Predigten und Kommentaren. Die Erklärung des SBU führt an, dass Kirill im März 2022 den Befehlshaber der russischen Nationalgarde, Viktor Zolotov, für den Krieg in der Ukraine gesegnet habe. Damals hatte Kirill [Zolotov eine Marienikone für die Hauptkirche der Rosgvardija in Moskau geschenkt](#). Außerdem habe der Patriarch im Februar 2023 die Besetzung der Ostukraine auf YouTube gerechtfertigt. Wiederholt habe Kirill in den Medien die „aggressive Politik des Kremls unterstützt und die Gläubigen aufgerufen, sich im Krieg gegen die Ukraine zu vereinen“.

Konkret verdächtigt der SBU den Patriarchen, gegen mehrere Artikel des ukrainischen Strafrechts verstoßen zu haben. Dazu gehören der „Angriff auf die territoriale Integrität und Unverletzlichkeit der Ukraine“, das Rechtfertigen oder Bestreiten der bewaffneten Aggression Russlands gegen die Ukraine und die Glorifizierung der daran Beteiligten sowie das „Planen, Vorbereiten, Entfesseln und Führen eines Angriffskriegs“. Um den Verdächtigen aufgrund seiner Verbrechen gegen die Ukraine zur Rechenschaft zu ziehen, seien komplexe Maßnahmen im Gang.

Die Ukraine hat schon länger Sanktionen gegen Patriarch Kirill verhängt, auch andere hochrangige Vertreter der ROK sind sanktioniert. Auch die EU wollte den [russischen Patriarchen sanktionieren](#), was aber vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán verhindert wurde. Einzelne europäische Staaten wie Großbritannien, Litauen und Tschechien haben individuell Maßnahmen gegen den Patriarchen eingeführt. Auch einzelne [Geistliche der UOK sind in der Ukraine sanktioniert](#), mehreren wurde die [ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen](#). (NÖK)

Schweiz: ÖRK-Generalsekretär macht ukrainische Kirchen für Scheitern des Runden Tisches verantwortlich

16. November 2023

Jerry Pillay, der Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK), hat die [Verschiebung des geplanten Runden Tisches](#) mit den beiden orthodoxen Kirchen in der Ukraine und der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) mit „politischen Herausforderungen und anderen Komplexitäten“ auf Seiten der ukrainischen Kirchen begründet. In seinem [Bericht an den Exekutiv Ausschuss des ÖRK](#), der vom 8. bis zum 14. November in Nigerias Hauptstadt Abuja tagte, verwies Pillay darauf, dass die Russische Orthodoxe Kirche „sehr positiv auf die Einladung“ reagiert habe und an dem Runden Tisch teilnehmen wollte.

Die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK) habe ebenfalls Unterstützung zur ÖRK-Initiative signalisiert, aber eine Teilnahme schwierig gefunden, „solange die OKU [Orthodoxe Kirche der Ukraine] noch einen ‚Angriff‘ auf ihre Kirchengemeinden ausübt“. Zudem habe die UOK befürchtet, dass nicht alle ihre Teilnehmer in die Ukraine zurückkehren könnten, wenn sie ins Ausland reisten. Auf einen zweiten Brief des ÖRK an die UOK habe man nur noch „mündliche Antworten“ erhalten, aber „keine offizielle Verpflichtung zu dem Prozess“. Die OKU habe auf keinen der beiden Briefe des ÖRK „in irgendeiner formellen Weise“ geantwortet, obwohl aus „zuverlässigen Quellen“ auf eine positive Bereitschaft zur Teilnahme am Runden Tisch hingewiesen worden sei. Pillay bewertete die ausgebliebene Antwort als „eher unglückliche Wahl. Wenn sie offiziell geantwortet hätten, hätten wir zumindest unseren Weg durch diese Herausforderungen ermitteln und finden können.“

Selbstkritische Worte zu dem geplanten Vorhaben des Runden Tisches und dessen Scheitern vorerst fand Pillay keine, obwohl es im Vorfeld zahlreiche warnende Stimmen gegeben hatte. So hatte der [ukrainische Theologe Cyril Hovorun](#) den ÖRK davor gewarnt, auch die ROK zum Runden Tisch einzuladen, da diese aufgrund der kirchlichen Kriegspropaganda an keinem ernsthaften Dialog interessiert sei. Solch ein Runder Tisch wäre ein „Farce“. Hovorun hatte dem ÖRK stattdessen empfohlen, sich auf

Versöhnungsbemühungen zwischen den beiden ukrainischen orthodoxen Kirchen zu konzentrieren.

Pillay berichtete dem Zentralausschuss auch von dem [Besuch einer ÖRK-Delegation in Armenien](#), der unmittelbar vor und während der Eroberung von Berg-Karabach durch Aserbaidschan Mitte September stattgefunden hatte. 120.000 Armeniern waren daraufhin von Karabach nach Armenien geflohen. Der Generalsekretär zeigte sich dankbar, dass Armenien die geflohenen Menschen aufgenommen habe und sein Möglichstes tue, diese zu unterstützen. Es sei aber mehr Hilfe nötig, um in der Situation zu helfen. Pillay betonte: „Die zukünftige Sicherheit und Souveränität von Armenien – der ältesten christlichen Nation – und des historischen christlichen Erbes dieses Lands sind weiterhin gefährdet.“ (NÖK)

Russland: Patriarch betont enge Verbindung von Glauben und Nationalität

16. November 2023

Der russische Patriarch Kirill hat die Untrennbarkeit von orthodoxem Glauben und russischer Nationalität betont. In seiner Predigt zum Feiertag der Gottesmutterikone „Freude aller Leidenden“ am 6. November erklärte er, dass es sehr wichtig sei, dass das „Verständnis der eigenen [Zugehörigkeit zum russischen Volk heute von einem tiefen orthodoxen Glauben begleitet](#)“ werde. Diejenigen, die von sich behaupteten, Russen zu sein, aber nicht in die Kirche gingen, sollten „sich fragen, ob sie die Erben ihrer Väter, Großväter, Großmütter, Urgroßväter und Stammväter sind, die ihr Leben mit dem Glauben verknüpften“. Und „wenn ihr nicht ihre Erben seid, in welchem Sinn könnt ihr dann von euch als russischen Menschen sprechen?“, führte Kirill weiter aus. Zum „russischen Volk“ zählte er explizit auch die Ukrainer und Belarusen.

In der Predigt beklagte Patriarch Kirill auch die „Pseudoreligiosität“ vieler Menschen in Russland, denn diese „alltägliche, rituelle Religiosität“ bringe keine Rettung. Für einen echten Glauben hob der Patriarch die Bedeutung der persönlichen Erfahrung und von Wundern hervor. Eine reale Verbindung zu Gott spürten die Menschen unter anderem durch das Vollbringen guter Taten, sagte Kirill weiter. Er kenne viele, die „solche Taten dort vollbringen, wo jetzt Blut vergossen wird – im Donbass“. Dabei nannte er explizit die Freiwilligen, die es für nötig hielten, das Vaterland zu verteidigen, „weil es heute als Bollwerk der Orthodoxie in der Welt auftritt“. „Alles“, was auf dem Schlachtfeld geschehe, „erfordert unsere gemeinsame Unterstützung“.

Patriarch Kirill sprach auch darüber, dass viele Menschen erst die Erfahrung von Leid und Unglück zum Glauben bringe. Das sei zwar nicht richtig, aber auch nicht schlimm, solange die Menschen zur Religion kämen – „besser spät als nie“. Überhaupt diene das Leid dazu, ein besserer Mensch zu werden. Daher sei auch die aktuelle „schicksalshafte Zeit“ dazu da, „unseren Glauben zu erneuern, unser nationales und religiöses Selbstverständnis zu stärken, damit wir auch weiter den historischen Weg beschreiten, den Gott uns eröffnet“, erklärte Kirill weiter.

Die Kernaussagen aus Patriarch Kirills Predigt wurden von zahlreichen russischen Medien aufgegriffen. Einige verwiesen darauf, dass nicht alle Russen orthodoxe Gläubige sind und die Zahlen der regelmäßigen Kirchgänger tief sind. [Laut dem renommierten Levada-Zentrum](#) identifizierten sich 2023 72 Prozent der russischen Bevölkerung als orthodox. Obwohl 40 Prozent der Befragten angaben, Religion sei für sie sehr wichtig (14 Prozent) oder eher wichtig, und sogar 45 Prozent von sich sagten, sie seien sehr religiös (7 Prozent) oder eher religiös (38 Prozent), besuchen nur gerade 3 Prozent der Befragten ein- oder mehrmals pro Woche einen Gottesdienst. 4 Prozent besuchen zwei- bis dreimal im Monat einen Gottesdienst, 5 Prozent einmal im Monat.

Zur russischen Identität hatte sich Patriarch Kirill schon unlängst geäußert, wobei er die Immigration nach Russland kritisierte. Nach einem Auftritt an der Staatlichen Pädagogischen Universität Moskau [beantwortete er Fragen von Studierenden, darunter eine zur demografischen Entwicklung](#) in Russland. Aufgrund der tiefen Geburtenrate und dem Mangel an Arbeitskräften kämen Gastarbeiter ins Land, die zunächst völlig fremd erschienen. Mit Zeit begännen sie jedoch russisch zu sprechen, heirateten Russinnen und würden Staatsbürger. Daran sei an sich nichts schlecht, aber es gebe „ein Risiko“, sagte Kirill. „Diese Art von Menschen“ nähere sich religiös und kulturell den Russen nie an, da sie einen eigenen Glauben und eine eigene Kultur hätten. Ein „gebildeter, intelligenter russischer Mensch“ müsse den Glauben und die Kultur anderer Menschen respektieren, aber wenn ein anderer Glaube und eine andere Kultur sich so verbreiteten, dass sie gleich stark oder gar dominant würden, „dann verlieren wir das Land, wir verlieren unsere Identität“.

Deshalb dürfe die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften nicht „riesige Mengen Menschen anziehen, die einer anderen Kultur und einem anderen Glauben angehören“, erklärte der Patriarch weiter. Er warf den Migranten zudem vor, oft kein Russisch zu sprechen und Russland und sein Volk nicht zu respektieren. Das gelte nicht für alle, aber so drohten interreligiöse und interethnische Spannungen in der Gesellschaft. Dabei geht es ihm nicht um den Islam und muslimische Migranten, wie er betonte, sondern um „demografische Prozesse, die unser Land und unseren Staat radikal verändern können“. (NÖK)

UN-Sicherheitsrat diskutiert erneut über Religionsfreiheit in der Ukraine

30. November 2023

Der UN-Sicherheitsrat hat am 17. November erneut über die religiöse Situation in der Ukraine diskutiert. Die stellvertretende UNO-Generalsekretärin für Menschenrechte, Ilze Brands Kehris, drückte in ihrer [Stellungnahme](#) ihre Besorgnis über das ukrainische Gesetzesprojekt zum Verbot religiöser Organisationen, die in Verbindung zu einem Aggressor-Staat stehen, aus. Das [Gesetz Nr. 8371](#) war am 19. Oktober vom ukrainischen Parlament in erster Lesung angenommen worden und zielt auf die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK). Mit Verweis auf Art. 18. des „Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte“ wies Brands Kehris darauf hin, dass das internationale Recht Einschränkungen der Religionsfreiheit nur dann erlaube, „wenn sie gesetzlich vorgeschrieben und notwendig zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit oder Moral oder der fundamentalen Rechte und Freiheiten anderer sind“. Dies sei eng zu interpretieren. Brands Kehris lud den ukrainischen Gesetzgeber ein, auf die Expertise der UN und anderer internationaler Organisationen bei der Bewertung der beabsichtigten Maßnahmen zurückzugreifen.

Deutliche Worte fand die stellvertretende UNO-Generalsekretärin auch gegenüber Russland, das die [zweite Debatte innerhalb von zehn Monaten](#) im UN-Sicherheitsrat zur Situation der Religionsfreiheit in der Ukraine beantragt hatte. In den von Russland besetzten ukrainischen Gebieten komme es zu willkürlichen Verhaftungen, Ausweisungen und Folterungen von Geistlichen und Gläubigen; dies betreffe insbesondere die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche, freikirchliche Gemeinschaften, die Zeugen Jehovas sowie die Orthodoxe Kirche der Ukraine.

Der [russische UN-Botschafter](#) ging auf diese dokumentierten Verletzungen der Religionsfreiheit nicht ein, sondern warf der ukrainischen Regierung um Präsident Volodymyr Zelenskyj – von ihm als „Kyjiwer Regime“ titulierte – eine religiöse Verfolgung der kanonischen UOK vor. Er verglich dabei Zelenskyj mit den römischen Kaisern Nero und Diokletian. Als kirchlicher Experte von russischer Seite trat Vachtang Kipschidze, der

stellv. Leiter der Synodalabteilung für die Zusammenarbeit der Kirche mit der Gesellschaft und den Medien, auf. Kipschidze sprach ebenfalls von einer Verfolgung der UOK. Er warf dabei dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios vor, die Strafverfolgungen von Bischöfen der UOK seitens der ukrainischen Behörden zu unterstützen, um so „Rache an ihnen für ihren Unwillen zu nehmen, sich der neuen religiöse Struktur anzuschließen, die von den ukrainischen Behörden geschaffen wurde, der sogenannten Orthodoxen Kirche der Ukraine.“

Die ukrainische UN-Vertreterin Natalia Mudrenko erinnerte in ihrer Rede daran, dass Russland sich nur dann an die Menschenrechte erinnere, wenn „es seine Propaganda in eine vorzeigbare Weise einpacken muss“. Sie wies zudem auf die Unterstützung der militärischen Aggression Russlands durch Patriarch Kirill hin. Russland gebe nur vor, die UOK zu schützen, „in Wahrheit stiehlt es ihre Diözesen, Kathedralen und andere Besitztümer“. Über 500 religiöse Stätten seien durch den russischen Angriff beschädigt worden, wobei 100 vollkommen zerstört worden seien. Mit Blick auf das Gesetzesprojekt Nr. 8371 hob Mudrenko hervor, dass es dessen Ziel sei, allen Versuchen des Aggressorstaats entgegenzuwirken, religiöse Organisationen in der Ukraine zum Zwecke seiner Aggression zu instrumentalisieren. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, würde es die Aktivitäten aller religiösen Organisationen in der Ukraine mit Verbindungen zu wichtigen Organen im Aggressorland unterbinden. (NÖK)

Ukraine: Kleriker und Laien der OKU kritisieren gewaltsamen Transfer von Kirchgemeinden

30. November 2023

Eine Gruppe von Gläubigen und Geistlichen der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) hat die eigene Kirchenleitung aufgerufen, jegliche Anwendung von Gewalt beim Transfer von Kirchgemeinden von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) zur OKU unmissverständlich zu verurteilen. Die OKU habe selbst Jahrzehnte der Verfolgung seitens der UOK erlebt und dürfe nun nicht dem „Wunsch nach Rache“ erliegen und „selbst zu einem Verfolger oder einer Staatskirche“ werden. Die Gruppe unter der Bezeichnung „Zehn Thesen für die Orthodoxe Kirche der Ukraine“ hatte sich 2019 kurz nach der Gründung der OKU gebildet, [um innerkirchliche Reformen voranzubringen](#).

Auslöser für die [Erklärung der Gruppe](#) war ein gewaltsamer Zwischenfall in der zentralukrainischen Stadt Tscherkassy. Dort hatten sich Aktivisten der OKU und ukrainische Soldaten [gewaltsam Zutritt zu einem Kloster der UOK](#) verschafft und dabei einen Priester sowie Gläubige verprügelt. Sie begründeten dies damit, dass die Gemeindeversammlung zuvor beschlossen habe, die UOK zu verlassen und sich der OKU anzuschließen. Die UOK widersprach dieser Darstellung: nicht die Gemeindeversammlung habe einen Entscheid zum Übertritt zur OKU gefällt, sondern die regionale Verwaltung.

In ihrer Erklärung wies die Gruppe zwar die „Hauptverantwortung für die explosive religiöse Situation“ in der Ukraine der Führung der UOK zu, aber die Anwendung physischer Gewalt beim Transfer von Gemeinden sei „inakzeptabel“. „Ein Krieg um Gotteshäuser wird nicht zur Expansion und Stärkung der OKU führen, selbst wenn wir die rechtliche, moralische, historische und soziale Gerechtigkeit auf unserer Seite haben“, so die Gruppe. In der Auseinandersetzung zwischen der OKU und der UOK sei es vor allem das Christentum in der Ukraine, das verliere: „Menschen, die zu Christus kommen, sind wichtiger als die Mauern, die sie umgeben – selbst, wenn diese die Mauern der Kirche sind.“

Das Befeuern des kirchlichen Konflikts nutze letztlich nur der russischen Propaganda, die „erneut eine ‚religiöse Verfolgung‘ in der Ukraine deklariert“. An die ukrainischen

Behörden richtete die Gruppe die Aufforderung, effektive Mechanismen zur Regulierung von Übertritten zwischen unterschiedlichen religiösen Strukturen zu entwickeln. (NÖK)

Russland/Ukraine: Moskauer Patriarchat sanktioniert Cyril Hovorun

14. Dezember 2023

Dem bekannten ukrainischen Theologen und Archimandriten Cyril Hovorun hat die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) die Priesterwürde aberkannt. Die Entscheidung traf das Eparchialgericht der Stadt Moskau an seiner Sitzung am 31. Oktober, wie die [Eparchie Moskau am 12. Dezember mitteilte](#). Auf der Basis von Regel 25 der Heiligen Apostel, die Ehebruch, Meineid und Diebstahl betrifft, werde er mit der Aberkennung der Priesterwürde bestraft. Das Urteil tritt in Kraft, nachdem der russische Patriarch Kirill es unterzeichnet hat.

Schon am 25. September hatte [Patriarch Kirill Archimandrit Cyril den Dienst verboten](#). Als Grund hatte er angegeben, dass Cyril mit Vertretern des Ökumenischen Patriarchats konzelebriert habe, mit dem die ROK die eucharistische Gemeinschaft abgebrochen hat. [Hovorun widersprach dieser Darstellung](#), der fragliche gemeinsame Gottesdienst sei nur ein Vorwand, und begründete das Verbot mit seiner Haltung zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seine öffentlichen Stellungnahmen gegen den Krieg und seine Kritik an der Beteiligung der ROK am Krieg hätten den Patriarchen verärgert. Seine Entscheidung sei eine Drohung an andere Vertreter der ROK, die in Betracht zögen, sich gegen den Krieg zu äußern.

Cyril Hovorun ist international als Theologe und Publizist bekannt. Er ist Professor für Ekklesiologie, internationale Beziehungen und Ökumene am St. Ignatios College der Universität Stockholm und Direktor des Huffington Ecumenical Institute an der Loyola Marymount Universität in Los Angeles. Er hat unter anderem einen [Aufruf an den Ökumenischen Rat der Kirchen](#), die ROK zu suspendieren, unterzeichnet. Zudem publiziert und referiert er regelmäßig zum Thema der Autokephalie der ukrainischen Kirche. (NÖK)

Russland: Patriarch und Präsident loben sich gegenseitig

14. Dezember 2023

Der russische Patriarch Kirill und Präsident Vladimir Putin haben an der Plenarsitzung des Allrussischen Volkskonzils die Zusammenarbeit zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) und dem russischen Staat gelobt. Das 25. [Treffen des Volkskonzils fand am 27. und 28. November 2023](#) im Kremlpalast in Moskau statt. Unter den Anwesenden waren zahlreiche Vertreter:innen der Politik sowie aus Wirtschaft, Kultur und Religionsgemeinschaften. Geleitet wird das Volkskonzil von Patriarch Kirill.

Präsident Putin, der per Video zugeschaltet war, [hielt in seiner Rede](#) eine Schweigeminute für die gefallenen Russen im Angriffskrieg gegen die Ukraine. Danach bezeichnete er den Krieg als „Kampf für Souveränität und Gerechtigkeit“ sowie als „nationale Befreiung“, bei dem es um das „historische Recht, Russland zu sein“ gehe – ein „starker, unabhängiger Staat, eine Zivilisation“. Beim Kampf gehe es nicht nur um Russlands Freiheit, sondern die Freiheit der ganzen Welt. Beim Aufbau einer „gerechteren Weltordnung“ stehe Russland an vorderster Front. Ohne souveränes und starkes Russland sei keine „beständige und stabile Weltordnung“ möglich.

Dem Westen warf Putin vor, dass „Russophobie und andere Formen des Rassismus und Neonazismus“ schon fast zur „offiziellen Ideologie“ seiner Eliten geworden seien. Diese richte sich nicht nur gegen ethnische Russen, sondern gegen alle Völker Russlands. Die „Vielfalt und Einheit der Kulturen, Traditionen, Sprachen und Ethnien“ passe nicht in die „Logik der westlichen Rassisten und Kolonisatoren“. Deren Ziel sei es, Russland aufzuteilen und zu plündern. Er betonte, dass Russland jede „äußere Einmischung oder Provokation, um ethnische oder religiöse Konflikte auszulösen, als aggressive Akte gegen unseren Staat beurteilt, als Versuche, erneut Terrorismus und Extremismus als Waffe gegen uns einzusetzen,“ und Russland werde entsprechen reagieren.

Der Präsident wandte sich zudem an die anwesenden Unternehmer, um ihnen dafür zu danken, dass sie gemeinsam mit dem Staat die „beispiellose wirtschaftliche Aggression des Westens vereitelt haben“. Der „Sanktions-Blitzkrieg“ des Westens sei gescheitert. Laut Putin erarbeitet Russland neue Instrumente zur Wirtschaftsförderung, daher rief er die Unternehmer auf, in Russland zu investieren. Neben der Wirtschaft thematisierte Putin auch die demografischen Probleme Russlands und betonte den Wert der Familie. Er forderte die Bewahrung und Wiederbelebung der „wunderbaren Traditionen“ der kinderreichen Familien, die überall in Russland zur Norm werden sollten.

Vor allem in Bezug auf Familie und Bildung betonte Putin die Leistungen der ROK. Zwar seien Kirche und Staat in Russland getrennt, aber die Kirche „kann nicht von der Gesellschaft oder dem Volk getrennt werden“. Daher betonte er, wie wichtig es sei, dass sich „Vertreter aller traditionellen russischen Religionen“ an der Bildung und Erziehung der Jugend sowie der „Konsolidierung der spirituellen, moralischen und Familienwerte“ beteiligten. Ganz besonders bedankte er sich bei Patriarch Kirill für dessen „unermüdliche Arbeit“ für die „spirituelle Wiedergeburt Russlands“. Unter seiner Leitung leisteten die ROK, die Geistlichen und Laien viel in sozialen, wohltätigen und Freiwilligenprojekten. Zudem rühmte er die Unterstützung der ROK für die Soldaten und ihre Familien. Abschließend gratulierte er Patriarch Kirill zur Verleihung der [Präsidentenauszeichnung 2023](#) für den Beitrag zur Stärkung der Einheit der russischen Nation.

[Patriarch Kirill sprach der russischen Regierung und insbesondere Präsident Putin besonderen Dank](#) „für die unverändert große Aufmerksamkeit für die spirituelle Komponente des Lebens des Volks und das Verständnis der besonderen historischen Rolle der orthodoxen Tradition bei der Entstehung und Entwicklung der russischen Kultur und russischen Staatlichkeit“ aus. Er erklärte zum wiederholten Mal, dass „wir tatsächlich in einer sehr günstigen Zeit leben“. Es sei eine seltene und einzigartige Chance, dass die ROK und andere Religionsgemeinschaften „konstruktive und wohlwollende Beziehungen“ zur Staatsmacht aufbauen könnten. In der Geschichte Russlands passiere das zum ersten Mal.

Wichtige Themen in Kirills Rede waren zudem die Wichtigkeit von Traditionen und als Teil davon die Familie. Dabei schilderte er auch seine Bemühungen im Kampf gegen Abtreibungen. In diesem Zusammenhang dankte er Präsident Putin dafür, das Jahr 2024 zum Jahr der Familie erklärt zu haben, und hoffte, die „staatliche Unterstützung für die Institution der traditionellen Familie“ werde sich auch auf die folgenden Jahre erstrecken. Zudem ging er auf die Immigration ein, die er als „ernste äußere Herausforderung für unsere Kulturtradition“ bezeichnete. Der Patriarch befürchtete eine „Deformation des einigen orthodoxen, kulturellen und sprachlichen Raums“ des Landes.

Ausführlich ging Kirill auf das Konzept der Russischen Welt ein. Diese dürfe nicht ethnisch verstanden werden, sie „schließt auch alle Völker ein, die anderen Religionen angehören, aber die gleichen Werte des Gesellschaftslebens mit dem russischen Volk teilen“. Russland habe über Jahrhunderte ein System der Koexistenz verschiedener Kulturen und Religionen mit gemeinsamen Werten geschaffen, die dabei ihre religiöse Eigenständigkeit bewahrten. Er empörte sich, dass die Russische Welt kritisiert werde, im Gegensatz zu anderen kulturellen und regionalen Sphären wie der *Pax Romana*. Insbesondere zielte er auf die USA und ihren Anspruch, der „Weltpolizist“ zu sein.

Russland pries der Patriarch als Ort der Toleranz und Vielfalt: Die „natürliche Güte des russischen Menschen, Toleranz und die Fähigkeit, sich ruhig mit anderen Völkern zu vertragen, ohne die eigenen Überzeugungen aufzuzwingen, bildeten das einzigartige Modell des staatlichen und gesellschaftlichen Aufbaus auf der Grundlage der Vielfalt der Ethnien und Kulturen sowie des gegenseitigen Respekts der Vertreter verschiedener religiöser Traditionen.“ Das große moralische Verantwortungsgefühl des russischen Volks habe das Bewusstsein geschaffen, dass das Schicksal Russlands untrennbar vom Schicksal der ganzen Welt sei. Daher rühre das Streben, Harmonie zu schaffen und soweit möglich auch Konflikte im Ausland zu schlichten.

Das Allrussische Volkskonzil wurde 1993 von der Russischen Orthodoxen Kirche ins Leben gerufen, um alle Russen ungeachtet ihres Aufenthaltsstaates und ihrer politischen Anschauungen zu vereinen. An ihm nehmen Vertreter aus Politik, Militär, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur sowie Geistliche verschiedener Religionsgemeinschaften teil. (NÖK)

Ukraine: Russischer Patriarch zur Fahndung ausgeschrieben

28. Dezember 2023

Der ukrainische Inlandgeheimdienst SBU hat den russischen [Patriarchen Kirill zur Fahndung ausgeschrieben](#), wie aus dem [Verzeichnis gesuchter Personen](#) des ukrainischen Innenministeriums ersichtlich ist. Er wird als Person aufgeführt, die sich vor den vorgerichtlichen Untersuchungsorganen versteckt. Der SBU hatte Anfang November darüber informiert, dass er [Patriarch Kirill verschiedener Straftaten verdächtigt](#), so des „Angriffs auf die territoriale Integrität und Unverletzlichkeit der Ukraine“ sowie des Führens eines Angriffskriegs oder aggressiver kriegerischer Handlungen. Laut dem SBU gehört der Patriarch zum engsten Kreis der obersten militärisch-politischen Führung Russlands und hat von Anfang an den russischen Krieg gegen die Ukraine unterstützt. Schon länger hat die Ukraine Sanktionen gegen Kirill und andere hohe Vertreter der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) verhängt.

In der ROK stieß das ukrainische Vorgehen auf Kritik. [Vladimir Legojda](#), der Leiter der Synodalabteilung für die Beziehungen der Kirche zur Gesellschaft und den Medien, bezeichnete den Schritt als „so vorhersehbar wie unsinnig“. „Gesetzlosigkeit und Einschüchterungsversuche gegenüber Gläubigen“ seien die übliche Vorgehensweise „dieser repressiven Maschine“, schrieb er auf seinem *Telegram*-Kanal. Das würden sogar „viele internationale Organisationen“ anerkennen. Den SBU-Mitarbeitenden warf er vor, noch „in der sowjetischen Schule“ gelernt zu haben. Dabei hätten sie der atheistischen Ideologie nicht widersprochen, als der Großvater und Vater des Patriarchen für ihren Glauben verfolgt worden seien.

Auch [Erzpriester Nikolaj Balaschov](#), Berater des russischen Patriarchen, äußerte sich kritisch. Gegenüber der Nachrichtenagentur *Ria* bezeichnete er das Vorgehen der ukrainischen Behörden als „Unsinn, der keines Kommentars bedarf“. Der Patriarch verstecke sich vor niemandem. Die ukrainischen Untersuchungsbehörden forderte er auf, zu ihm zu kommen – „wir warten“.

Das [Ermittlungskomitee der Russischen Föderation](#) hat den Spieß umgedreht. Sein Vorsitzender, Alexander Bastrykin, ordnete an, nach den Verantwortlichen der ukrainischen Behörden zu fahnden, die „illegal“ den Patriarchen zur Verantwortung ziehen wollen. Er will gegen die konkreten Personen des SBU vorgehen, die die „illegale Entscheidung trafen“, eine Strafverfolgung gegen Patriarch Kirill einzuleiten. (NÖK)

Die Studienteilnehmer wurden auch gefragt, wie sie dazu stehen, dass der [Nutzungsvertrag der UOK für das Kyjiwer Höhlenkloster aufgelöst](#) wurde. 55,5 Prozent unterstützen die Entscheidung völlig, 15,7 Prozent eher. Nur 3,8 Prozent sind völlig dagegen, 7,3 Prozent eher, während es 10,5 Prozent der Befragten egal ist.

Zum 25. Dezember [gratulierten viele christliche Kirchen der Ukraine den Gläubigen mit einem gemeinsamen Statement](#). Sie versuchten, angesichts der schwierigen Lage Mut und Hoffnung zu machen, im „Glauben und in der Einheit“ liege die Kraft. Unter den Unterzeichnern waren neben mehreren protestantischen, der armenischen und der römisch-katholischen Kirche auch Vertreter der UGKK und der OKU. (NÖK)

Russland: EU sanktioniert orthodoxe Fernsehsender

28. Dezember 2023

Die EU hat am 18. Dezember ihr 12. Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet. Neu in die [Sanktionsliste aufgenommen wurden 61 Personen und 86 Körperschaften](#), die „für Handlungen verantwortlich sind, die die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen“. Neben staatlichen und insbesondere militärischen Vertreter:innen und Unternehmern sind vor allem Unternehmen aus dem militärtechnologischen Bereich und private Militärunternehmen betroffen.

Unter den neu Sanktionierten sind auch [Organisationen mit Verbindungen zur Russischen Orthodoxen Kirche](#) (ROK). So wurde das private Militärunternehmen Andrejevskij Krest (Andreaskreuz), das an Kampfhandlungen in der Ukraine teilnimmt, in die Liste aufgenommen. Andrejevskij Krest wurde 2017 von der ROK gegründet und bietet taktisches Training für Kämpfer an. Nach dem Training unterzeichnen die Absolventen jeweils Verträge mit dem russischen Verteidigungsministerium und früher mit der Gruppe Wagner. Zudem hat das Unternehmen eigene Freiwilligenbataillone gegründet, die am Krieg teilnehmen.

Ebenfalls sanktioniert wird der Fernsehsender *Spas*, der der ROK gehört und finanzielle Unterstützung vom Staat erhält. *Spas* verbreite Propaganda zur Unterstützung der Regierung und Desinformation über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. In zahlreichen Programmen rechtfertigt der Sender den Krieg aus religiösen und spirituellen Gründen. Auch der Fernsehsender *Tsargrad TV* wird sanktioniert, weil er Pro-Kreml-Propaganda und Desinformation über den Krieg verbreite. Zudem fördere er eine „nationalistische Sicht auf den angeblich russischen Charakter der illegal besetzten Gebiete der Ukraine und rechtfertigt den illegalen Transport ukrainischer Kinder nach Russland und ihre anschließende Adoption durch russische Familien“. Für seine propagandistischen Aktivitäten erhalte *Tsargrad TV* von der russischen Regierung finanzielle Mittel. Gegründet wurde *Tsargrad TV* vom orthodoxen Unternehmer Konstantin Malofejev, in dessen Besitz sich der Sender noch immer befindet und der ihn auch finanziert. (NÖK)

Ukraine: Moskauer Patriarchat schafft erneut eine neue Eparchie in der Ukraine

11. Januar 2024

An seiner Sitzung vom 27. Dezember 2023 hat der Hl. Synod der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) entschieden, im Gebiet [Cherson in der Ukraine eine eigene Eparchie einzurichten](#). Grund dafür sei eine entsprechende Bitte der dortigen Geistlichen, die im Dezember Patriarch Kirill in einem Brief ersucht hätten, sich ihm direkt zu unterstellen. Es ist nicht das erste Mal, dass die ROK eine Eparchie in der Ukraine, die Teil der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) ist, übernimmt: Schon im Juni 2022 hatte der Hl. Synod die [Eparchien auf der Krim](#) aufgenommen, 2023 wurden die Eparchien Rovenky in der Region Luhansk und die [Eparchie Berdjansk](#) in der Region Zaporizhzhja in die ROK eingegliedert.

Die Bitte um Aufnahme sei von der Mehrheit der Geistlichen (75 Prozent) des Teils der Eparchie Cherson, die sich auf dem linken Ufer des Dnipro/Dnjepr befindet und von Russland kontrolliert wird, den Bewohnerinnen des Klosters von Skadovsk sowie 18 evakuierten Geistlichen der Eparchie gekommen. Diese hätten sich beklagt, dass ihr Bischof seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nie ihre Gemeinden besucht, keine Gottesdienste gefeiert, sich nicht um die Gläubigen gekümmert und keine Geistlichen geweiht habe. Diese fehlende Aufmerksamkeit habe zu vielen Problemen und Mängeln im Leben des Teils der Eparchie, der unter russischer Kontrolle ist, geführt. Unter den Gläubigen wachse die Unzufriedenheit. Zwar verhindere der Krieg vieles, aber die Leitung der Eparchie habe „nicht den kleinsten Versuch unternommen, sich um die Geistlichen und Gläubigen hier, auf dem russischen Territorium, zu kümmern“. Zum Schluss hätten die Geistlichen erklärt, als Mitglieder der UOK „haben wir immer verstanden und waren uns bewusst, dass wir kanonisch und geistlich Teil der großen und starken Familie sind, in der das Irdische und Himmlische vereint sind: der Russischen Orthodoxen Kirche“.

Da es dem zuständigen Bischof, Metropolit Ioann (Siopko) von Cherson, „faktisch unmöglich ist, die Gemeinden und das Kloster am linken Ufer des Dnjepr zu leiten“, schuf der Hl. Synod der ROK die Eparchie Skadovsk mit Zentrum in der Stadt Skadovsk, wobei er sie aus der Eparchie Cherson herauslöste. Als zusätzlichen Grund gab der Hl. Synod an, dass es dem Hl. Synod der UOK unmöglich sei, die Situation ungehindert zu regeln. Die temporäre Leitung der neuen Eparchie übertrug der Hl. Synod Bischof Aleksij (Ovsjannikov) von Dzhankoj, das auf der Krim liegt.

Die [UOK reagierte am 28. Dezember](#) und erklärte, an der „kanonischen Ordnung dieser Eparchie“ habe sich nichts geändert. Denn laut dem Statut der UOK könnten nur der Hl. Synod oder die Bischofsversammlung und ein Konzil der UOK auf ihrem kanonischen Territorium eine Eparchie schaffen oder restrukturieren, und dies sei nicht geschehen.

Gegen das Vorgehen der ROK [protestierte auch die Orthodoxe Kirche der Ukraine \(OKU\)](#) vehement. Das Territorium der Ukraine sei nicht das kanonische Territorium der ROK, ihre Beschlüsse hätten daher keine Gültigkeit, erklärte die Leitung der Eparchie Cherson der OKU. Sie rief in ihrem Facebook-Post, der vor der Mitteilung der UOK publiziert worden war, die Leitung der UOK auf, offiziell Stellung zu beziehen. Insbesondere von Metropolit Ioann von Cherson forderte die OKU, seine Position mitzuteilen. Außerdem bat sie ihn, die Aussage der ihm unterstellten Geistlichen über die „kanonische und geistliche“ Zugehörigkeit zur ROK zu kommentieren. Das Schweigen von Bischöfen, die in der Ukraine dienen, aber im offiziellen Kalender der ROK für das Jahr 2024 als Bischöfe des Moskauer Patriarchats dargestellt seien, sei „inakzeptabel“. Dieses „Schweigen ist ein Zeichen des Einverständnisses mit dem Aggressor, ein Beweis für die Unterordnung und den Gehorsam gegenüber dem Moskauer Zentrum derer, die sich ‚UOK‘ nennen“. Die

Eparchie Cherson der OKU zeigte sich allerdings zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die ROK bereit, sollte die UOK eine klare Position und deutlichen Protest äußern. (NÖK)

Russland: Kriegsgegner Uinskij vom Dienst suspendiert

11. Januar 2024

Der prominente Moskauer Erzpriester Alexej Uinskij ist gemäß Berichten oppositioneller russischer Medien, die sich auf Mitglieder seiner Kirchengemeinde berufen, [vom Dienst suspendiert](#) worden. Offiziell [informierte die Eparchie der Stadt Moskau](#) nur ganz knapp über die Suspendierung, ohne Angabe von Gründen. Am 11. Januar war Uinskij, der seit 1993 der Dreifaltigkeitskirche an der Chochlovskij-Gasse im Zentrum Moskaus vorgestanden hat, [beim Eparchialgericht der Stadt Moskau vorgeladen](#). Die Verhandlung fand jedoch [nicht statt](#). Das Gericht machte zu den Gründen keine Angaben, möglicherweise ist Uinskij nicht zum Termin erschienen. Außerdem ist Priester Vladimir Lapschin, seit 1996 Vorsteher der Entschlafenskirche an der Gazetnyj-Gasse, ebenfalls im Zentrum Moskaus, vom Dienst suspendiert worden. Er ist einer der letzten Schüler von Alexander Men.

Grund für die Suspendierung ist wohl Uinskij's Kritik an Russlands Krieg gegen die Ukraine. Schon im [Februar 2022 bezeichnete er seine Haltung als „eindeutig“](#), er könne diese „kriegerischen Handlungen nicht unterstützen“, er bete für Frieden und das schnellstmögliche Ende der Kampfhandlungen. Im November 2023 äußerte er sich in einem [Interview mit dem ehemaligen Chefredakteur des geschlossenen Radiosenders Echo Moskvj](#) ausführlich zum Krieg. 2021 hatte Uinskij zudem in einem Video dazu [aufgerufen, einen Arzt zum inhaftierten Oppositionspolitiker Alexej Navalnyj zu lassen](#), wofür er vom Fernsehsender des Moskauer Patriarchats heftig angegriffen wurde.

Uinskij ist für sein großes soziales Engagement – unter anderem Besuche bei Häftlingen – sowie seine vielen Publikationen zu Kirchenlehre und Medienauftritte bekannt. Er ist einer der wenigen russischen Geistlichen, die offen mit der Opposition sympathisieren. 2019 zählte er zu den Unterzeichnern eines [offenen Briefs](#), in dem russische Geistliche nach einem massiven Einsatz der Sicherheitskräfte gegen eine Kundgebung in Moskau die Behörden aufforderten, verhaftete Aktivisten freizulassen.

[Gläubige der Russischen Orthodoxen Kirche wandten sich mit einem offenen Brief](#) an den russischen Patriarchen Kirill, der auch der Stadteparchie Moskau vorsteht, um sich für Erzpriester Uinskij einzusetzen. Seine Suspendierung verursache bei ihnen „riesigen Schmerz“. Uinskij habe seit 1990 unzählige Menschen zum Glauben geführt und eine „große, lebendige und aktive Gemeinde“ geschaffen. Er sei „in das reale Leben der Gesellschaft“ eingebunden und spreche mit den Menschen über aktuelle Themen. Seine „Predigten, Bücher, Artikel und öffentlichen Auftritte geben einer riesigen Menge Gläubigen Kraft und Unterstützung und beantworten Fragen, die die Menschen heute wirklich beschäftigen“. Zudem betonten sie das umfangreiche soziale Engagement von Uinskij und seiner Gemeinde für schwerkranke Kinder und Erwachsene in Hospizen, für Obdachlose und Häftlinge. Uinskij's Suspendierung entziehe Tausenden Menschen die spirituelle Unterstützung, „eine große Tragödie für viele Gläubige, für Patienten des Kinderhospizes, für Hunderte Häftlinge und Tausende Obdachlose“. Die Verfasser hoffen, dass die Entscheidung „zugunsten des seelischen Gleichgewichts der Gläubigen“ revidiert werde. Der Brief vom 9. Januar erhielt bis zum Morgen des 11. Januar 9500 Unterschriften.

Auch in den [sozialen Medien bedauerten](#) viele Kommentatoren Uinskij's Suspendierung, wobei sie nicht überrascht sind. Der bekannte orthodoxe Blogger Andrej Kurajev, dem das Moskauer Patriarchat den Priesterrang aberkannt hat, prophezeite, dass viele Gläubige Uinskij's ehemalige Gemeinde und möglicherweise die Russische Orthodoxe

Kirche überhaupt verlassen würden. Aber das kümmere den russischen Patriarchen „nicht mehr als der Schmerz der Ukrainer, von denen er denkt, sie seien seine Herde“.

Zum [Nachfolger Uminskijs](#) als Vorsteher der Dreifaltigkeitskirche ist ausgerechnet Erzpriester Andrej Tkatschov ernannt worden. Dieser ist 2014 aus der Ukraine geflohen, weil er die russische Annexion der Krim und die Gründung der sog. Volksrepubliken Donezk und Luhansk befürwortet hatte. Heute ist er ein aktiver Unterstützer des Kriegs gegen die Ukraine, zu dem er sich häufig auf dem Fernsehsender *Spas*, der vom Moskauer Patriarchat betrieben wird, äußert. Er hat bereits die [ersten Gottesdienste](#), darunter [an Heiligabend](#) in seiner neuen Kirche gefeiert. Auf der Seite der Moskauer Eparchie ist er als Vorsteher der Kirche aufgeführt, während Uminskij in der Liste der Geistlichen der Eparchie völlig fehlt. Die Website der Gemeinde ist nicht erreichbar. (NÖK)

Russland: Erzpriester Uminskij wird Priesterwürde aberkannt

25. Januar 2024

Das Kirchengericht der Stadt Moskau hat am 13. Januar Erzpriester Alexej Uminskij [die Priesterwürde aberkannt](#). Der prominente Moskauer Geistliche hatte wiederholt Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine kritisiert, zuletzt im November 2023 in einem Interview mit dem ehemaligen Chefredakteur des aufgelösten Radiosenders *Echo Moskvy*. Am 5. Januar 2024 war er [vom Dienst suspendiert](#) und von seinem Posten als Vorsteher der Dreifaltigkeitskirche an der Chochlovskij-Gasse im Zentrum Moskaus entfernt worden, wobei die Eparchie keine Gründe für die Suspendierung angab.

Auffallend ist das Tempo, in dem Uminskij verurteilt wurde. Nach seiner Suspendierung am 5. Januar wurde er am 11., 12. und 13. Januar vom Kirchengericht vorgeladen, wobei er jeweils „ohne Erklärung der Gründe“ nicht erschien. Wenn der Vorgeladene drei Mal nicht erscheint, darf das Gericht in seiner Abwesenheit ein Urteil fällen, was das Kirchengericht in Moskau schon am 13. Januar tat. Das Urteil muss noch von Patriarch Kirill bestätigt werden. Im Fall des prominenten orthodoxen Publizisten und Bloggers Erzdiakon Andrej Kurajev dauerte es von der [Suspendierung vom Dienst](#) 2020 bis zur Aberkennung des Rangs mehrere Monate. Nachdem ihm dasselbe Kirchengericht Anfang 2021 die Priesterwürde aberkannt hatte, dauerte es wiederum drei Monate, bis Patriarch Kirill das Urteil bestätigte. Zudem [setze er es vorerst aus](#), erst nach dem Beginn des Kriegs gegen die Ukraine trat es schließlich in Kraft.

Verurteilt wird Erzpriester Uminskij wegen Eidbruchs auf Grundlage von Regel 25 der Heiligen Apostel, konkret wegen seiner „Weigerung“ in jedem Gottesdienst das Gebet über die Heilige Rus zu beten, wie von Patriarch Kirill angeordnet. Diese Begründung wurde von einem [anonymen Experten für Kirchenrecht kritisiert](#). Die Erarbeitung und Änderung gottesdienstlicher Texte sei Aufgabe der entsprechenden Synodalkommission, bestätigt würden die Texte vom Hl. Synod. Laut dem Statut der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) obliege die „Regelung gottesdienstlicher Fragen“ insgesamt dem Hl. Synod. Dem Patriarchen der ROK stehe es hingegen nicht zu, die gottesdienstliche Praxis zu ändern, was er aber getan habe, indem er das Gebet über die Heilige Rus als Bestandteil der Gottesdienste in allen Kirchen der ROK angeordnet habe. Weder die Synodalkommission noch der Hl. Synod seien involviert gewesen. Somit könne die Weigerung, das Gebet vorzutragen, nicht als Regelverstoß gewertet werden, schließt der Experte.

Das [„Gebet über die Heilige Rus“](#) wurde Ende Februar 2022, also kurz nach dem Beginn der russischen Großinvasion in die Ukraine, im Moskauer Patriarchat verfasst und von Patriarch Kirill abgesegnet. Im ursprünglichen Wortlaut war die Rede von irgendeinem

Angriff auf die Heilige Rus durch andere Völker und die Rettung vor diesem Angriff. Nach der Verkündung der Teilmobilmachung in Russland im September 2022 änderte der Patriarch den Text, die zentrale Bitte betrifft nun den Sieg über die Angreifer. Dieses Gebet muss in jeder Liturgie in jeder Kirche der ROK auf dem Territorium Russlands und im Ausland vorgetragen werden. In einem Interview hatte Alexej Uminskij gesagt, dass die „Worte der Unversöhnlichkeit, des Kriegszustands der Spezialoperation“ mit der Liturgie überhaupt nicht zusammenpassten. Es sei klar, dass dies für sehr viele Menschen, die zum Beten und zur „Erfüllung des evangelischen Gebots des Friedens“ in die Kirche gingen, einen Missklang erzeuge.

Gegenüber der [Novaja Gazeta](#) erklärte der Sekretär des Kirchengengerichts, dass das Verfahren gegen Uminskij noch nicht endgültig abgeschlossen sei. Noch weiter ging ein Kommentator des orthodoxen Fernsehsenders *Tsargrad*, der sagte, dass die „zuständigen weltlichen Organe“ Alexej Uminskij nicht ins Ausland flüchten ließen, und dass sein „Fall nicht nur von einem Kirchengengericht untersucht werden wird“. Dabei hat sich laut der Novaja Gazeta in der ROK die Praxis etabliert, Geistlichen, die ins Visier der Behörden geraten sind, zunächst in einem innerkirchlichen Verfahren die Priesterwürde abzuerkennen. So fällt kein schlechtes Licht auf die ROK.

Auch die Aberkennung der Priesterwürde des bekannten ukrainischen Theologen und Archimandriten Cyril Hovorun wurde [von Patriarch Kirill inzwischen bestätigt](#). Am 29. Dezember setzte Kirill das [Urteil des Kirchengengerichts](#) von Moskau vom 31. Oktober in Kraft. (NÖK)

Ukraine: Kriegsdienstverweigerung aus religiösen Gründen möglich

08. Februar 2024

Ein Kyjiwer Gericht hat zugunsten eines Kriegsdienstverweigerers aus religiösen Überzeugungen entschieden. Der Mann ist Mitglied der Religionsgemeinschaft Zeugen Jehovas und wurde beschuldigt, den Kriegsdienst bei der Mobilmachung verweigert zu haben. Das Gericht hat ihn nun [aufgrund seiner religiösen Überzeugungen als unschuldig anerkannt](#).

Im Juli 2023 war der Beschuldigte mobilisiert worden und hatte die medizinische Untersuchung durchlaufen, wobei er als tauglich befunden worden war. Er erschien daraufhin jedoch nicht im ihm zugewiesenen Ausbildungszentrum der ukrainischen Armee, woraufhin eine strafrechtliche Untersuchung gegen ihn eingeleitet wurde. Vor Gericht erklärte der Mann, als Mitglied der Zeugen Jehovas sei es ihm nicht möglich, eine Waffe zu benutzen und an Kriegshandlungen teilzunehmen. Die Zeugen Jehovas lehnen Kriegs- und Wehrdienst aus Prinzip ab. Das Gericht kam zum Schluss, dass das Recht auf einen alternativen Dienst, das in der ukrainischen Verfassung festgehalten ist, auch im Kriegsfall uneingeschränkt gilt.

Gleichzeitig betonte das Gericht die Wichtigkeit der Verteidigung des Vaterlandes. Die Verweigerung des Kriegsdienstes könne ernste Folgen für die Sicherheit der Gesellschaft und die militärische Disziplin haben. Trotzdem entschied das Gericht in diesem konkreten Fall zugunsten des Beschuldigten. Es unterstellte ihm keine Absicht, den Kriegsdienst zu umgehen, sondern anerkannte seinen Wunsch, sein verfassungsmäßiges Recht zu nutzen.

In der Ukraine beträgt die Zahl der Zeugen Jehovas über 100'000. (NÖK)

Ukraine: OKU entfernt Alexander Nevskij aus dem Heiligenkalender

08. Februar 2024

Der Hl. Synod der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) hat an seiner Sitzung am 2. Februar entschieden, Fürst Alexander Nevskij von Novgorod [aus dem Kirchenkalender zu entfernen](#). Künftig soll ihm am 23. November nicht mehr gedacht werden, stattdessen wurde für diesen Tag ein Gedenktag für den heiligen Alexander, den ersten Abt des Klosters der „Unablässigen“ (um 430) eingeführt.

Im Zusammenhang mit der [Kalenderreform der OKU](#), die zum 1. September 2023 umgesetzt worden war, wurden auf Vorschlag der Kalenderkommission des Hl. Synods weitere Anpassungen verabschiedet. Unter anderem wurde ein Tag zum Gedenken an alle Verhungerten der Ukraine am vierten Samstag im November eingeführt.

Alexander Nevskij, der seinen Namen einer siegreichen Schlacht gegen die Schweden an der Neva zu verdanken hat und die Expansion der Deutschritter ins damalige Novgoroder Reich stoppte, gilt als Nationalheld Russlands. Der Kult um ihn wird von der russischen Regierung und der Russischen Orthodoxen Kirche gepflegt und im Krieg gegen die Ukraine [propagandistisch genutzt](#), indem sie ihn als antiwestlichen Kämpfer darstellen. In der Ukraine kämpfen auch russische Truppenteile, die nach ihm benannt sind. Daher wird Alexander Nevskij in der Ukraine kaum noch als historische Figur wahrgenommen, sondern als Beispiel der russischen Propaganda.

Als Reaktion auf den Schritt der OKU warnte die [Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Marija Zacharova](#), dass dies „erst der Anfang“ sei. Als nächstes komme die Kanonisierung von Stepan Bandera, dem höchst umstrittenen ukrainischen Nationalisten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Die Gruppe „Christen gegen den Krieg“ verwies auf *Telegram* darauf, dass Stepan Bandera ein Angehöriger der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche war und nur schon deswegen nicht von der OKU kanonisiert werden könne. (NÖK)

Russland: Orthodoxe Kirche will Zahl der Militärgeistlichen erhöhen

08. Februar 2024

Der russische Patriarch Kirill hat ein föderales Gesetz gefordert, das den Status von Militärkaplänen definiert. Aktuell befänden sich über 100 Geistliche in der Ukraine in Gebieten mit Kampfhandlungen, es gebe immer wieder Verletzte und Verluste. Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) wolle weiter mit den russischen Streitkräften zusammenarbeiten, erklärte ihr Oberhaupt an einem parlamentarischen Treffen im Rahmen der *Internationalen Weihnachtslesungen*. Dazu müsse aber der [„rechtliche Status der Militärgeistlichen definiert werden“](#) und ihnen „Sozialleistungen, die alle Teilnehmer der Militärischen Spezialoperation haben“, gewährt werden. Bisher „haben das alle, nur die Geistlichen nicht“, bemängelte Patriarch Kirill. Er betonte zudem, die Geistlichen befänden sich direkt hinter der Frontlinie, wo sie sehr nützlich, aber auch exponiert seien.

Dabei plant die ROK, die Zahl der Militärgeistlichen – nach der Definition ihres rechtlichen Status – [massiv zu erhöhen](#). Seit dem Beginn von Russlands Krieg gegen die Ukraine waren über 700 Geistliche im Einsatz, wie Metropolit Kirill (Pokrovskij) von Stavropol, Leiter der Synodalabteilung für die Zusammenarbeit mit den Streitkräften und den

Sicherheitsorganen des Moskauer Patriarchats, erklärte. Im Moment arbeiteten 281 Geistliche der ROK in der Funktion von Assistenten von Kommandanten mit gläubigen Militärdienstleistenden. Sobald ihr neuer rechtlicher Status festgelegt sei, wolle die ROK ihre Zahl vervierfachen, erklärte Metropolit Kirill an der Konferenz „Heiliger Krieg: Verklärung Russlands“. Der Krieg habe viele Geistliche zum Vorschein gebracht, die bereit seien, dorthin zu gehen, „wo geschossen wird, wo es lebensgefährlich ist, wo ihre Hilfe im Gebet besonders nötig ist“. Sie hätten über 15'000 Gottesdienste gefeiert, über 120'000 Gruppen- und Einzelgespräche geführt sowie über 550'000 Orte und Militärtechnik gesegnet. Zudem versicherte Metropolit Kirill, dass [die Kirche immer „mit ihrem Volk und ihrer Armee“ gewesen sei](#), bleibe und sein werde.

Bischof Kirill (Zinkovskij), Rektor der Moskauer Geistlichen Akademie, sprach in einem Interview über die pastorale Begleitung von Soldaten und ihren Familien und erklärte dabei, dass die im Ukraine-Krieg [gefallenen russischen Soldaten „zweifellos bei Gott sind“](#). Indem sie ihre „Seele für das Vaterland niederlegen, um den Triumph des Bösen, das auf dem Planeten marschiert, zu stoppen“, sei ihnen – im Gegensatz zu anderen Menschen – ein Platz bei Gott sicher. Deshalb könne man sich sogar für sie freuen, da sie so einen lichten Tod, „im Kampf für das Gute, für das Licht“, gefunden hätten. Damit könnten Mütter von Gefallenen getröstet werden, sagte Bischof Kirill.

Noch drastischer äußerte sich der Vorsteher einer Kirche in Ust-Kut in der Region Irkutsk. Die [„Funktion der Frauen ist zu gebären, die Funktion der Männer – Soldat zu sein“](#), sagte er. Russland stehe im „Kampf gegen den Antichristen“ an vorderster Front, wobei der Antichrist nicht als Person, sondern als globales Böses zu verstehen sei. Unter dem Bösen versteht der Geistliche vor allem die Verletzung „traditioneller Werte“. Damit der Kampf geführt werden könne, müssten Frauen gebären. Mit diesen Aussagen folgt er Patriarch Kirill, der Russlands Krieg gegen die Ukraine immer wieder als metaphysischen Kampf gegen das Böse darstellt. Vor kurzen erklärte der Patriarch erneut, Russland müsse „fähig sein, [den Widerstand gegen den Antichrist anzuführen](#)“. (NÖK)

Russland: Geistlicher wendet sich von orthodoxer Kirche ab

22. Februar 2024

In der Metropolie Ufa und Baschkortostan der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) hat ein Geistlicher den leitenden Metropoliten Nikon (Vasjukov) in einem [Brief, den er auf VK veröffentlicht](#) hat, scharf kritisiert. Priestermonch Pjotr (Stepanov) warf dem Metropoliten vor, sich zu bereichern und den orthodoxen Glauben in seiner Umgebung zu zerstören. Zudem kritisierte er ihn für seine Unterstützung für Russlands Krieg gegen die Ukraine. Mit seinen Handlungen habe der Metropolit die „Hände der Mutter (Kirche) bis zu den Ellbogen in das Blut ukrainischer und russischer Menschen getaucht“. Er habe sich von Gott abgewandt und dem Teufel Treue geschworen. Von der Kanzel „rufen Sie zu Liebe auf, aber selbst unterstützen sie den blutigen Krieg“, kritisierte ihn Priestermonch Pjotr weiter. Damit habe er wie alle Bischöfe, die diesen Krieg unterstützen, seinen bischöflichen Segen verloren. Seine Sakramente seien ungültig, solange er nicht bereue. Abschließend sagte er sich von Metropolit Nikon und der ganzen ROK los.

Wegen des Briefs wurde Priestermonch Pjotr [vor ein Kirchengericht der Eparchie Neftekamsk vorgeladen](#), ihm wird die Aberkennung der Priesterwürde angedroht. Allerdings hatte er schon in seinem Brief an Metropolit Nikon erklärt, dessen Anordnungen als nichtig zu betrachten. Der Fall wurde von kritischen orthodoxen Bloggern aufgegriffen; Pjotr selbst betreibt seit kurzer Zeit Kanäle auf [YouTube](#) und [Telegram](#) sowie einen Blog auf [LiveJournal](#). Dabei bietet er an, auf LiveJournal und Telegram Informationen von Personen zu veröffentlichen, die anonym bleiben möchten.

Das gleiche gilt für seinen YouTube-Kanal, öffentliche Zusammenarbeiten sind jedoch auch willkommen. In seinen YouTube-Videos schildert er bisher Skandale in der Kirche und kommentiert die Antikriegsproteste in Baschkortostan im Januar 2024. Es waren die umfangreichsten Proteste in Russland seit dem Beginn des Kriegs, von den Behörden wurden sie entschlossen niedergeschlagen. Den Teilnehmern rät Priestermonch Pjotr zur Flucht.

In einem [Interview mit dem russischen Dienst der BBC erklärte Pjotr](#), dass er schon seit rund einem Jahr nicht mehr in der ROK diene. Auf seinen Schritt an die Öffentlichkeit habe er viele Reaktionen erhalten, Hunderte hätten sich bei ihm gemeldet, um ihn zu bestärken. Das Schweigen der großen Mehrheit der russischen Geistlichen zum Krieg gegen die Ukraine erklärte er mit deren Abhängigkeit vom Moskauer Patriarchat. Viele hätten keinen anderen Beruf, Kinder und wenig finanzielle Mittel, deshalb wollten sie das Risiko einer abweichenden Meinung nicht eingehen, wofür er Verständnis zeigte. (NÖK)

Russland: Patriarch bestätigt Aberkennung von Uminskijs Priesterwürde

22. Februar 2024

Der russische Patriarch Kirill hat die Entscheidung des Eparchialgerichts von Moskau, Erzpriester Alexej Uminskij die [Priesterwürde abzuerkennen, bestätigt](#). Das Gericht hatte am 13. Januar nach einem sehr kurzen Prozess beschlossen, den prominenten Moskauer Geistlichen für seine Weigerung, bei jedem Gottesdienst wie vom Patriarchen angeordnet das Gebet über die Heilige Rus zu beten, zu bestrafen. Uminskij war kurz zuvor, am 5. Januar, vom Dienst suspendiert worden. Der tatsächliche [Grund für seine Bestrafung](#) ist wohl seine wiederholte Kritik an Russlands Krieg gegen die Ukraine und an dessen Unterstützung durch die Russische Orthodoxe Kirche (ROK).

Das [Urteil gegen Uminskij könne nicht revidiert werden](#), sogar wenn er seine angeblichen Taten bereuen sollte, erklärte der stellv. Vorsitzende des Moskauer Eparchialgerichts Vladislav Tsy-pin. Eine Überprüfung von Urteilen finde nur statt, wenn ein Justizfehler passiert sei, beispielsweise die falsche Person für ein Verbrechen verurteilt wurde, oder bei Verfahrensfehlern. Aus Nachsicht würden keine Urteile geändert, hielt er fest.

Zwei [Aktivistinnen führten eine Solidaritätskundgebung](#) für Uminskij durch. Sie hielten Plakate mit der Aufschrift „Selig sind, die um der Wahrheit willen verbannt sind“ und platzierten sich neben dem Eingang der Kirche, der Uminskij während Jahrzehnten vorgestanden hatte. Dort wurden sie jedoch von Mitarbeitenden der Kirche weggeschickt. Auf der anderen Seite der Straße, wo sie sich daraufhin postierten, versuchte jemand, ihnen die Plakate aus den Händen zu reißen. (NÖK)

Russland: Geistlicher wegen Gottesdienst für Navalnyj verhaftet

22. Februar 2024

Der Erzbischof der Apostolischen Orthodoxen Kirche, [Grigorij Michnov-Vajtenko, ist verhaftet worden](#), weil er einen Gedenkgottesdienst für den in der Haft umgekommenen Oppositionspolitiker Alexej Navalnyj feiern wollte. Den Gottesdienst hatte er am 16. Februar auf *Facebook* angekündigt, er sollte beim Solowezki-Stein in St. Petersburg stattfinden. Tags drauf wurde er morgens beim Verlassen seines Hauses in St. Petersburg verhaftet. Ihm wurde das Organisieren einer unbewilligten Versammlung vorgeworfen, er sollte bis zum ersten Gerichtstermin einige Tage später in Haft bleiben.

Abends erlitt Erzbischof Grigorij auf dem Polizeiposten einen Schlaganfall und musste hospitalisiert werden. Am 18. Februar konnte er aus dem [Krankenhaus entlassen werden](#), benötigt aber weitere medizinische Behandlungen. Am 20. Februar wurde er zuhause [von der Polizei aufgesucht](#) und befragt. Der Erzbischof ist das Oberhaupt der [Apostolischen Orthodoxen Kirche](#), die 2000 von dissidentischen Priestern wie Gleb Jakunin gegründet wurde und sich für eine „Wiedergeburt“ der Orthodoxie einsetzt, 2004 wurde sie in Russland offiziell registriert. Michnov-Vajtenko war in den 2000er Jahren Priester der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) geworden. 2014 verließ er die ROK wegen ihrer Unterstützung für die Annexion der Krim und den Krieg in der Ostukraine und schloss sich der Apostolischen Orthodoxen Kirche an. Seit dem Beginn der russischen Großinvasion in die Ukraine setzen sich [Erzbischof Grigorij und seine Kirche](#) für ukrainische Flüchtlinge ein, die in Russland festsitzen. Diesen wurden mit Fahrkarten, um Russland zu verlassen, Kleidung und Medikamenten unterstützt.

Den Gedenkgottesdienst zu Ehren Navalnyjs in St. Petersburg führte ein anderer Geistlicher der Apostolischen Orthodoxen Kirche durch. In zahlreichen russischen Städten fanden Gedenkveranstaltungen für den in Haft umgekommenen Oppositionellen statt, Hunderte Menschen wurden dabei verhaftet. (NÖK)

Meldungen über die Kirchen im Krieg Russlands gegen die Ukraine.

© Nachrichtendienst Östliche Kirchen NÖK